

# Sand im Getriebe 62

Der Rundbrief "Sand im Getriebe" ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von AutorInnen unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort. Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

rtf/.pdf-Version unter [www.attac.de/rundbriefe](http://www.attac.de/rundbriefe) html-Version unter <http://sandingetriebe.attac.at>, mail an die Redaktion: [sig@attac.de](mailto:sig@attac.de)

## EU – eine imperiale Großmacht?

Die EU-Elite hat auf das klare NEIN von Frankreich und den Niederlanden reagiert: Die EU-Verfassung heißt nicht mehr Verfassung. Der Brief hat einen neuen Briefumschlag, ein paar Korrekturen hier, ein paar Umbenennungen dort.

Das wichtigste aber: ja keine demokratische Abstimmung! Das Votum der Europäer lassen sie wie der Teufel das Weihwasser.



Die EU, die uns da angeboten wird, setzt die Verletzung der Gewaltenteilung fort.

Der Vertrag, so wie er sich darstellt, macht es den Staaten unmöglich, sich für etwas anderes als den entfesselten wirtschaftlichen Liberalismus zu entscheiden.

Und vor allem: „Generell soll eine offensive militärische Interventionspolitik der EU vertraglich verankert werden.“ (Martin Hantke und Tobias Pflüger).

Die unterwürfige Abhängigkeit vom US-Imperium wird eher noch verstärkt: „Die gesamte EU-Militärpolitik soll EU-reformvertraglich an die NATO gebunden werden“

Das Europa, von dem die Völker träumen - sozial nach innen und friedlich nach außen – ist mit diesem Vertrag nicht zu machen. Pierre Khalfa hat für Attac Frankreich eine gründliche Analyse des neuen Textes vorgenommen und kommt zu einem vernichtenden Urteil: „Von Vorne bis Hinten vom Neoliberalismus geprägt, sowohl in den Prinzipien, die er fördert, als auch in den Politikmustern, die er predigt, schreibt sich dieser Vertrag in die Fortsetzung der Verträge von Maastricht und Amsterdam ein.“

In einer gemeinsamen Erklärung fordern europäische ATTACs deshalb vor allem eins: eine offene Diskussion und ein „bindendes Referendum in allen Mitgliedstaaten“

### Nein zum EU-Reformvertrag

#### Aufruf der attac Europas

		3
Birgit Mahnkopf, Elmar Altvater	Die EU eine imperiale Großmacht?	4
Frankreich: Gemeinsamer Appell zum neuen Europäischen Vertragsprojekt		7
Pierre Khalfa (Attac Frankreich)	Reformvertrag der EU: Methode und Inhalt sind inakzeptabel	8
Attac Frankreich	Alle einer Meinung, außer Sarkozy	13
Martin Hantke und Tobias Pflüger	EU: Aufrüstung und Militarisierung	13
Anne Karrass	Soziales Europa	14
Hans-Jürgen Urban	Umverteilung	15
Walden Bello	Kann Globalisierung humanisiert werden?	16
Tariq Ali	Fortschritte in Lateinamerika, Islamophobie, Suchprozesse in China, europäischer Narzismus	19
Brigitta Huhnke	Naomi Kleins „Die Schock-Strategie“ missfällt besonders deutschen Medienmännern	23
Bündnis "Bahn für Alle"	Koalition soll Scheitern der Bahnprivatisierung eingestehen	27
Attac Deutschland	Solidarität mit den streikenden Lokführern	27
Nein zum einem Krieg gegen den Iran – IAEO: Für eine atomfreie Zone im Nahen Osten		28

**Elmar Altvater und Birgit Mahnkopf** untersuchen die historischen Tendenzen, die in diesem neuen Aktivismus der EU-Eliten zum Ausdruck kommen. „Die EU ist in die Globalisierung hineingewachsen und sie ist eines ihrer unverzichtbaren Elemente. Sie befindet sich heute in einer Situation imperialistischer Konkurrenz... Der Gegensatz zwischen ‚dem ökonomischen Riesen und dem politischen Pygmäe‘ soll überwunden werden. Es vermischen sich also **geoökonomische** und **geopolitische** Dimensionen der europäischen Integration. Europas geopolitische Bedeutung ergibt sich in erster Linie aus seinem ökonomischen Gewicht in der globalisierten Geoökonomie. Was passiert aber, wenn dieses Gewicht die geopolitische Vormacht der USA gefährdet, z.B. durch die Ablösung des US\$ als Ölwährung durch den Euro?“

Auch **Walden Bello** befasst sich mit den rasanten Veränderungen in der globalen Ökonomie und Politik. Nach dem Bedeutungsverlust von IWF und Weltbank und dem vorläufigen Scheitern der letzten WTO-Runde sieht er keinen neuen „Post-Washington-Konsens“ bei den internationalen Eliten. Stattdessen zeichnen sich vier unterschiedliche Konzeptionen zu Krisenbewältigung ab. Für die globalisierungskritische Bewegung folgert er: *Der Spätkapitalismus hat eine irreversible, **destruktive Logik**. Die dringende Herausforderung, der wir gegenüberstehen, ist nicht, die unmögliche Aufgabe anzugehen, ein gescheitertes globalistisches Projekt zu humanisieren, sondern den **Rückzug aus der Globalisierung** so zu organisieren, dass er keine Verbreitung unkontrollierbarer Konflikte und destabilisierender Entwicklungen provoziert, wie diejenigen, die mit dem Ende der ersten Globalisierungswelle nach 1914 einhergingen.*“

**Tariq Ali** geht in einem ausführlichen Gespräch ebenfalls auf die neuen Widersprüche in der Welt ein: „Ich bin optimistisch. Wenn die Historiker 50 Jahre später auf unsere Zeit zurückblicken, was werden sie dann als das wichtigste Ereignis zu Beginn des 21. Jahrhunderts bezeichnen. Es werden sicherlich nicht diese fürchterlichen Kriege sein, die gegenwärtig stattfinden, sondern es wird der Aufstieg Chinas sein. **China hat die Struktur des Weltmarkts völlig verändert**, China ist jetzt die Werkstatt der Welt, vergleichbar mit der Rolle, die Britannien während der industriellen Revolution gespielt hat. Wenn sich das fortsetzt, benötigt China eine vorwärts orientierte Bündnispolitik zumindest in der eigenen Region, beginnend mit Japan und den beiden Koreas. Das ist der Albtraum der USA. Sie können andere Länder einzeln beherrschen, aber wenn diese sich regional vereinigen, fällt es ihnen schwerer“ – Über die Lage in China selbst bemerkt er: „Was wir in China beobachten ist die Schaffung des **größten Proletariats der Welt**. Das wird nicht ewig schlafen. Was wird passieren, wenn es seine Muskeln spielen lässt?“

Tariq Ali warnt auch vor der „Bigotterie gegenüber dem Islam“ in Europa „Wenn man das heute mit den 30er Jahren vergleicht, so gibt es eine Menge Ähnlichkeiten und es ist gefährlich, dass momentan wenige Menschen diese Ähnlichkeiten sehen.“

**Naomi Klein** hat ein neues Buch „Die Schock-Strategie“ vorgelegt, in dem sie faktenreich und mit spitzer Feder den **Mythos vom „Freien Markt“** als **gewaltfreiem** Regulierungsmechanismus zerstört. „Das ist ein brillantes Buch, eines der wichtigsten, das ich seit langem gelesen habe“, sagt der Historiker Howard Zinn, Autor des Bestsellers „A People's History of the United States“. In einer ausführlichen Rezension stellt **Brigitta Huhnke** eine geballte Verunglimpfung in den deutschen Medien fest und ist entsetzt darüber, mit wie viel Hass, Arroganz und Inkompetenz diese gründliche Kapitalismuskritik in der deutschen Presse aufgenommen wurde. Vielleicht gerade ein Grund, sich mit diesem Buch zu befassen?

**Widerspruch, Postfach, CH-8031 Zürich.**  
Tel./Fax 044 273 03 02  
redaktion@widerspruch.ch

## WIDERSPRUCH

Beiträge zu sozialistischer Politik

# 52

### Ungleichheit, Ausgrenzung und soziale Gerechtigkeit

Globale Ungleichheit; Neue Klassengesellschaft, soziale Spaltung, Prekarität, Geschlechterfrage; Neue Unterschicht, Klasse der Lohnabhängigen, Streiks und soziale Kämpfe; Frauen und Pflegearbeit; Schulische Selektion, Lebenslanges Lernen; Agrotreibstoff gegen Ernährungssouveränität

E. Altvater, K. Dörre, I. Lenz, R. Levy, D. Oesch, W. Eberle / H. Schächli, V. Pedrina / H. Hartmann, G. Notz, E. Hug, I. Langemeyer, R. Sonderegger

### Grundeinkommen / Mindestlohn

A. Gorz: Seid realistisch – verlangt das Unmögliche  
M.R. Krätke: Grundeinkommen - Sozialstaatsersatz  
A. Rieger / H. Baumann: Mindestlohnpolitik  
A. Sirmoglu / P. Streckeisen: Kapitalistische Utopie?  
W. Vontobel: Rettet die Marktwirtschaft !

Marginalien / Rezensionen / Zeitschriftenschau

27. Jg./1. Halbjahr 2007

Fr. 25.- / € 16.-

**Die Redaktion: Peter Strotmann und Marie-D. Vernhes (Attac Deutschland) - Barbara Waschmann (Attac Österreich) - Florence Proton (Attac Schweiz), 2. Auflage**

Wir verschicken "Sand im Getriebe" zum Selbstkostenpreis  
Bezugsbedingungen: Rechnungsbetrag (inkl. Porto) einer Lieferung: 1 Heft: 3 €, 2 Hefte: 4,50 €, 3 Hefte: 6 €, ab 10 Hefte: 1,50 € pro Heft Abonnement: 15 € für 6 Ausgaben.  
Bestellen per Mail an sig-abo@gmx.de

# Die europäischen Attacs sagen "Nein" zum EU-Reformvertrag

*Am 11. März 2007 haben 17 Europäische Attacs ihre "Zehn Prinzipien für einen demokratischen Vertrag" vorgelegt, die zu einer Neubegründung der Europäischen Union (EU) beitragen sollen. Die aufmerksame Lektüre des Reformvertrags, der von den Mitgliedstaaten der EU anlässlich des Europäischen Rats vom 18. und 19. Oktober angenommen wurde, zeigt, dass er keines der zehn Prinzipien respektiert. Mehr noch, er ist eine getarnte Neuauflage des Europäischen Verfassungsvertrages, den die französischen und niederländischen Wählerinnen und Wähler im Jahr 2005 abgelehnt haben. Dieser Text ist inakzeptabel, sowohl was sein Zustandekommen als auch was seinen Inhalt betrifft.*

## 1. Antidemokratisches Verfahren:

Die europäischen Attacs haben vorgeschlagen, einen demokratischen Prozess zur Ausarbeitung und Annahme des gesamten neuen Vertrags zu starten. Allem voran muss eine von den Bürgerinnen und Bürgern direkt gewählte Versammlung eingesetzt werden. Die nationalen Parlamente müssen wirksam am Prozess beteiligt werden. Alle Mitgliedsstaaten müssen bei der Ratifizierung ein bindendes Referendum durchführen. Wir wollen einen kurzen Vertrag, der für sich alleine steht und von allen Bürgerinnen und Bürgern verstanden werden kann.

Demgegenüber wird uns wiederum ein langer und unlesbarer Text vorgelegt, der zudem hinter verschlossenen Türen abgefasst wurde. Er soll nun in der Mehrzahl der Mitgliedsländer auf parlamentarischem Wege angenommen werden. Und dies so schnell wie möglich, um so jede wirkliche öffentliche Debatte zu unterbinden.

## 2. Verschlossene Institutionen der Union:

Mit der Ausnahme einiger Veränderungen von geringer Tragweite bleibt es bei der bestehenden Funktionsweise der EU, die durch eine Verletzung der Gewaltenteilung gekennzeichnet ist. Das Europäische Parlament bleibt von weiten Entscheidungsbereichen ausgeschlossen, die wichtige Zuständigkeiten der Union betreffen. Insbesondere ist dem Parlament jegliche legislative Initiative versagt. Die nationalen Parlamente können sich nicht zur Grundlage von Rechtsinitiativen äußern, selbst wenn sie in einem Teil der Zuständigkeitsbereiche am Gesetzgebungsprozess beteiligt sind. Die Kommission, eigentlich exekutives Organ der Union, ist auch mit legislativer und judikativer Gewalt ausgestattet. Dagegen behält der Rat seine Rolle als gesetzgebendes Organ, obwohl er eigentlich nur das Treffen der nationalen Regierungen ist. Die Lobbys werden weiterhin eine wesentliche Rolle spielen. Die Mitglieder der Kommission können von den ParlamentarierInnen weder gewählt noch abgesetzt werden. Das Initiativrecht der BürgerInnen reduziert sich auf fromme Absichtserklärungen. Die Europäische Zentralbank (EZB) entgeht jeder demokratischen Kontrolle und behält als ihr einziges Ziel die Preisstabilität, die zu einem der Hauptziele der Union erklärt wird.

*Dieser Reformvertrag ist von A bis Z vom Neoliberalismus gekennzeichnet, sowohl in den Prinzipien, die er fördert, als auch den Politiken, mit denen er operiert. Die wenigen positiven Punkte stellen die augenblickliche Arbeitsweise der Union und ihr erschütterndes Demokratiedefizit nicht in Frage. Darum werden sich die europäischen Attacs nicht damit abfinden. Die Bürgerinnen und Bürger der Mitgliedsstaaten sollen über ihre Zukunft entscheiden dürfen. Daher streiten wir für bindende Volksabstimmungen über den Vertrag bei der Ratifizierung in jedem einzelnen Mitgliedstaat*

**Attac Dänemark, Attac Deutschland, Attac Finnland, Attac Flandern, Attac Frankreich,  
Attac Griechenland, Attac Italien, Attac Luxemburg, Attac Niederlande, Attac Österreich, Attac Polen,  
Attac Portugal, Attac Spanien, Attac Ungarn, 19. Oktober 2007**

[www.attac.de](http://www.attac.de) und <http://www.france.attac.org/spip.php?article7610>



# Birgit Mahnkopf und Elmar Altvater

## Die EU eine imperiale Großmacht?

Der nachfolgende Text basiert auf einem Buch von Birgit Mahnkopf und Elmar Altvater, das Ende 2007 unter dem Titel „Konkurrenz für das Empire – Die Zukunft der Europäischen Union in der globalisierten Welt“ im Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster, erscheinen wird. Im ersten Kapitel, dem die nachfolgende Argumentation entnommen ist, geht es um die neue Rolle, die die erweiterte EU in der Welt zu spielen beabsichtigt. EU-Offizielle schreiben ihr einen „liberalen Imperialismus“ zu und knüpfen so an einer Tradition an, die schon im 19. und 20. Jahrhundert in Katastrophen geführt hat. Auch in den Diskursen wird die Rede von der geoökonomischen Globalisierung mehr und mehr durch geopolitische Begriffsraster ersetzt. Die Geopolitik, eine Disziplin, die wegen ihrer Verwicklung in imperialistische Abenteuer des 19. Jahrhunderts und der Rechtfertigung nationalsozialistischer Expansionspolitik Jahrzehnte im Verruf war, kehrt zurück.



Cecil Rhodes hatte mit entwaffnender Deutlichkeit im 19. Jahrhundert ausgedrückt: „Wenn Sie den Bürgerkrieg nicht wollen, müssen sie Imperialisten werden“. Man könnte heute das Wort ergänzen: Wenn Sie das soziale Europa mit neoliberaler Politik unterminieren, wenn Sie die Kräfte der Globalisierung weiter als Druckmittel auf die Arbeitseinkommen und -bedingungen instrumentalisieren, und wenn Sie die daraus resultierenden sozialen Konflikte vermeiden wollen, müssen Sie sie externalisieren und zu Imperialisten werden. Imperialismus ist so verstanden immer Sozialimperialismus.

### Geoökonomie und Geopolitik

Geopolitik ist tatsächlich wenig dringlich, so lange Märkte expandieren und der Warenfluss weder an räumlichen Grenzen noch durch zeitliche Verzögerungen unterbrochen wird. Das Regelwerk der internationalen Institutionen und Organisationen (GATT, WTO, IWF etc.) hat die ökonomische Expansion (räumlich durch Ausdehnung des Weltmarktes und zeitlich durch Abbau aller institutionellen oder technischen Hindernisse der Beschleunigung) jahrzehntelang erfolgreich gefördert, ohne dabei die politische Kontrolle von Territorien durch souveräne Nationalstaaten grundsätzlich in Frage zu stellen. Die erweiternde und vertiefende Integration im Rahmen der EU war ein spezifisch europäischer Modus (in der Mischung von negati-

ver und positiver Integration) der ökonomischen Expansion, und er war erfolgreich. Die Geopolitik, also staatliche Machtentfaltung nach außen, um die ökonomische Expansion des Kapitals zu unterstützen, kommt dann ins Spiel, wenn der Geoökonomie doch Grenzen erwachsen. Denn Grenzen bedürfen der politischen Regulation, wenn sie nicht wie der gordische Knoten mit dem Schwert zerschlagen werden können. In dem Maße wie die Welt mit Pipelines, Schiffsrouten, Autobahnen und Eisenbahnlinien oder Flugverbindungen, mit Internet und Telekommunikation und vor allem durch gewaltige Finanzströme mit einem Umsatz von täglich zwei Billionen US-Dollar vernetzt (bzw. komprimiert) wird, wächst die Bedeutung des Territoriums sowohl für politische Herrschaft und Sicherheit, als auch wegen der Versorgung mit Energien und Rohstoffen für die ökonomische Entwicklung. Und so kommt es, dass die EU unversehens in einem geopolitischen Konfliktfeld agieren muss, in dem weniger die multiple Logik des Wettbewerbs oder diffuser biopolitischer Netzwerke, die Hardt und Negri in ihrer Empire-Konzeption ins Zentrum rücken, als die binäre Logik der Auseinandersetzung um die Herrschaft über Raum und Zeit gelten. Die Finanzströme können noch aus einem der „schwarzen Löcher“ der globalisierten Welt, von den Offshore-Finanzzentren auf idyllischen Karibik- oder Pazifikinseln dem Renditegefälle entsprechend gelenkt werden und daher noch der Vorstellung eines „virtuellen Kapitalismus“ nahe kommen. Die Transportsysteme hingegen bewegen alle möglichen Stoffe und sie transportieren Menschen. Sie benötigen dazu viel Energie und müssen die Territorien so umgestalten, dass die Mobilisierung des Waren-, Kapital- und Menschenverkehrs und daher die Kompression von Raum und Zeit gelingen. Die global ausgreifenden infrastrukturellen Systeme sind verletzlich und bedürfen des Schutzes, der immer mehr zur vorrangig militärischen Angelegenheit wird. Dabei sind die USA als „einzige Weltmacht“ führend, und aus der Wahrnehmung dieser Rolle erklären sich die Kriege, die seit den 1990er Jahren gegen Jugoslawien, Afghanistan und den Irak geführt worden sind,

und in Zukunft vorbereitet werden, wenn die globale Friedensbewegung sie nicht verhindern kann. An den geopolitisch begründeten Kriegen haben sich auch EU-Länder und die NATO mit ihren militärischen Eingriffspotentialen beteiligt, die überall auf dem Globus einsetzbar sein sollen.

Aber die Kriege, insbesondere „the 2003 American war on Iraq was also, in part, an indirect war on the European Union“ (so Thomas McCormick). Denn von den USA sind zur Aggression gegen den Irak „Allianzen der Willigen“ geschmiedet worden, die auch der Spaltung Europas in ein „neues Europa“ im Bündnis mit den USA und in die Mächte des „alten Europa“, die sich am Überfall auf den Irak nicht beteiligt haben, dienen sollten. Das ist die Anwendung der alten „divide et impera - Regel“. Es ist allerdings fraglich, ob die USA ihre Hegemonie mit dem Krieg gegen den Irak zurückgewinnen können, nachdem sich der Krieg immer mehr als ein Desaster für die USA herausstellt.

### Ein „liberaler Imperialismus“ der Europäischen Union?

Imperialistische Politik erwachsen immer wieder Grenzen; Souveränität ist innerhalb des „Pluriversums“ von Nationalstaaten und regionalen Blöcken selbst dann nicht absolut, wenn ihr ein „unipolar moment“ (so der Neokonservative Charles Krauthammer in einem berühmt gewordenen Artikel aus dem Jahre 1991) unterstellt wird. Die Grenzen werden von neuen Konkurrenten mitbestimmt, die als global players im global play mitmachen wollen. Das sind zu Beginn des 21. Jahrhunderts vor allem China, Indien oder einige lateinamerikanische Staaten, die noch vor einem Jahrzehnt als Entwicklungs- und bestenfalls als Schwellenländer geführt wurden, also als eine Klasse unterhalb den führenden global players der „Triade“. Es gibt aber auch im Zuge der Erweiterung der EU neue Außengrenzen mit Mächten, die zuvor keine gemeinsame Grenze mit der EU hatten, z.B. Russland (oder die Kaukasus-Region am östlichen Ufer des Schwarzen Meeres, an dessen westlichem Ufer die EU mit Bulga-

rien und Rumänien inzwischen „angekommen“ ist). Diese Seite der imperialen Geschichte endet also auch im 21. Jahrhundert nicht: Imperien besetzen und beherrschen Territorien und nicht-territoriale Räume, sie setzen auf diese Weise Grenzen, schaffen Schutz für die Inkludierten (oder zumindest die Illusion der Sicherheit) und grenzen alle anderen aus. So entsteht der Limes zwischen den Bürgern des Imperiums und den „Barbaren“ außerhalb. Diese Denkfigur hat die Jahrhunderte überdauert.

Im Unterscheid zum frühen 20. Jahrhundert versteht sich der EU-Imperialismus des 21. Jahrhunderts als „liberal“ (Javier Solana), zivilisiert und postmodern, weil er nicht versucht, die Geopolitik des späten 19. Jahrhunderts oder die Geopolitik bis zum Zweiten Weltkrieg fortzusetzen. Dieses Konzept und die Wissenschaft, die es begründet, haben sich als Rechtfertigungslehre des nationalsozialistischen Eroberungskriegs so sehr desavouiert, dass sie aus dem um Seriosität bedachten Diskursen weitgehend eliminiert wurde. Gleichwohl wurden im Zeichen eines „neuen Imperialismus“ der USA immer wieder geopolitische Zeichen unmissverständlich gesetzt. Die Monroe-Doktrin, die die geopolitische Suprematie der USA auf dem amerikanischen Doppelkontinent schon 1823 deklariert hat, wurde nie aufgegeben und mit ihr werden auch heute noch geo-strategisch wichtige Militärstützpunkte in Lateinamerika und politische, ja militärische Interventionen auf dem Subkontinent gerechtfertigt. Im Januar 1980 erließ Präsident Carter in seiner damaligen Rede zur „Lage der Nation“ die „Carter-Doktrin“, die besagt, dass jeder Versuch einer dritten Macht, Kontrolle über die Region des Persischen Golfes zu erringen, als Angriff auf die USA interpretiert und entsprechend beantwortet werde. Auch diese Doktrin hatte die Errichtung von Militärstützpunkten in der Region und die Bildung des Centcom für die Region des Mittleren und Nahen Ostens zur Folge. Die Kriege zwischen Iran und Irak, gegen den Irak 1991 und später die Dauerbombardements in den 1990er Jahren bis zum zweiten Irakkrieg 2003 wurden durch Centcom koordiniert.

Auch Zbigniew Brzezynski hat sich eindeutig geopolitischer Argumente bedient, als er schon Mitte der 1990er Jahre für den US-amerikanischen Zugriff auf Zentralasien plädierte. Das heartland in der geopolitischen Argumentation eines Mackinders gilt als das Zentrum der terrestrischen Fläche des Planeten. Es befindet sich dieser Vorstellung gemäß in Zentralasien, und pivotal states, also jene Staaten mit besonderer Bedeutung für die Beherrschung einer Weltregion, müssen entweder in die Verpflichtungen eines Bündnisses, also in ein hegemoniales Projekt der „einzigen Weltmacht“ integriert oder aber unterworfen bzw. zu einem regime change durch aktive

Intervention in die inneren Angelegenheiten von Staaten veranlasst werden. Im Empire gibt es das Außen nicht mehr, und regime change ist demnach eine Angelegenheit der „Weltinnenpolitik“. Dieser bemächtigen sich die dazu aufgerufenen Mächte des charming circle, um der unfriedlichen Welt Frieden aufzuherrschen. Mit Waffen, versteht sich, wie denn sonst? Die Frage nach den Ursachen des Unfriedens verschwindet hinter dem Hurra-Imperialismus der „Weltinnenpolitiker“ eines Empire, das ja kein „außen“ mehr kennt, aber offenbar auch keine (ökonomischen) Krisen, innere (politische) Widersprüche und (soziale) Konflikte. In dieser Vorstellungswelt eines Imperialismus, dem das Attribut „liberal“ gegeben wird, bewegen sich auch viele grüne Politiker und Intellektuelle. Sie ist also bis weit über die militaristischen Zirkel, die Rosa Luxemburg in ihrer Imperialismus-Analyse beschreibt, attraktiv.

### Osteuropa und Zentralasien

Mackinders Logik lässt sich als eine Empfehlung zur Häutung der Zwiebel lesen: Wer Osteuropa beherrscht, kontrolliert auch das zentralasiatische heartland. Die Macht, die dieses beherrscht, übt Kontrolle über den euro-asiatischen Landkomplex, das world island aus. Und wer diese Weltinsel beherrscht, hat die Weltherrschaft inne. Die Einbeziehung osteuropäischer EU-Mitgliedsländer in das US-gestützte Raketen-system, die Unterstützung des Regimewechsels in Georgien, in der Ukraine und der entsprechende Versuch in Weißrussland sowie die Nutzung rumänischer und polnischer Basen für die CIA-Terrorflüge können als Akte des Mackinder-Drehbuchs verstanden werden. Da die USA inzwischen tatsächlich alle Transportrouten für Öl auf dem Seeweg kontrollieren und mit ihren Militärbasen rund um das Kaspische Meer auch die zweitwichtigste Förderregion für Öl und Gas unter ihre Kontrolle gebracht haben, lassen sich sowohl der Afghanistan- wie der Irak-Krieg als eine klare Vorentscheidung dafür deuten, dass die US-Administration entschlossen ist, die kommende Energiekrise vorzugsweise militärisch zu lösen – auch wenn dies eine kurz-sichtige und nicht einmal im ökonomischen Sinne effektive „Lösung“ darstellt. Wozu die Kontrolle einer Region mit mehreren Staaten und hunderten Millionen Bewohnern? Wozu das Streben nach Weltherrschaft? Das sind noch Überlegungen aus der Zeit des traditionellen Imperialismus des frühen 20. Jahrhunderts. Selbstverständlich geht es auch heute noch um die politische Sicherung von Märkten für den Absatz der Produkte des imperialen Staates, um den Zugang von „Investoren“ in die dem Weltmarkt geöffneten Regionen und um den Zugang zu Rohstoffen. Der Chef der Coalition Provisional Authority (CPA), also die Verwaltung des Irak durch die US-

Besitzer, Paul Bremer, erklärte bereits im Mai 2003 den Irak als „open for business“, und dieser Zustand wurde durch die „Orders“ der CPA zementiert. Viele Absatzmärkte sind allerdings entsprechend den Regeln der WTO bereits weit geöffnet und die Finanzmärkte sind liberalisiert und dereguliert. Hier hat das geoökonomische Prinzip einen unbestreitbaren Vorrang und macht gewissermaßen geopolitische Anstrengungen der Beherrschung eines Territoriums überflüssig. Der Zugang zu Rohstoffen – der dritte Grund für imperialistische Expansion, den Lenin angibt – jedoch ist umstritten und er lässt sich mit marktmäßigen Transaktionen allein nicht immer gewährleisten, insbesondere wenn die Grenzen der Verfügbarkeit von Ressourcen nach dem Höhepunkt der Förderung (Peakoil) offensichtlich werden. Die Warnungen des Club of Rome aus den frühen 1970er Jahren bleiben berechtigt, auch wenn einige Ressourcengrenzen später erreicht werden als vorausgesagt. Besonders beim Öl ist der Höhepunkt der Förderung von größter Bedeutung, erstens weil Öl der wichtigste Energieträger ist, auf den die modernen kapitalistisch-fossilistischen Ökonomien angewiesen sind, und zweitens weil nach dem Peakoil die Angebotskurve des Öls aus physikalischen und nicht nur aus ökonomischen Gründen nach unten neigt, während die Nachfragekurve aus verschiedenen Gründen steigt. In einer solchen Situation ist es ausgeschlossen, die Ölversorgung dem „freien“ Spiel von Angebot und Nachfrage zu überlassen; das Angebot kann ja gar nicht in dem Maße erhöht werden, wie die Preise steigen. So kommt die Geopolitik erneut ins Spiel, als ein „new great game“, als oil imperialism oder auch als Geopolitik von Öl, Gas und Uran. Darin sind auch die EU und einzelne (nicht alle) Mitgliedsstaaten aktiv involviert, in Afrika, im Nahen und mittleren Osten und vor allem im Kaukasus-Gebiet und in den Beziehungen zu Russland. Denn die „zentral-asiatische Region mit ihren bedeutenden Energiereserven kann eine wichtige Rolle spielen in der langfristigen Energieversorgung Europas“ so der deutsche Bundesaußenminister Franz-Walter Steinmeier (2007). Doch Russland ist nach dem Einknicken der politischen Statik in der Jelzin-Ära wieder eine ökonomische Macht und diese ist nicht zuletzt infolge von Peakoil und der Preissteigerung der Kohlenwasserstoffe stark genug, um eigene strategische Optionen als politische Weltmacht zu entwickeln und durchzusetzen, auch gegen die EU.

### Die Vergangenheit ist europäisch, die Gegenwart US-amerikanisch und die Zukunft asiatisch?

Es gibt Entwicklungsphasen, in denen die geoökonomische Dynamik dominiert, und es gibt Epochen, in denen die Geopolitik

den Vorrang hat. Dies lässt sich auch in der europäischen Geschichte entdecken. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts war die geoökonomische Konkurrenz wesentlich wichtiger als die geopolitische Balancierung von Macht. Diese hatte die Gestalt der Blockkonfrontation, eines (wegen der atomaren Hochrüstung) „Gleichgewichts des Schreckens“ mit „exterministischem“ Bedrohungspotential für die gesamte Menschheit, ja das Leben auf Erden, wie Edward P. Thompson auf dem Höhepunkt der Nachrüstungsdebatte zu Beginn der 1980er Jahre schrieb. Die Blockkonfrontation ist vorüber, und doch wird nach dem geoökonomischen Zwischenspiel während der 1990er Jahre die plurale Welt der Globalisierung erneut zweigeteilt: in das „Lager westlicher Freiheiten“ und in die Welt der seit dem 11. September 2001 in einem globalen Krieg bekämpften „Terrornetzwerke“ und „Schurkenstaaten“, in die „zivile Welt“ des charming circle und die von Thomas P.M. Barnett im Jahre 2003 so bezeichnete „Lücke“, worunter das schwarze Loch einer angeblich nicht vorhandenen Zivilität verstanden wird.

Die Freiheiten der freien Welt sind vor allem Marktfreiheiten, verbunden mit formellen politischen Freiheiten einer formellen Demokratie. Jene Marktteilnehmer können sich mehr Freiheiten herausnehmen, die über viel Geld verfügen, als jene, die keines oder nur wenig haben. Denn Märkte sind immer die Orte, auf denen mit Geld Waren eingetauscht werden, so dass diejenigen ohne Geld gar nicht auf den Markt zu gehen brauchen, um dort an den zivilisatorischen Errungenschaften der Moderne teilzunehmen. Sie können es nicht.

Territoriale Grenzen der Nationalstaaten oder die Schengen-Grenzen der EU dienen der Kontrolle zwischen innen und außen und setzen so die „Innerhalb/ außerhalb-Dichotomie“ fort. Die Grenzen werden also nicht als eine durchlässige Membran konzipiert, sondern eher als „flexibler Filter“. Sie spielen eine besonders wichtige Rolle bei der Regelung der Migration und bei der Sicherung des homeland gegen irgendwelche Bedrohungen, die häufig abstrakt bleiben und nicht konkretisiert werden. Je diffuser sie sind, desto abschreckender wirken sie. Auch im ureigensten Bereich des Handels von Waren und des Verkehrs von Kapitalien ist politische Kontrolle trotz Freihandel und Marktliberalisierung nicht beseitigt, im Gegenteil; sie wird zu Gunsten der Akkumulation des Kapitals funktionalisiert. In Gestalt einer neomerkantilistischen Politik der staatlichen Förderung von nationalen bzw. europäischen Kapitalgruppen gegen die Konkurrenz kommt sie wieder. Wenn das Kapital in seiner Dynamik der Akkumulation diese Grenzen mit ökonomischer Macht überschreitet oder osmotisch durchdringt, werden sie neu gezogen und angepasst. Die Territorialität ist also keine fixe Größe, und daher ist es auch deren

politische Ausdrucksform nicht: die nationale und europäische Staatlichkeit. Auch das Verhältnis von „außen“ und „innen“ im Empire ist nicht ein für alle Mal definiert. Es verändert sich, da die Politiken der Inklusion und Exklusion sich wandeln. Die strategische Konzentration der Macht ist das Projekt der US-amerikanischen Neokonservativen, die davon träumen, mit formeller und informeller Macht des Imperiums auch die Geschichte anhalten zu können. Europa erscheint ihnen als Macht der Vergangenheit, daher die abfällige Rede vom „alten Europa“. Die Gegenwart gehört den USA, und diese versuchen sie in die Zukunft zu verlängern. Doch „if the past is ‚European‘ and the present ‚American‘, it seems the future is ‚Asian‘ (James Anderson im Jahre 2007).

Dies ist der Grund, warum auch die EU in Konkurrenz zu den USA gerät, und inzwischen auch mit China, Indien und anderen Ländern aus der ehemaligen Dritten Welt zu rechnen hat, weil dort mittelfristig potentiellen Konkurrenten heranreifen. Im Empire verschwinden die Netzwerke der politischen und ökonomischen Macht nicht und sie diffundieren nicht im Raum eines Empire ohne imperialistische Zentren der Macht, wie Hardt und Negri unterstellen. Geoökonomie und Geopolitik gehen eine Symbiose der territorialen Ausdehnung von Kapitalexport, Arbeitsmigration und politischer Regulation zu deren „Filterung“ ein. Auf diese Weise wird auch die Grenze zwischen formellem und informellem Imperialismus, zwischen formeller und informeller Ökonomie und Politik gesteuert. Dies geschieht in den USA ebenso wie in der EU und in den aufkommenden neuen Mächten.

### Die EU in imperialistischer Konkurrenz

Die EU ist in die Globalisierung hineingewachsen und sie ist eines ihrer unverzichtbaren Elemente. Sie befindet sich heute in einer Situation imperialistischer Konkurrenz. Der Erfolg der vertiefenden und erweiternden Integration ist dafür verantwortlich, dass auch die EU eine Weltmacht geworden ist und die binäre Logik der territorialen Herrschaft zu Gunsten der ökonomischen Akteure der EU ausspielen kann. Dies wird von interessierten Kreisen in der EU als eine „gute Gelegenheit“ genutzt, um Europas Einfluss in der Welt zu steigern und europäische Wirtschaftsinteressen außenpolitisch und militärisch, also durch (supra)staatliche Machtentfaltung, zu festigen. Dazu dient die neue handelspolitische Strategie von „Global Europe – competing in the world“, dazu dienen auch die GASP, die Errichtung einer europäischen schnellen Eingreiftruppe und von battle groups, die der Kern einer europäischen Armee werden könnten. Der Gegensatz zwischen „dem ökonomischen Riesen und

dem politischen Pygmäen“ soll überwunden werden.

Es vermischen sich also geoökonomische und geopolitische Dimensionen der europäischen Integration. Europas geopolitische Bedeutung ergibt sich in erster Linie aus seinem ökonomischen Gewicht in der globalisierten Geoökonomie. Was passiert aber, wenn dieses Gewicht die geopolitische Vormacht der USA gefährdet, z.B. durch die Ablösung des US\$ als Öl-Währung durch den Euro? Das ist eine Herausforderung, die möglicherweise bedeutsamer ist als die in der US-amerikanischen „Nationalen Sicherheitsstrategie“ von 2002 genannten Fälle, dass die US-Vorherrschaft in den Kernregionen des US-amerikanischen Interesses - im Nahen und Mittleren Osten, in Zentralasien, Ostafrika und Osteuropa - politisch oder gar militärisch durch nicht-staatliche „Terror-Netzwerke“ oder Schurkenstaaten in Frage gestellt wird, die den westlichen Mächten „asymmetrische Kriege“ aufrängen.

### Zwei Logiken

Neben der kapitalistischen Logik der Akkumulation in der Geoökonomie gewinnt die territoriale Logik der Geopolitik erneut Bedeutung und diese beiden Logiken sind nicht unabhängig voneinander, im Gegenteil. Wenn die Kapitalakkumulation floriert, kann das Kapital auf die Politik gut und gern verzichten, freilich nicht auf die repressive Seite von Politik zur Aufrechterhaltung von „Ruhe und Ordnung“ im Innern wie nach außen. In der Krise und an den Grenzen der sicheren Energieversorgung freilich wächst die Bedeutung geopolitischer Unterstützung der geoökonomischen Strategien des Kapitals. Dafür sorgen in erster Linie die Nationalstaaten, aber immer deutlicher auch eine regionale Macht wie die Europäische Union.

### Literatur

- Harvey, David (2003): *The New Imperialism*, Oxford (Oxford University Press); dt. *Der neue Imperialismus*, Hamburg (VSA)
- McCormick, Thomas (2005): *American Hegemony and European Autonomy, 1989-2003: One Framework for Understanding the War in Iraq*, in: Gardner, Lloyd C./ Young, Marilyn B. (eds.): *The New American Empire*, New York/ London (The New Press): 75-112
- Krauthammer, Charles (1991): *The Unipolar Moment*, in: *Foreign Affairs*, 1991, Vol. 70, 1: 23-33
- Mackinder, Halford (1919): *Democratic ideals and reality*, New York (Henry Holt)
- Steinmeier, Fran-Walter (2007): *Die Seidenstrasse neu beleben*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 30. Juni 2007-08-07
- Barnett, Thomas P. M. (2003): *Die neue Weltkarte des Pentagon*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, H.5 (2003): 554-564
- Anderson, James (2007): *Singular Europe: An empire once again?* in: Armstrong, Warwick/ Anderson, James (ed.): *Geopolitics of European Union enlargement. The fortress empire*, London/ New York (Routledge): 9-29

# Frankreich: Gemeinsamer Appell gegen das neue Europäische Vertragsprojekt

Im Jahr 2005 haben die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land und in den Niederlanden die von den Staats- und Regierungschefs bereits beschlossene Europäische „Verfassung“ abgelehnt. In mehreren Ländern ist sie bisher nicht ratifiziert worden. Ende Juni 2007 haben die Staats- und Regierungschefs im Eiltempo ein Europäisches Vertragswerk auf den Weg gebracht, ohne öffentliche Debatte in der Bevölkerung, ohne Referendum.

Entgegen den Äußerungen von Nicolas Sarkozy handelt es sich dabei nicht um einen „Mini-Vertrag“. Unter anderem Namen und in anderer Form wird die Substanz der seinerzeit zurückgewiesenen Verfassung erneut präsentiert.

Entgegen den Äußerungen von Nicolas Sarkozy bleibt die „Anerkennung der offenen Marktwirtschaft, in der sich der Wettbewerb frei entfalten kann“, der Eckpfeiler des Europäischen Gebäudes, von dem alles andere abhängig ist. Keine der grundlegenden Forderungen, die in der Debatte um den Verfassungsvertrag erhoben worden waren, wurde berücksichtigt: Öffentlicher Dienstleistungssektor, Gleichheit von Mann und Frau, Trennung von Kirche und Staat, Erhalt und Schutz der Umwelt und der nicht erneuerbarer Ressourcen, ein soziales Europa, Ablehnung von freiem Kapitalverkehr und Steuerdumping, Vormachtstellung und Mission der Europäischen Zentralbank (EZB), Politik des Friedens, demokratisches Funktionieren der Europäischen Union. Nichts von allem. Die öffentlichen Dienstleistungen werden weiterhin beherrscht von den Gesetzen der Konkurrenz. Der Verweis auf das „religiöse Erbe“ bleibt erhalten. Keiner der Punkte, die eine Verbesserung der sozialen Regelungen verhindern, ist entfernt worden. Umweltpolitik

wird mittels ultra-liberalistischer ökonomischer Prinzipien wirkungslos gemacht. Die Kompetenz der EZB bleibt die gleiche. Die Einbindung der europäischen Verteidigung in die Politik der NATO, das heißt die Unterordnung unter die Vereinigten Staaten und die Militarisierung Europas, wird bekräftigt. Die Charta der „Grundrechte“, die an sich schon recht unzureichend ist, bleibt ohne jegliche praktische Relevanz. Und, wie durch den Verfassungsvertrag beabsichtigt, wird das gegenwärtige zutiefst undemokratische institutionelle System, nicht wirklich umgewandelt. Kurz gesagt, man findet alles, was dazu angetan ist, aus Europa eine Freihandelszone und ein Fördergebiet neoliberalistischer Politik zu machen anstatt dass es sich demokratisch gestaltet und auf einen neuen Weg hinweist, weg von der uneingeschränkten Herrschaft der Multis und der Finanzmärkte.

Wir sind entschiedene Verfechter eines Europa, das sich von der Kontrolle der Finanzmächte frei macht, das aggressive Herrschaftsdoktrinen und militärische Interventionen ablehnt und sich einsetzt für einen Wandel in den internationalen Beziehungen, insbesondere zu den Ländern des Südens. Wir wollen ein Europa, das basiert auf der Zurückweisung jeglicher Diskriminierung, auf der Anerkennung der kulturellen Vielfalt und auf der Angleichung nach oben der sozialen Rechte, der Umweltnormen und des Verbraucherschutzes. Wir wollen ein Europa, das gegründet ist auf den Willen und die Souveränität seiner Völker. Aus diesen Gründen lehnen wir den neuen Vertrag ab. Und wir schlagen folgendes Verfahren vor: Es soll ein Grundlagentext erarbeitet werden im Ergebnis eines demokratischen, breiten und transparenten Prozesses. Diesem folgt dann die Ratifizierung

per Referendum in den einzelnen Staaten.

Wir rufen all diejenigen, die ein solches Europa wollen, auf, aktiv zu werden, ihre Initiativen zu bündeln und die Kräfte zu vereinen, um so den tatsächlichen Inhalt des neuen Vertrages deutlich zu machen, um dieses Täuschungsmanöver anzuprangern und um eine neue Perspektive zu schaffen für ein wahrhaft demokratisches, soziales ökologisches und solidarisches Europa.

Um zu verhindern, dass das Volk ‚mauert‘, will Sarkozy den neuen Vertrag auf parlamentarischem Wege beschließen lassen. Nichts spricht dafür, dass er das schafft. Die Bürger und die Abgeordneten, wie immer sie am 29. Mai 2005 auch gestimmt haben mögen, müssen verhindern, dass die Demokratie und der Volkswillen brüskiert werden und ein neuerliches Referendum verlangen.

16. Oktober 2007

Erstunterzeichner: AC ! - AlterEkolo - Alternatifs - ATTAC - Cactus La Gauche - Confédération Paysanne - Coordination des Groupes de Femmes Égalité - Coordination nationale des collectifs antilibéraux - Démocratie & Socialisme - Fondation Copernic - Forces Militantes - LCR - Marches européennes - MARS Gauche Républicaine - PCF - PCOF - Pour la République Sociale - Réseau Féministe Ruptures - Union des Familles Laïques - Union syndicale Solidaires ...

Französischer Text :

<http://www.france.attac.org/spip.php?article7603>

Übersetzung: Annegret Seiffert, coo-  
ditrad.attac.org und SiG-Redaktion

Weitere Internet-Adressen:

<http://www.traite-simplifie.org/>

<http://www.collectifdu29mai.org/>

## Ein bisschen Licht im Wirrwarr

Obwohl er bereits im Jahr 1957 unter dem bekannteren Titel „**Römische Verträge**“ unterzeichnet wurde, hat der **Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG)** in einer konsolidierten Fassung, die verschiedene weitere Verträge einschließt, nach wie vor Gültigkeit: Der **Maastricht-Vertrag (1992)** wies neben einer Aktualisierung der Römischen Verträge eine gewisse Anzahl an ergänzenden Bestimmungen auf, die sich in den Artikeln A – S wieder finden. Diese wiederum wurden noch einmal in eine andere Reihenfolge gebracht, im **Vertrag von Amsterdam (1997)** neu nummeriert und bilden, nachdem auch noch der **Vertrag von Nizza (2001)** dazukam, den aktuell aus 53 Artikeln bestehenden **Vertrag über die Europäische Union (EU)**, wohingegen die ursprünglichen Römischen Verträge, aus dessen Titel nunmehr das Beiwort „Wirtschafts“ herausgenommen wurde (aus *Europäischer Wirtschaftsgemeinschaft wurde Europäische Gemeinschaft*“), 314 Artikel umfasst.

Ergänzend zu den beiden vorgenannten Verträgen sollten auf jeden Fall noch erwähnt werden der im Jahr 1957 unterzeichnete **Vertrag über Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM)** und die **Charta der Grundrechte (2000)** mit 54 Artikeln.

Einer der wenigen Vorzüge des europäischen Verfassungsvertrages (EVV) war, dass hier in einem einzigen Text der EU-Vertrag, der EG-Vertrag und die Charta zusammengefasst wurden. Das führte zu einem relativ lesbaren und verständlichen Vertragswerk, auch wenn sein Umfang mit 448 Artikeln beträchtlich war. Wir haben dieses Dokument im Übrigen so gut gelesen und verstanden, dass wir es abgelehnt haben! Die europäischen Chefs haben daraus die entsprechenden Lehren gezogen und präsentieren uns nun einen „Reformvertrag“, der genauso wenig lesbar ist, wie es die Verträge von Maastricht, Amsterdam und Nizza waren.

Aus: <http://www.france.attac.org/spip.php?article7576>

# Pierre Khalfa, Attac Frankreich

## Reformvertrag der EU: sowohl Methode als auch Inhalt sind inakzeptabel

*Mehrere hundert Seiten mit 297 Veränderungen der bestehenden Verträge, zwölf Protokollen und mehreren Dutzenden Erklärungen, die denselben juristischen Rang genießen, wie die Verträge selbst, das ist der „Reformvertrag“ der Europäischen Union. Es geht hier nicht darum, einen erschöpfenden Kommentar dieses Werkes zu liefern, eine ganze Reihe von Fragen wird bewusst nicht behandelt, sondern einige Punkte und ein allgemeines Urteil zu formulieren. August 2007*

### *Eine Methode, die jegliche demokratische Debatte ausschließt*

Die gemeinsame Erklärung der Regierungen der Union, die in Berlin anlässlich der Feiern des 50-jährigen Jubiläums der Römischen Verträge angenommen wurde, setzte sich zum Ziel, „die Europäische Union bis zu den Wahlen zum Europäischen Parlament 2009 auf eine erneuerte gemeinsame Grundlage zu stellen“. Alles sollte demnach unternommen werden, damit die Europawahlen nicht etwa zu einem Moment politischer Debatte über die Zukunft der Union werden könnten. Der Europäische Rat vom 21. und 22. Juni hat diese Tagesordnung bestätigt. Dieser Europäische Rat hat die schlimmsten Momente des europäischen Aufbaus wieder heraufbeschworen, indem er ein Schauspiel einer Versammlung hinter verschlossenen Türen bot, dessen Bedingungen den BürgerInnen der Union wieder einmal entgingen.

Einen Monat später legt die portugiesische Präsidentschaft ein Projekt vor, das am 18. oder 19. Oktober durch den Rat angenommen werden soll. In knapp zwei Monaten soll alles fertig sein. Die Geschwindigkeit,

mit der all dies zustande kommt, sagt einiges über das Konzept Europas und der Demokratie aus, mit dem die Regierungen Europas anscheinend operieren. Das doppelte französische und niederländische Nein zum Verfassungsvertrag war unter anderem eine Ablehnung der Methode, auf der die europäische Konstruktion bis jetzt beruhte: Geheimverhandlungen zwischen den Staaten, Mangel an Transparenz über die Inhalte der wichtigen Themen, Verweigerung einer öffentlichen Debatte.

Man hätte glauben können, dass nach der Episode des Europäischen Verfassungsvertrages (EVV), die Regierungen zumindest diese Verhaltensweisen nicht reproduzieren würden. Das Gegenteil hat sich herausgestellt, und wir wohnen der Darbietung des klaren Willens bei, die Bürger Europas von jeder Debatte zur Zukunft der Union auszuschließen. Offensichtlich hat das doppelte französische und niederländische Nein die europäischen Regierungen so erschreckt, dass sie nunmehr auch nur das kleinste

Risiko eingehen wollen: alles soll ganz schnell gehen, damit eine eventuelle Reaktion durch die Bürger durchkreuzt werden kann.

Und tatsächlich wird man die Regierungen, die es wagen werden, einen solchen Vertrag per Referendum absegnen zu lassen, an den Fingern einer Hand abzählen können. Frankreich wird nicht dazugehören, hat der neue Präsident der Republik schon jetzt beschlossen.

Diese Methode ist inakzeptabel und läuft den Forderungen zahlreicher europäischer Bürgerbewegungen zuwider, wie zum Beispiel den europäischen Attac-Vertretern, die fordern, dass „eine neue und demokratische Versammlung, die direkt von den BürgerInnen aller EU-Mitgliedsstaaten gewählt wird, das Mandat erhält, unter wirksamer Beteiligung der nationalen Parlamente einen Vorschlag für einen neuen Vertrag auszuarbeiten“ und dass „jeder neue Vertrag durch Referenda in allen Mitgliedsstaaten legitimiert werden muss.“

### *Der Inhalt steht in der Kontinuität der bisherigen Orientierungen*

Der „Reformvertrag“ ändert die beiden existierenden Verträge, den „Vertrag über die Europäische Union“ (EUV) und den den EG-Vertrag, der dabei in „Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union“ (VAU) geändert wird.

Die Präambel des EUV ist durch die Hinzufügung eines Absatzes geändert worden, der feststellt, dass die Union sich aus dem religiösen Erbe Europas inspirieren soll. Wenn ein derartiger Hinweis aufrechterhalten bleiben sollte, wären das ein Sieg für die obskurantistischen Zirkel Europas und ein bedeutender ideologischer Rückschritt. Wir müssen vom Präsidenten der Republik verlangen, dass Frankreich gegen diese Formulierung sein Veto ausspricht, die im Gegensatz zum Prinzip der Laizität (d.h. der Trennung von Staat und Kirche) steht.

#### **Konkurrenz**

Die Presse hat den „Erfolg“ von Sarkozy sehr hochgespielt, der erreicht haben will,

dass der Ausdruck „freier und unverfälschter Wettbewerb“ nicht als Ziel der Union erwähnt wird. Es handelt sich sicherlich um einen symbolischen Sieg der Anhänger des Neins gegen den Verfassungsvertrag, und symbolische Siege sind nicht zu vernachlässigen, denn sie verleihen den weitergehenden Kämpfen Legitimität. Aber wird dies nun irgendwelche konkrete Auswirkungen haben?

Das Prinzip der Konkurrenz bleibt in einer ganzen Reihe von Artikeln der Verfassung präsent. Zitieren wir zum Beispiel den Artikel 105, der im VAU aufrechterhalten wird, der „das Prinzip einer offenen Marktwirtschaft“ bestätigt, in der „freier Wettbewerb herrscht“. Dieses Prinzip steht sogar im Kern der Mehrzahl der europäischen Gesetzestexte, die in Kraft bleiben, insbesondere denen, die die öffentlichen Dienstleistungen liberalisieren

Schließlich ruft, um auch jede falsche Interpretation zu verhindern, das Protokoll

Nr. 6 klar das in dieser Frage anzuwendende Prinzip in Erinnerung: „der Binnenmarkt, wie er im Artikel I-3 über die Europäische Union definiert ist, beinhaltet ein System zur Sicherstellung des unverfälschten Wettbewerbs“. Der Artikel I-3 nennt die Ziele der Union. Auf diese Weise wird der unverfälschte Wettbewerb in die Ziele der Union wiedereingeführt, aus denen er verschwunden schien. Um den Punkt auch richtig einzuhammern und gut zu zeigen, dass es hier nicht nur um ein theoretisches Ziel geht, sagt das Protokoll Nr. 6, dass „die Union“ zu diesem Zwecke „Maßnahmen im Rahmen der Vorschriften dieser Verträge ergreift“.

Man sieht es: die Macht des Wettbewerbsrechts bleibt identisch. Es bleibt grundlegendes Recht zur Gestaltung der Union, ein normatives Recht, wahrhaftiges „Verfassungsrecht“, das die meisten anderen europäischen Texte für die meiste Zeit zu bloßen Willenserklärungen ohne praktische, operationelle Tragweite reduziert.



Eine Veränderung des Artikels 93 im VAU, der sich um die Steuerharmonisierung, unter anderem um Gesetze hinsichtlich der Umsatzsteuern dreht, stellt fest, dass diese Harmonisierung stattfinden sollte „um Wettbewerbsverzerrungen vorzubeugen“. Dennoch bleibt diese Harmonisierungsprozedur der Einstimmigkeit aller Mitgliedsstaaten vorbehalten. Ganz abgesehen von der Tatsache, dass festzuhalten gewesen wäre, in welche Richtung sie stattfinden soll, da einige Länder gar keine Körperschaftssteuer haben, wird eine derartige Harmonisierung anscheinend nicht so bald zustande kommen.

### **Handelspolitik/Kapitalverkehr**

Die Handelspolitik der Union setzt sich zum Ziel „die Integration aller Länder in die Weltwirtschaft zu erreichen, einschließlich der fortschreitenden Unterbindung der Hemmnisse gegen den Welthandel“ (neuer Artikel 10A EUV). Der verallgemeinerte Freihandel bleibt der nicht zu überschreitende Horizont der europäischen Politikmuster.

Dieses Ziel ist in erweiterter Form durch den Artikel 188 des EUV bestätigt, der vorschreibt, dass die „Union zur fortschreitenden Unterbindung der Hemmnisse gegen den Welthandel und die direkten Auslandsinvestitionen beiträgt (...), sowie zur Verringerung der Zoll- und anderen Schranken.“ Dieser Artikel ändert die augenblickliche Fassung in Richtung einer noch größeren Liberalisierung: die direkten Auslandsinterventionen und die „anderen“ nicht-tarifären Handelshemmnisse erscheinen im ursprünglichen Artikel nicht. Die neuere Fassung verweist auf „nicht-tarifäre Handelshemmnisse“, wie zum Beispiel Umweltnormen oder Verbraucherschutz, die das Ziel der angestrebten Liberalisierung, unter anderem durch die WTO sind.

Die Einstimmigkeit der Mitgliedsstaaten ist jedoch zum Abschluss von Handelsverträgen „im Bereich der kulturellen und audiovisuellen Dienstleistungen vonnöten, wenn diese Verträge Gefahr laufen, die kulturelle und sprachliche Vielfalt der Union zu gefährden“ und „im Bereich des Handels mit sozialen Dienstleistungen, Bildung und Gesundheit, wenn diese Vereinbarungen Gefahr laufen, die Organisation dieser Dienstleistungen auf der Ebene der Mitgliedsstaaten ernsthaft zu beeinträchtigen.“ Eine Frage bleibt jedoch unbeantwortet: wer wird entscheiden, ob die genannten Risiken bestehen?

Der Veränderungsvertrag berührt offensichtlich nicht die Freiheit des Kapitalverkehrs, nicht nur zwischen den Mitgliedsstaaten, sondern auch unter diesen und mit Drittländern (Art. 56 VAU), und die Einstimmigkeit der Staaten bleibt ebenfalls für jegliche Maßnahme erforderlich, die dazu dient, die Liberalisierung der Kapitalströme einzudämmen (Art. 57-3, VAU).

### **Rolle der EZB/Wirtschaftspolitik**

Die Preisstabilität ist nunmehr Teil der Ziele der Union (Artikel 3 des veränderten EUV). Man kann anmerken, dass im augenblicklichen EUV die Preisstabilität nicht zu den Zielen der Union gehörte. Sie war nur eines der Ziele der europäischen Zentralbank (EZB), die im Artikel 105 des EGV zur Errichtung der Europäischen Gemeinschaft aufgeführt sind. Wenn dieser Zusatz zu den Zielen der Union auch an ihrer Praxis nichts ändern wird, ist er dennoch symbolisch, um so mehr als natürlich nichts zum Thema der Inflation der finanziellen Aktivposten gesagt wird, die nichtsdestoweniger einer der Gründe der Funktionschwierigkeiten der Weltwirtschaft sind. Dieser Artikel 105 wird im VAU aufrechterhalten, und darüber hinaus wird noch ein neuer Artikel 245b über die EZB hinzugefügt, der dieses Ziel bekräftigt, um es noch einmal einzuhämmern, sollte dies noch nötig sein.

Die Unabhängigkeit der Zentralbank wird selbstverständlich aufrechterhalten (Art. 108 VAU), und sie wird als ihr einziges Ziel die Aufrechterhaltung der Preisstabilität haben, im Gegensatz zu den anderen Zentralbanken.

Die Erklärung 17 bekräftigt das Festhalten der Regierungskonferenz (RK) an der Strategie von Lissabon und hält zum verschärften Wettbewerb an. Sie lädt zu einer „Restrukturierung der Einnahmen und öffentlichen Ausgaben, in striktem Respekt der Haushaltsdisziplin in Übereinstimmung mit den Verträgen und dem Stabilitäts- und Wachstumspakt“ ein. Sie setzt sich zum Ziel, allmählich „einen Haushaltsüberschuss in Perioden günstiger Konjunktur zu erreichen“. Kurz gesagt, die übliche neoliberale Doktrin verschlimmert durch die Vorgabe, sogar einen Haushaltsüberschuss zu erreichen.

### **Sicherheits- und Verteidigungspolitik**

Die gemeinsame Verteidigung wird nur im Rahmen der NATO gesehen. Die Beziehung zur NATO wird verstärkt. Die augenblickliche Formulierung (Art. 17-4 EUV) zeigt, dass die Zusammenarbeit im Rahmen der NATO nur in dem Maße stattfinden kann, „wie diese Zusammenarbeit der in diesem Paragraphen vorgesehenen nicht zuwiderläuft und sie nicht hindert“. Die neue Formulierung koppelt eine zukünftige europäische Verteidigung enger an die NATO: „Die Verpflichtungen und die Zusammenarbeit auf diesem Gebiet bleiben in Übereinstimmung mit den Verpflichtungen, die im Rahmen des Nordatlantischen Vertragspaktes unterschrieben wurden. Dieser Vertrag bleibt für die für die Staaten, die dessen Mitglieder sind, die Grundlage ihrer gemeinsamen Verteidigung und die Grundlage ihrer Umsetzung sind“. (zukünftiger Artikel 27-7 EUV).

Das Protokoll Nr. 4 hämmert dies noch ein, in dem es in Erinnerung ruft, „dass die Sicherheits- und Verteidigungspolitik die aus dem Nordatlantischen Verteidigungspakt folgenden Verpflichtungen respektiert“ und „dass eine größere Rolle der Union im Bereich der Sicherheit und Verteidigung zur Lebenskraft eines erneuerten atlantischen Bündnis beiträgt“.

Der Militarismus wird offiziell befördert: „Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern“. (zukünftiger Artikel 27-3 EUV). Das ist übrigens die einzige Stelle, wo der Vertrag die Mitgliedsstaaten dazu anhält, ihre öffentlichen Ausgaben zu erhöhen!

Im Namen des Kampfes gegen den Terrorismus werden die Militärinterventionen im Ausland unterstützt: „All diese Missionen können zum Kampf gegen den Terrorismus beitragen, einschließlich der Unterstützung für Drittländer zur Bekämpfung des Terrorismus auf ihren Territorien“. (zukünftiger Artikel 28 EUV). Solch ein Artikel ermächtigt im Grunde zu jedwedem militärischen Abenteuer.

### **Charta der Grundrechte**

Die Charta der Grundrechte ist nicht in den Veränderungsvertrag aufgenommen worden. Die Erklärung Nr. 11 schreibt vor, dass sie am Tag der Unterzeichnung der zwei veränderten Verträge „feierlich durch das europäische Parlament, den Rat und die Kommission verkündet“ werden soll. Diese Erklärung nimmt auch den ganzen Text wieder auf. Der Artikel 6 des EUV zu den Grundrechten ist neu geschrieben worden, um auf die Charta hinzuweisen, „die denselben rechtlichen Rang genießt wie die Verträge“. Die Charta ist demnach „rechtlich verbindlich“ (Erklärung 31). Nun kommt es darauf an zu wissen bis zu welchem Grade.

Tatsächlich sind die in ihr enthaltenen sozialen Rechte von sehr geringer Tragweite. So besteht kein Recht auf Arbeit oder Anstellung, und es erscheint nur, „ein Recht zu arbeiten“. Das Recht auf soziale Sicherheit wird durch ein einfaches „Recht des Zugangs zu sozialen Leistungen und sozialen Dienstleistungen“ ersetzt. Dieses Recht ist demnach ein Rückschritt gegenüber der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und der französischen Verfassung. Letztere bestätigt, dass „jede/r das Recht hat, eine Anstellung zu erhalten. und dass „(die Nation) allen den Schutz ihrer Gesundheit und ihre materielle Sicherheit garantiert“. Sicherlich erfordern diese Rechte, um angewandt zu werden, täglichen Kampf, aber es ist gut, dass sie überhaupt bestehen.

Andere Themen schaffen sogar noch mehr Probleme. Das Recht auf Abtreibung und auf Verhütung wird von der Charta nicht anerkannt. In diesem Rahmen muss man fürchten, dass die Bestätigung des „Rechtes

auf Leben“ verwendet werden könnte, um diese Rechte vor dem Gerichtshof anzufechten.

Im Wesentlichen wird die Anwendung der in dieser Charta enthaltenen Rechte an die „nationalen Praktiken und Gesetzgebung“ zurückverwiesen. Diese Charta schafft demnach grundsätzlich kein europäisches Sozialrecht, das in der Lage wäre, das Recht auf Wettbewerb aufzuwiegen, das auf europäischer Ebene vorherrschend bleibt. Als Kirsche auf dem Kuchen finden wir noch, dass diese Rechte eingeschränkt werden können, sollte dies „notwendig“ sein.

Im Übrigen wird ihr Geltungsbereich explizit eingeschränkt. Ihr Text sagt an, dass sie „keinerlei neue Kompetenz bzw. Aufgabe für die Union schafft, und die Kompetenzen und Aufgaben, die in den Verträgen definiert sind, nicht verändert“, eine Formulierung, die - man kann gar nicht vorsichtig genug sein - auch in der Neuformulierung des Artikels 6 des EUV und in der Erklärung 31 wieder aufgegriffen wird. Mehr noch, „ihre Anrufung (der Vorschriften der Charta) ist nur zur Kontrolle der Auslegung und der Rechtmäßigkeit (der Gesetze, die von den Institutionen der Union und der Staaten angenommen werden) möglich“, was ihre juristische Tragweite sehr stark einschränkt.

Weiter sagt die Charta an, dass sie „von den Gerichtsbarkeiten der Union und der Mitgliedsländer unter Berücksichtigung der Erklärungen des Präsidiums der Konvention, die sie ausgearbeitet hat, und unter der Verantwortung des Präsidiums der europäischen Konvention auf den neuesten Stand gebracht und ausgelegt werden wird“. Diese „Erklärungen“, die in der Erklärung 12 aufgeführt sind, schränken in den meisten Fällen die Tragweite der in der Charta enthaltenen Rechte ein.

Schließlich wurde der 4. Spiegelstrich des Artikels 2 des EUV über die Grundrechte, der vorsah, dass „sich die Union mit den notwendigen Mittel versieht, um ihre Ziele zu erreichen und ihre Politik durchzuführen“ abgeschafft, was nur bestätigt, dass diese Charta kaum eine Möglichkeit haben wird, die öffentlichen europäischen Politikmuster zu beeinflussen.

Trotz all dieser Vorsichtsmaßnahmen ist dieser Text einigen Regierungen noch zuviel. So hat Großbritannien das Recht auf Ausnahme erwirkt (Protokoll Nr.7) und Polen und Irland planen ein gleiches.

*Zum Nachlesen:*

#### **SiG 57 Wohin steuert Europa?**

Mehrere Artikel über den europäischen Verfassungsentwurf und die Kampagne dagegen in den Nummern **29, 38, 40, 43, 44, 45.**

### **Zwischen Pest und Cholera**

*Die « Ziele der Union » sind im Zusammenhang mit dem Vertrag von Maastricht, formuliert und danach mehrmals modifiziert worden. In Artikel 3 -2 des mittlerweile zu Grabe getragenen Vertrages über eine Europäische Verfassung las man bezüglich der Ziele: „Die Union bietet ihren Bürgerinnen und Bürgern einen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts ohne Binnengrenzen und einen Binnenmarkt mit freiem und unverfälschtem Wettbewerb.“*

*Hier nun die neue Formulierung, die nebenbei bemerkt identisch ist mit der des Vertrages von Amsterdam aus dem Jahr 1997:*

*„Die Union gewährt Ihren Bürgern einen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts ohne Binnengrenzen, in dem in Verbindung mit geeigneten Maßnahmen in Bezug auf die Kontrollen an den Außengrenzen, das Asyl, die Einwanderung sowie die Verhütung und Bekämpfung der Kriminalität der freie Personenverkehr gewährleistet ist.“*

*Die Jagd auf Menschen ohne Papiere war auch aus dem Europäischen Verfassungsvertrag nicht ausgeklammert, wie aus dessen Teil III ersichtlich ist. Und auch jetzt ist sie wieder mit im Spiel, erhoben in den Rang eines Zieles der Union, an der Stelle wo es ehemals um den freien und unverfälschten Wettbewerb ging. Schwierig, zu entscheiden, welches von diesen beiden Übeln das kleinere ist!*

### **Öffentliche Dienstleistungen**

Der Artikel 16 des Vertrags zur Einsetzung der Europäischen Gemeinschaft erkennt die Dienstleistungen im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse (DAWIs) als „gemeinsamen Wert der Union an“ und sagt an, dass die Union und ihre Mitglieder „darauf Acht geben, dass diese Dienstleistungen auf der Grundlage von Prinzipien und unter Bedingungen funktionieren, die es ihnen ermöglichen, ihren Zweck zu erfüllen“.

Dieser Artikel wurde geändert. Er wurde Artikel 14 des VAU. Die neue Formulierung nennt explizit die Notwendigkeit für die Union und ihre Mitgliedsstaaten, die wirtschaftlichen und finanziellen Bedingungen sicherzustellen, die es den DAWIs erlauben, ihren Zweck zu erfüllen. Darüber hinaus wird ein neuer Satz hinzugefügt, der ansagt, dass „das europäische Parlament und der Rat diese Prinzipien aufstellen und ihre Bedingungen festlegen“.

Diese Änderungen sind positiv. Sie berühren jedoch nicht das Wesentliche. Tatsächlich wird die Umsetzung dieses Artikels ausdrücklich den Artikeln 86 und 87 des Vertrages unterworfen. Diese Artikel sind im VAU beibehalten worden. Der Artikel 86 hat eine außergewöhnliche Tragweite. Er ist sozusagen der Killer der öffentlichen Dienstleistungen. Diese werden den Regeln des Wettbewerbs unterworfen. Sie können sich diesen nicht entziehen, wenn dies der

Entwicklung des Handels „in einem dem Interesse der Gemeinschaft zuwiderlaufenden Maße“ hinderlich ist. Es ist die Kommission, die mögliche Vergehen beurteilt. Die Kommission hat somit alle Macht, die öffentlichen Dienstleistungen für den Wettbewerb zu öffnen. Dieser Artikel liefert die rechtliche Grundlage für die Liberalisierung der öffentlichen Dienstleistungen. Der Artikel 87 macht im Grunde jede staatliche Hilfe aus Gründen des Allgemeininteresses unmöglich.

Der Verweis auf die Artikel 86 und 87 entleert tatsächlich den neuen Artikel 14 jeglicher operationellen Tragweite für die Entwicklung der öffentlichen Dienstleistungen.

Das Protokoll Nr. 9 bezieht sich auf die Dienstleistungen im allgemeinen Interesse (DAIs). Es ist das erste Mal, dass ein Text mit der juristischen Tragweite der Verträge sich auf die DAIs erstreckt. Es geht um die Interpretationsverfügungen, die sich im Anhang des VAU finden. Der erste Artikel präzisiert den Artikel 14 über die DAWIs. Er schreibt „ein hohes Qualitäts-, Sicherheits- und Zugangsniveau vor, die Gleichheit der Behandlung und die Förderung des allgemeinen Zugangs und der Rechte für die Benutzer“. Es steht zu fürchten, dass diese allgemeinen Formulierungen, die schon in anderen europäischen Texten zu finden sind, im Vergleich zum allgemeinen Mandat zur Öffnung für die Konkurrenz, die für die DAIs die Regel bleibt, nicht ernst genug genommen wird.

Anscheinend innovativer, bezieht sich der Artikel 2 auf die DAIs: „Die Vorschriften der Verträge betreffen in keiner Weise die Kompetenz der Mitgliedstaaten, was die Lieferung, Inbetriebnahme und Organisation der nichtwirtschaftlichen Dienstleistungen im allgemeinen Interesse angeht“. Dieser Artikel scheint die DAIs vor den Wettbewerbsregeln in Schutz zu nehmen. Das Problem rührt jedoch von der Definition der „nichtwirtschaftlichen Dienstleistungen“ her, die nicht im Text präsentiert wird. Ein Urteil des Gerichtshofes (C-180-184/98) legt fest, dass „eine wirtschaftliche Aktivität jegliche Aktivität ist, die darin besteht, Güter und Dienstleistungen auf einem gegebenen Markt anzubieten“. Mit diesem Typ Definition kann quasi alles als „wirtschaftliche Aktivität“ betrachtet und somit den Regeln des Wettbewerbs und des Binnenmarkts unterworfen werden. Und tatsächlich, in einem Bericht über die Dienstleistungen im allgemeinen Interesse aus Anlass des Europäischen Rates in Laeken Ende 2001, stellt die Kommission fest, dass es „nicht a priori möglich ist, eine definitive Liste aller Dienstleistungen im allgemeinen Interesse aufzustellen, die als nichtwirtschaftlich zu betrachten sind“. Sie sagt außerdem, dass die „Spanne der Dienstleistungen, die auf einem Markt angeboten werden können, von technologischen, wirtschaftlichen und sozialen Muta-

tionen abhängt“, der Unterschied zwischen Dienstleistungen im allgemeinen Interesse und Diensten im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse demnach an Pertinenz verliert.

Daher läuft der Artikel in diesem Rahmen große Gefahr, keinerlei praktische Wirkungskraft entfalten zu können.

### **Gesundheit/soziale Sicherheit**

Der veränderte Artikel 18 des VAU bezieht sich auf das freie Verkehrsrecht in der Union für jede/n ihrer BürgerInnen. Ein neuer Artikel 3 wird geschaffen. Er legt fest, dass zu diesem Zweck, „der Rat, im Einklang mit einem speziellen Gesetzgebungsverfahren, Maßnahmen festsetzen kann, die soziale Sicherheit oder soziale Sicherung betreffen“. Die Tragweite dieses Artikels ist sicherlich begrenzt und die Einstimmigkeit der Staaten ist notwendig. Jedoch bleibt die größtmögliche Wachsamkeit am Platz, wenn man den Hang der Kommission kennt, sich durch die kleinste rechtliche Lücke zu zwingen, um öffentliche Politikmaßnahmen in Frage stellen zu können.

Der veränderte Artikel 42 des VAU bezieht sich auf die Rechte der MigrantInnen in punkto soziale Sicherheit. Das Einstimmigkeitsverfahren der Staaten wird durch eine komplexere Prozedur ersetzt, die es einem Staat ermöglicht, ein Projekt sofort und für eine Dauer von 4 Monaten zu blockieren.

Die Erklärung 14 legt fest, dass „falls ein Gesetzentwurf (...) die grundsätzlichen Aspekte des sozialen Sicherungssystems eines Mitgliedsstaates in Frage stellen könnte (...), die Interessen dieses Mitgliedsstaates dann entsprechend berücksichtigt werden“ würden. Die Notwendigkeit einer solchen Erklärung sagt viel über das, was eventuell in Betracht kommen könnte.

Der Artikel 176 E des VAU, der den Artikel 152 des Europäischen Gemeinschaftsvertrages modifiziert, bekräftigt die Verantwortlichkeit der Mitgliedsstaaten was die Definition ihrer Gesundheitspolitik, einschließlich der ihr zur Verfügung stehenden Mittel, angeht. Es wäre jedoch nützlich und notwendig gewesen, dass der Vertrag, angesichts des sehr weiten Auseinanderklaffens der Systeme der sozialen Sicherung seit der Erweiterung von 2004, präzisere Ziele für die allgemeine Gesundheit festlegt, und ein Minimalziel für den Anteil der Gesundheitsausgaben im BIP der betroffenen Länder und ebenfalls eine Perspektive für die Konvergenz nach oben der Systeme der sozialen Sicherheit definiert.

### **Verkehr**

Der zweite Absatz des Artikels 71 VAU ist verändert worden. Seine augenblickliche Formulierung sieht vor, dass die Einstimmigkeit der Staaten erforderlich ist, um im

Rahmen der gemeinsamen Transportpolitik Maßnahmen zu ergreifen, deren Anwendung Gefahr läuft, die Lebensqualität, die Beschäftigung oder den Betrieb der Transportmittel zu gefährden. Die neue Fassung legt nur fest, dass in der Umsetzung der gemeinsamen Transportpolitik diese Fälle „zu berücksichtigen“ sind. Ein Schloss zur Sicherung des öffentlichen Transportwesens ist hiermit gesprengt.

### **Energie**

Ein spezieller Artikel wird im VAU geschaffen (Art. 1176 A). Er bezieht sich auf die „Rahmenbedingungen der Errichtung und des Funktionierens des Binnenmarktes“, d.h. der Liberalisierung des Energiemarktes. Obwohl er vorsieht „die Sicherheit der Energieversorgung (...), Energieeinsparungen und die Entwicklung der neuen und erneuerbaren Energien“ sicherzustellen, besteht er weiterhin auf „der Förderung der Beziehungen zwischen den Energienetzen“, obwohl diese schlimme Konsequenzen durch die vermehrten Probleme durch die Liberalisierung in diesem Sektor haben könnte und bereits gehabt hat. Das Recht auf Energieversorgung wird nicht einmal erwähnt, obwohl die Liberalisierung des Sektors den öffentlichen Energiesektor bereits direkt gefährdet.

### **Kompetenzen von Union und Mitgliedsländern**

Die Aufteilung der Kompetenzen zwischen Union und Mitgliedsländern wurde geklärt. „Jede Kompetenz, die in den Verträgen nicht zugeschrieben wird, verbleibt bei den Mitgliedsstaaten.“ Die Union schreitet nur ein, wenn - und in dem Maße, dass die von der Union vorgesehenen Maßnahmen nicht hinreichend durch die Mitgliedsländer erreicht werden können“ (neue Artikel 4 und 5 EUV). Diese Prinzipien werden in den Artikeln 2 bis 6 des VAU festgelegt. Drei Bereiche werden definiert: die, für die die Union ausschließliche Kompetenz hat, die zwischen Union und Mitgliedsstaaten geteilt sind und die, „in denen die Union die Kompetenz für Maßnahmen hat, die Aktionen der Mitgliedsstaaten unterstützen, koordinieren oder vervollständigen“. Wenn diese Teilung der Verantwortlichkeiten auch klar erscheint, ist sie es in Wirklichkeit keineswegs.

Der Änderungsvertrag legt für den Fall der Bereiche mit geteilter Verantwortung fest, dass „die Mitgliedsstaaten ihre Kompetenz in dem Maße ausüben, wie die Union die ihre nicht ausgeübt hat“. Es handelt sich also nicht um eine zwischen den Mitgliedsstaaten geteilte Kompetenz, sondern um einen Vorrang der Maßnahmen der Union vor denen der Mitgliedsländer. Die Liste der Bereiche, die durch „ausschließliche“ oder „geteilte“ Kompetenz betroffen ist, berührt eine beeindruckende Zahl an As-

pekten des täglichen Lebens der Mitgliedsländer, selbst wenn auch nicht noch die hinzugefügt werden, für die „die Union eine Kompetenz hat, Maßnahmen zur Unterstützung, Koordinierung oder Vervollständigung der Aktionen der Mitgliedsstaaten durchzuführen“.

Die Staaten behalten ein Vetorecht, was die Außenbeziehungen der Union angeht und die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Ein Teil der Sozial- und Steuerpolitik liegt außerhalb des Unionsrechts, aber sie sind in Wirklichkeit durch die Wirtschaftspolitik, die ihrerseits von der Union geführt wird, überdeterminiert. Somit sind 80% der von den Parlamenten der Mitgliedsstaaten angenommenen Gesetze nichts als Umsetzungen europäischen Rechtes. Was es absolut nötig macht, die Kräfte der sozialen Bewegungen auf der Ebene der Union aufzubauen!

### **Institutionelle Veränderungen**

#### 1) Recht auf Bürgerinitiative

„Bürger der Union, in einer Anzahl von mindestens einer Million, die Bürger einer beträchtlichen Zahl von Mitgliedsstaaten sind, können die Initiative ergreifen, die Kommission, im Rahmen ihrer Zuständigkeit, zu bitten, einen Vorschlag zu Fragen zu unterbreiten, von denen diese Bürger meinen, dass ein Rechtsakt der Union notwendig ist, um die Anwendung der Verträge zu gewährleisten.“ (neuer Artikel 8 B, VEU)

Einmal abgesehen von der Tatsache, dass die Bürger nicht abgewartet haben, dass dieses Recht im Vertrag festgelegt wird, um es umzusetzen, bleibt dieses Petitionsrecht sehr stark eingeschränkt. Es muss die Anwendung der Verträge betreffen. Es ist demnach ausgeschlossen, eine Verfügung zu verlangen, die diese Verträge ändern könnte. Darüber hinaus ist es offensichtlich die Kommission, die entscheidet, ob es opportun ist, auf die Forderungen einzugehen oder nicht. Kurz gesagt, ein derart winziger Schritt nach Vorne, was die Mitbestimmung der Bürger angeht, dass er fast als Stagnation betrachtet werden könnte. Er kann dennoch als Werkzeug im Aufbau neuer Kräfteverhältnisse auf europäischer Ebene genutzt werden, genau wie Petitionen auf nationaler Ebene.

#### 2) Europäische Gesetze/

##### Rolle der Kommission

Dies betrifft die Richtlinien, Regeln, Beschlüsse. Die Definition dieser Begriffe wird durch den Artikel 249 des VAU geliefert. Die Definition des „Beschlusses“ wurde verändert. In ihrer augenblicklichen Definition betraf ein Beschluss, der obligatorisch anwendbar ist, einen oder mehrere bestimmte Empfänger. Die neue Definition gibt ihm eine allgemeinere Tragweite. Man kann sich fragen, was der exakte Sinn dieser Änderung ist.

Die Rolle der Kommission wird in einem neuen Artikel 9 D des EUV dargelegt: „Ein Gesetzesakt kann nur auf Vorschlag der Kommission angenommen werden, es sei denn, es sei in den Verträgen anders vorgesehen“. Welches sind diese Fälle? Sie verweisen auf zwei Typen von Gesetzesverfahren (neuer Artikel 249A, VAU). „Das gewöhnliche Gesetzgeberische Verfahren besteht in der gemeinsamen Annahme einer Regelung, einer Richtlinie oder eines Beschlusses durch das Europäische Parlament und den Rat nach Vorschlag der Kommission. Das besondere Gesetzgeberische Verfahren besteht in der Annahme einer Regelung, einer Richtlinie oder eines Beschlusses durch das Europäische Parlament mit Beteiligung des Rats oder durch diesen mit Beteiligung des Europäischen Parlaments“. Beim ersten Durchlesen herrscht eine gewisse Unklarheit, was den Begriff des „besonderen Gesetzgeberischen Verfahrens“ angeht, der im Veränderungsvertrag relativ häufig erscheint. In diesem Fall wird die Rolle der Kommission nicht erwähnt. Im Übrigen wird die Rolle der Kommission vergrößert, da ein Gesetzesakt der Kommission das Recht übertragen kann, „gewisse nichtwesentliche Elemente“ dieses Vertrages zu verändern (neuer Artikel 249 B des VAU).

### 3) Rolle der Parlamente der Mitgliedsstaaten und des europäischen Parlaments

Die nationalen Parlamente erscheinen wiederholt (neuer Artikel 8C EUV, Protokoll Nr. 1 und 2.) mit dem offensichtlichen Wunsch, ihre Rolle zu verstärken.

Der Artikel 7 des Protokolls Nr. 2 gibt das Verfahren an, die es ihnen ermöglicht, auf den europäischen Gesetzgeberischen Prozess einzuwirken. Jedes Mitgliedsparlament hat 2 Stimmen. Es gibt zwei Möglichkeiten. Im Falle eines normalen Gesetzgebungsverfahrens muss, wenn eine Mehrheit der den Mitgliedstaatsparlamenten gewährten Stimmen eine negative Beurteilung ist, das Projekt erneut erörtert werden. In den anderen Fällen reicht ein Drittel der Stimmen (ein Viertel im Falle von Sicherheits- und Justizfragen). Die negative Beurteilung muss durch den Nicht-Respekt des Prinzips der Subsidiarität begründet sein.

Dieser Artikel verstärkt sicherlich die Rolle der Parlamente der Mitgliedsstaaten. Dennoch ist seine Tragweite sehr eingeschränkt, da die Parlamente der Mitgliedsstaaten sich nicht zum Inhalt des Projekts, sondern nur zur Frage seiner juristischen Vereinbarkeit, Respekt oder Nicht-Respekt des Prinzips der Subsidiarität aussprechen dürfen.

Die Rolle des europäischen Parlaments wird durch eine beträchtliche Ausweitung der für Mitbestimmung mit dem Rat relevanten Bereiche ausgeweitet.

Schließlich kann ein Parlament eines Mitgliedsstaates eine Entscheidung des Rates blockieren, die den Annahemodus durch das erstere von Gesetzesakten ändert, in dem Fall wo der Rat sich entscheidet, mit qualifizierter Mehrheit zu entscheiden, obwohl die Verträge Einstimmigkeit verlangen, sowie im Fall des Übergangs von einem speziellen Gesetzgebungsverfahren

zu einem gewöhnlichen Gesetzgebungsverfahren (neuer Artikel 33-3 EUV).

### 4) Recht auf individuelle Klage vor dem Gerichtshof

Es ist eingeschränkt. Der 4. Absatz des Artikels 230 VAU wird geändert. Die augenblickliche Version sah vor, dass eine Klage eines Einzelnen zulässig war, selbst wenn eine Maßnahme, die ihn selbst direkt und individuell betrifft, „anscheinend unter einer Regel oder einem Beschluss gefasst worden war, die an eine andere Person gerichtet war“. Letztere Möglichkeit ist verschwunden.

### 5) Die anderen Änderungen

Die Union wird mit einer juristischen Persönlichkeit versehen, die es ihr ermöglicht, internationale Abkommen im Namen der Mitgliedsländer abzuschließen. Die qualifizierte Mehrheit ändert sich am 1. November 2014 und besteht dann aus der Hälfte der Mitgliedsstaaten und 55% der Bevölkerung, mit komplizierten Übergangsregelungen, die bis 2017 gelten können.

Verringerung der Zahl der Kommissare, hier ebenfalls mit Übergangsregelungen bis zum 31. Oktober 2014.

Schaffung des Postens eines Präsidenten des Europäischen Rates für eine Dauer von zweieinhalb Jahren, einmal verlängerbar und des Postens eines Hohen Repräsentanten (der Begriff Minister ist abgelehnt worden) der Union für auswärtige Angelegenheiten.

## ***Gegen diesen Vertrag kämpfen, ein Referendum fordern***

Der Reformvertrag übernimmt das Wesentliche des EUV in die augenblicklichen Verträge. Wie Valéry Giscard d'Estaing es roh ausgedrückt hat, „die europäischen Regierungen haben sich somit auf kosmetische Veränderungen an der Verfassung geeinigt, damit sie leichter zu schlucken ist“. Sicherlich wird der Begriff „Verfassung“ nicht mehr verwendet, und dieser Text hätte demnach eine geringere symbolische Tragweite. Es wäre nicht als ein weiterer Vertrag.

Die Bestimmung, wonach Großbritannien von der Geltung der Charta der Grundrechte ausgeschlossen bleiben darf, öffnet eine interessante Debatte. Sie kann auf zwei Weisen interpretiert werden. Die erste ist, dass die sozialen Rechte auf europäischer Ebene, selbst ziemlich eng gefasst, nicht im selben Maße wie die Regeln des Binnenmarktes verpflichtend sind. Das Soziale wäre demnach freiwillig und die Konkurrenz obligatorisch. Dies ist die Offizialisierung des Sozialdumpings. Die zweite ist, dass von nun an jedes Land wählen könnte, was ihm an den europäischen Entscheidungen passt. Ein Europa à la carte mit seinen

Nachteilen, der Verschärfung der Konkurrenz zwischen den Staaten, und seinen Vorteilen, der Möglichkeit, die Anwendung einer Entscheidung ablehnen zu können. Zum Beispiel könnte die französische Regierung, die darauf besteht, die öffentlichen Dienstleistungen verteidigen zu wollen, sich sträuben, die Postrichtlinie anzuwenden!

Darüber hinaus bleiben die grundsätzlichen inhaltlichen Gründe zur Ablehnung des Verfassungsvertrags bestehen. Von Vorne bis Hinten vom Neoliberalismus geprägt, sowohl in den Prinzipien, die er fördert, als auch in den Politikmustern, die er predigt, schreibt sich dieser Vertrag in die Fortsetzung der Verträge von Maastricht und Amsterdam ein. Die Europäische Union wird ein privilegierter Raum zur Förderung der neoliberalen Politikmuster bleiben. Die wenigen positiven Punkte stellen das augenblickliche Funktionieren der Union mit einem tiefen demokratischen Defizit, einer Verwischung der Gewaltenteilung, die dem Exekutivorgan der Union, der Kommission, gesetzgeberische und richterliche Macht verleiht und aus dem Rat ein Gesetzge-

bungsorgan macht, wo er doch gerade die Zusammenkunft der Regierungen der Mitgliedsstaaten ist, nicht grundsätzlich in Frage.

Zu diesen grundsätzlichen Gründen kommt noch die verwendete Methode, die den Willen der Regierungen und der Kommission bestätigt, die Völker und die Bürger vom Prozess des Aufbaus der Union auszuschließen. Die Schnelligkeit des Ausarbeitungsprozesses läuft Gefahr, die Möglichkeiten zur Beeinflussung seines Inhalts angesichts der Komplexität des Textes stark einzuschränken. Ein erster Punkt kann jedoch eine breite Mobilisierung in ganz Europa ermöglichen: die Forderung, jeden Hinweis auf das religiöse Erbe Europas aus dem Text zurückzuziehen.

Darüber hinaus muss die Abhaltung eines Referendums gefordert werden. Der Verfassungsvertrag ist durch ein Referendum abgelehnt worden. Der „Reformvertrag“, der seine wesentlichen Elemente wieder aufnimmt, sollte dem direkten Votum der Bürger per Referendum unterworfen werden.

<http://france.attac.org/spip.php?article7377>

## ALLE EINER MEINUNG, AUSSER SARKOZY

Mit dem Ziel, die Ratifizierung des Vertrages auf parlamentarischem Wege zu rechtfertigen, hat **Sarkozy** zunächst als Präsidentschaftskandidat, danach als gewählter Präsident, den Begriff „Mini-Vertrag“ verwendet und betont, der Vertrag über eine Verfassung für Europa sei ein für alle Mal begraben worden und man habe es nicht nur mit kleineren Modifizierungen zu tun, die im wesentlichen technischer Art seien.

Mit seiner Meinung steht er allein auf weiter Flur. Man wird sich erinnern, dass seit dem Monat Juli, **Valéry Giscard d'Estaing**, « der Vater der Europäischen Verfassung » betonte: « Hinsichtlich der Inhalte bleiben die Vorschläge weitestgehend unverändert, sie werden einzig und allein in einer anderen Weise präsentiert. » Oder, die Katze aus dem Sack lassend: « Der Grund ist, dass der Text dem Verfassungsvertrag nicht zu ähnlich sein sollte. Die Europäischen Regierungen haben sich also auf kosmetische Änderungen am Ver-

*fassungstext geeinigt, damit dieser leichter umsetzbar wird. »*

Diese Meinung wird geteilt von José Luis **Zapatero**, der sich freut: « Wir sind von keinem einzigen wesentlichen Punkt der Verfassung abgerückt... Das ist ohne jeden Zweifel mehr als nur ein Vertrag. Das ist ein Dokument mit grundlegendem Charakter, ein Vertrag für eine neues Europa. »

**Angela Merkel** dazu: « Die Substanz der Verfassung bleibt erhalten. Das ist eine Tatsache. »

Der Ministerpräsident von Dänemark, **Anders Fogh Rasmussen**: « Positiv ist, dass die symbolischen Elemente zurückgenommen wurden und das, worauf es ankommt – der Kern – geblieben ist. »

Auch **Romano Prodi**, aktiver Mitgestalter in dieser Angelegenheit, soll nicht vergessen werden: « Im Hinblick auf unsere Bedingungen möchte ich drei « rote Linien »

*betonen, die auf die Berücksichtigung des Verfassungstextes abzielen:*

*Beibehaltung eines ständigen Präsidenten der Union, ein einziger Verantwortlicher für die Außenpolitik und ein gemeinsames diplomatisches Gremium, Ausweitung der Mehrheitsentscheidungen, Erhalt der Union als einheitliches Rechtssubjekt (juristische Person). Das alles ist geblieben. »*

Die Regierungschefs sind sich also einig. Das Wesen des Vertrages wird durch den belgischen Außenminister **Karel de Gucht** eindeutig wie folgt zusammengefasst: « Das Ziel des Verfassungsvertrages war es, die Lesbarkeit zu verbessern, ... Das Ziel dieses Vertrages ist es, nicht lesbar zu sein. Die Verfassung sollte klar sein, während dieser Vertrag undurchsichtig sein sollte. Das ist ein Erfolg. »

**Attac Frankreich**, Auszüge aus dem „4 pages“ « *Traité modificatif européen : une copie du TCE* » <http://www.france.attac.org/spip.php?article7576>

## Martin Hantke und Tobias Pflüger EU: Aufrüstung und Militarisierung Tücken im Entwurf für den neuen EU-Reformvertrag

### Raider heisst jetzt Twix

Seit 1. August 2004 arbeitet die EU-Rüstungsagentur. Mit einem Jahresbudget von 60 Millionen Euro ist sie verantwortlich für die Koordination von Rüstungsprojekten, für die Stärkung des EU-Rüstungssektors und die Etablierung eines gemeinsamen EU-Rüstungsmarkts. Mit Unterstützung von EU-Industriekommissar Günter Verheugen ist es ihr gelungen, 2007 erstmals einen Posten für Sicherheits- und Rüstungsforschung im EU-Haushalt zu etablieren und eine koordinierte Öffnung der einzelstaatlichen Rüstungsmärkte in Angriff zu nehmen.

Aber die großen EU-Rüstungsunternehmen, wie BAE Systems, EADS und Thales wollen mehr. Ihnen geht es um die EU-vertragliche Absicherung der Arbeit der Rüstungsagentur, nicht zuletzt um mehr finanzielle Mittel und Planungssicherheit für mehr Aufrüstungsprojekte zu erlangen. Nach dem Scheitern des EU-Verfassungsvertrags, der von den EU-Rüstungsunternehmen mit ganzseitigen Anzeigen in großen deutschen Tageszeitungen vor der Abstimmung im Bundestag unterstützt wurde, setzen diese jetzt auf den EU-Reformvertrag, der die Militarisierungsbestimmungen des EU-Verfassungsvertrags aufgreift.

### Die Regierungskonferenz

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit wurden in Geheimverhandlungen während der parlamentarischen Sommerpause im August Nägel

mit Köpfen zur Erarbeitung des neuen EU-Vertrags gemacht. Der erste Entwurf der Regierungskonferenz liegt jedenfalls jetzt vor. Das Dokument trägt den schönen und einprägsamen Titel „Entwurf eines Vertrags zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft“ (CIG 1/07) und wird als von der Regierungskonferenz „lediglich zu prüfende Arbeitsgrundlage“ bezeichnet.

### Vom Verfassungs- zum Reformvertrag

Bis zum nächsten EU-Gipfel am 17. Oktober in Lissabon soll bereits der fertige Text verabschiedet werden. Der Text muss dann nochmals von den Regierungschefs beschlossen und durch die nationalstaatlichen Parlamente ratifiziert werden. In nahezu allen EU-Mitgliedstaaten soll die Bevölkerung nicht mehr über den neuen EU-Vertrag abstimmen können. Das wurde möglich, indem auf die Benennung als EU-Verfassung verzichtet wurde. Aus der Sicht der Staats- und Regierungschefs war die Textrevision notwendig geworden, da der EU-Verfassungsvertrag nach den Ablehnungen bei den Referenden in Frankreich und den Niederlanden nicht mehr durchsetzbar war. Bei einem Blick auf die Bestimmungen der „Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ wird jedoch schnell klar, dass die Staats- und Regierungschefs in erster Linie lediglich auf kosmetische Änderungen Wert gelegt haben und den EU-Verfassungsvertrag in Reformvertrag umbe-

nannten. In punkto EU-Militarisierung soll jedenfalls alles beim Alten bleiben. Im Textentwurf der Regierungskonferenz finden sich ganz detailliert alle Militarisierungsbestimmungen des EU-Verfassungsvertrags wieder.

### Ohne gerichtliche und parlamentarische Kontrolle

Im neuen EU-Reformvertrag soll sich die Zuständigkeit der EU „auf sämtliche Fragen in Zusammenhang mit der Sicherheit der Union“ beziehen. Der Europäische Gerichtshof ist in Bezug auf die Außen- und Sicherheitspolitik der EU schlicht „nicht zuständig“ (Art. 11). Zudem soll darauf geachtet werden, „dass die Auffassungen des Europäischen Parlaments gebührend berücksichtigt werden“ (Art. 21, 1). Ein eigener EU-Haushalt für Militäroperationen – geradezu liebevoll Anschubfonds genannt – soll etabliert werden (Art. 26). Explizit wurde festgehalten, dass dieser Anschubfonds in Anspruch genommen werden kann, wenn eine geplante Operation aus rechtlichen Gründen nicht aus dem Haushalt der Union finanziert werden kann. Eine Haushaltskontrolle des Europäischen Parlaments oder der nationalstaatlichen Parlamente findet nicht statt.

### Aufrüstungsverpflichtung

Auch die skandalöse Aufrüstungsverpflichtung des EU-Verfassungsvertrags hat ihren Weg in den Reformvertragsentwurf gefunden. Es ist wohl als einmalig in der Geschichte internationaler Verträge anzusehen, dass ein

völkerrechtlicher Vertrag zu verstärkten Rüstungsanstrengungen anhält. „Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern“ (Art. 27, 3), so der Entwurfstext. Die EU-Rüstungsagentur – im Orwellischen Sprachgebrauch der EU-Rechtsexperten Verteidigungsagentur genannt – soll dazu eine Grundlage im neuen EU-Vertrag erhalten. Sie soll u.a. „Maßnahmen zur Bedarfsdeckung“ an Rüstungsgütern fördern, zur „Stärkung der industriellen und technologischen Basis“ des Rüstungssektors beitragen und sich „an der Festlegung einer europäischen Politik im Bereich der Fähigkeiten und der Rüstung“ (Art. 27, 3) beteiligen. Auch Rüstungsforschung soll auf ihrer Agenda stehen (Art. 30, 1d). Zudem sollen zweckdienliche Maßnahmen „für einen wirkungsvolleren Einsatz der Verteidigungsausgaben ermittelt werden.“ Rüstungsprojekte sollen auch dadurch befördert werden, dass innerhalb der Rüstungsagentur „spezielle Gruppen“ gebildet werden sollen, „in denen Mitgliedstaaten zusammenkommen, die gemeinsame Projekte durchführen.“ (Art. 30, 2)

#### Militärische Interventionen weltweit

Generell soll eine offensive militärische Interventionspolitik der EU vertraglich verankert werden. Ganz abgesehen von einzelstaatlichen Verfassungsbestimmungen, die den Einsatz von Streitkräften jenseits der Territorialverteidigung nicht vorsehen, wird festgelegt, dass die Mitgliedstaaten der EU „für die Umsetzung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ (Art. 27, 3) u.a. „militärische Fähigkeiten“ zur Verfügung stellen. Mit diesen militärischen Mitteln sollen „außerhalb der Union“ sogar „Abrüstungsmaßnahmen“, „Aufgaben der militärischen Bera-

tung und Unterstützung“ und „Kampfeinsätze im Rahmen der Krisenbewältigung“ durchgeführt werden. Das bedeutet nichts anderes, als dass sich die EU das gesamte Einsatzspektrum der neuen Kriege vertraglich sichern will. Besonders pikant ist dabei auch noch der Punkt, dass all diese Missionen „zur Bekämpfung des Terrorismus“ beitragen sollen, „unter anderem auch durch die Unterstützung für Drittländer bei der Bekämpfung des Terrorismus in ihrem Hoheitsgebiet.“ (Art. 28, 1) Das darf mit Fug und Recht als vertragliche Blaupause für den weltweiten Antiterrorkrieg der EU bezeichnet werden.

#### Kerneuropa, EU und NATO

Auch kerneuropäische militärische Avantgardekonzepte sollen mit dem neuen EU-Reformvertrag machbar sein. Im Rahmen einer „Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit“ können sich auch einige wenige EU-Mitgliedstaaten nach EU-Ratsentscheidung zusammenschließen, um Militärinterventionen durchzuführen. Die gesamte EU-Militärpolitik soll EU-reformvertraglich an die NATO gebunden werden (Art. 27, 7). Damit würde eine bereits bestehende Praxis legalisiert werden. Denn bei EU-Militäroperationen wird diese Art der institutionalisierten Kooperation bereits angewandt. Für die paramilitärische EU-Polizeiausbildungsmission in Afghanistan seit 1. Juli ist explizit die NATO- und US-Unterstützung festgehalten. Im Bericht des EU-Rates zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik des EU-Rates vom 18. Juni 2007 heißt es dazu: „Das Generalsekretariat des Rates arbeitet auch eng mit dem internationalen Personal der NATO und mit den USA zusammen: mit der NATO hinsichtlich der Bereitstellung technischer Unterstützung im Einsatzgebiet durch die ISAF und mit den

USA, weil diese ein entscheidender Partner bei der Koordinierung der Vorgehensweise bei den Reformbemühungen sein werden.“

#### Militäreinsatz im Inneren

Zuletzt findet sich auch die militärische „Solidaritätsklausel“ (Art. 188) im Entwurf des Reformvertrags wieder. Hier wurde festgeschrieben, dass die EU „alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel, einschließlich der ihr von den Mitgliedstaaten bereitgestellten militärischen Mittel“ mobilisiert, um „terroristische Bedrohungen im Hoheitsgebiet von Mitgliedstaaten abzuwenden“. Dies bedeutet nichts anderes als den Einsatz von Militär im Inneren der EU zur Abwendung von so genannten Terrorgefahren. Damit soll auch noch EU-vertraglich eine weitere Militarisierung der EU-Innenpolitik ermöglicht werden.

#### Fazit

Der Textentwurf der Regierungskonferenz ist das Dokument einer offensiven und aggressiven Sicherheits- und Militärpolitik der EU und kann nur als massiv friedensgefährdend angesehen werden. Es steht nicht zu erwarten, dass sich im Bereich der Sicherheits- und Militärpolitik im Bezug auf den Entwurfstext des EU-Reformvertrags noch wesentliches ändern wird. Die Mitgliedstaaten der EU werden auf Aufrüstung, Militarisierung und weltweite militärische Interventionen festgelegt. Die EU-Rüstungsagentur wird detailliert mit ihren Aufgaben und Kompetenzen im EU-Vertrag verankert. Der neue EU-Reformvertrag soll dafür die rechtliche Grundlage sein.

(Quelle: FriedensForum 4/2007 S. 21)  
S. auch <http://www.reformvertrag.de>

#### Globalisierungskritik wird erwachsen:

**Bei VSA ist jetzt eine Sammlung von Vorschlägen zu Globalisierungs-Alternativen erschienen. In dieser und den nächsten Nummern veröffentlichen wir einige Beiträge.**

*ABC der Alternativen - Von "Ästhetik des Widerstands" bis "Ziviler Ungehorsam"*

Herausgegeben von Ulrich Brand, Bettina Lösch und Stefan Thimmel.

In Kooperation mit der Rosa Luxemburg Stiftung, der tageszeitung und dem Wissenschaftlichen Beirat von Attac

VSA Verlag, 272 Seiten; Fadenheftung; Klappenbroschur (2007)EUR 12.00 sFr 21.70

ISBN 978-3-89965-247-5



## Anne Karrass: Soziales Europa

Der Begriff wurde in einer Zeit geprägt, als die Europäische Gemeinschaft sich mit dem Binnenmarktprojekt für eine marktzentrierte Integrationsweise entschied. Um dies zu legitimieren, dem zu schaffenden Markt aber auch eine soziale Dimension zu verleihen, entwickelte der damalige Kommissionspräsident Delors die Idee, gemeinsame soziale Werte – ein »Europäisches Sozialmodell« – zu bestimmen, welche(s) es im Angesicht der zunehmenden ökonomischen Verflechtung zu verteidigen bzw. zu bewahren gelte. Die europäische Ebene sollte zunehmend Verantwortung für sozialen Ausgleich und sozialpolitische Regulierung übernehmen, um Gerech-

tigkeit und Solidarität mit Leistungsfähigkeit und Effizienz zu verbinden.

Betrachtet man die Entwicklung seit den 1980er Jahren, ist von der angestrebten Gleichrangigkeit von sozialem und ökonomischem Fortschritt nicht viel zu sehen: Der Binnenmarkt, gekrönt von der Wirtschafts- und Währungsunion, hat den Standortwettbewerb zwischen den Mitgliedstaaten deutlich verschärft, was zu einem Abwärtstrend bei sozialen Leistungen, Steuereinnahmen und Regulierungen geführt hat. Die Sozialausgaben werden zusätzlich von den Sparanforderungen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes

unter Druck gesetzt. Schließlich kämpfen die Mitgliedstaaten mit hohen Arbeitslosen- und wachsenden Armutsraten.

Obleich man von einem Sozialen Europa weiter entfernt ist als je zuvor, erlebt der Begriff seit der Strategie von Lissabon (2000) eine Renaissance: Alle europäischen Organe sprechen sich dafür aus – gemeinsame Ziele werden festgelegt und Aktionspläne verabschiedet. Anlass zu Optimismus besteht bei genauerem Hinsehen jedoch nicht. Unter einem Sozialen Europa wird in diesem Zusammenhang vor allem eins verstanden: Sozialpolitik soll in erster Linie dazu dienen, der

Wirtschaft gut ausgebildete, flexible und billige Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen. Durch eine zunehmende Privatisierung der Renten- und Gesundheitssysteme sollen die Unternehmen sowie die Staatshaushalte entlastet werden. Das Soziale Europa ist zum Deckmantel einer neoliberalen Strategie geworden, mit der im Namen von Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit die unter Delors noch bewahrenswerten sozialen Errungenschaften »modernisiert« (sprich: reduziert) werden sollen.

Auch oder gerade vor diesem Hintergrund sollten die sozialen Bewegungen sich den Begriff des Sozialen Europas zu eigen machen. Durch seine Verwendung wird zum einen deutlich, dass man sich positiv auf die – wenngleich in ihrer jetzigen Form stark zu kritisierende – EU bezieht und keine Alternative in einer Rückkehr zum Nationalismus sieht. Zum anderen muss allerdings ein Streit um die (Neu-)Besetzung des Begriffs geführt werden. Hierfür kann auf einige Vorschläge zurückgegriffen werden: In einer defensiven Variante stellt sich das Soziale Europa als Schutz für die nationalen Sozialstaaten dar. Über die Setzung absoluter oder relativer, in jedem Fall jedoch anspruchsvoller Mindest-

standards im Bereich sozialer Leistungen, Regulierungen und Steuern werden diese zumindest zum Teil aus dem Wettbewerb herausgenommen und damit den Mitgliedstaaten wieder Gestaltungsspielräume geöffnet. Eine Alternative muss jedoch auch offensiv und wirklich europäisch sein. Neben einer Änderung der wirtschaftspolitischen Ausrichtung, mit der diese klar den sozialen Zielen untergeordnet wird, bietet sich hier zum einen die gemeinsame Entwicklung eines Katalogs sozialer Rechte (auf Bildung, Wohnung, soziale Sicherheit etc.) an. In einem »Alternativen Stabilitätspakt« können weiterhin klare Ziele für die Bekämpfung von Armut und Arbeitslosigkeit, den Schutz der Umwelt etc. festgelegt werden. Auch grenzüberschreitende Projekte zum Ausbau öffentlicher Dienstleistungen (z.B. Eisenbahn, Energieversorgung), die in allen Ländern unter Liberalisierungsdruck stehen, stellen ein wichtiges Element eines Sozialen Europas dar – und können gleichzeitig zum ökologischen Umbau der Gesellschaften sowie der Schaffung menschenwürdiger Arbeitsplätze beitragen. Zunehmend sollte bei all diesen Maßnahmen auch eine Umverteilung zwischen reichen und ärmeren Mitgliedstaaten stattfinden.

Auf diese Weise, durch eine öffentliche, demokratische Diskussion geteilter Werte und Interessen, die Verfolgung gemeinsamer Ziele ebenso wie durch Konflikte, auf deren Basis soziale Kompromisse gefunden werden, kann auch eine transnationale Solidarität entstehen, die keiner gemeinsamen spezifisch europäischen Identität bedarf. Diese Solidarität ist daher auch nicht exklusiv und begegnet somit der Gefahr, dass das Soziale Europa sich nach außen hin abschließt. Dies beinhaltet weiterhin, sich über neue Wohlstandsmodelle zu verständigen, damit diese Alternative weder auf dem Rücken des globalen Südens noch auf dem der Natur verwirklicht wird.

#### Zum Weiterlesen

Aust, Andreas/Leitner, Sigrid/Lessenich, Stephan (2002): Konjunktur und Krise des Europäischen Sozialmodells, in: PVS (2), S. 272-301.  
Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen (Hrsg.) (2007): Kampf für ein soziales Europa, Kurswechsel 1, Wien  
Karrass, Anne/Schmidt, Ingo u.a. (2004): Europa: lieber sozial als neoliberal, AttacBasisTexte 11, Hamburg.

## Hans-Jürgen Urban: Umverteilung

Umverteilung meint die Korrektur der Aufteilung materieller oder immaterieller Größen auf Individuen, Gruppen oder soziale Klassen in einer Gesellschaft. Strukturen und Mechanismen der (Um-)Verteilung prägen nicht nur die Wachstums- und Entwicklungsbedingungen der Ökonomie, sondern auch die soziale Qualität der Gesellschaft. In kapitalistischen Gesellschaften sind Verteilungsstruktur und -mechanismen zunächst durch die Funktionsprinzipien kapitalistischer Märkte geprägt. Die kapitalistische Eigentumsordnung erzeugt eine Aneignungsweise, in der den Besitzern der Produktionsmittel das Recht auf die private Aneignung der Wertschöpfung zugestanden wird. Diese so entstehende Verteilungsordnung führt zu einer systematischen Ungleichverteilung von Einkommen, Vermögen und sozialen Lebenschancen zwischen den Klassen bzw. innerhalb der Klasse der Lohnabhängigen sowie tendenziell zu einer Übernutzung der natürlichen Lebensgrundlagen. Gleichwohl sind innerhalb dieser Grundstruktur verschiedene Entwicklungsvarianten möglich, über die in sozialen Kämpfen und politischen Aushandlungskonflikten entschieden wird.

Der westeuropäische sozialdemokratisch-keynesianische Wohlfahrtsstaat zielte u.a. auf die Korrektur der strukturell ungleichen, markt- und machtwermittelten Verteilung durch Umverteilungspolitik. Gleiches galt für die Politik der Gewerkschaften, denen im Rahmen des wohlfahrtsstaatlichen Klassenkompromisses eine wichtige, oftmals institutionell abgesicherte Rolle zukam. Auch wenn der Wohlfahrtsstaat die Grundlagen der kapitalistischen Eigentums- und Aneignungsordnung unangetastet ließ, Frauen und Migran-

Innen in der Arbeits- und Lebenswelt Gleichstellung vorenthielt und auf einem naturgefährdenden Wachstumsmodell beruhte, konnte er ansehnliche Umverteilungserfolge und Sozialstandards realisieren. Seit Beginn der 1980er Jahre ist der Wohlfahrtsstaat durch die Strukturprobleme seines sozialökonomischen Entwicklungsmodells (»fordistisches Akkumulationsregime«), die konzeptionellen Defizite seiner Anhänger und die Offensive neo-liberaler und neosozialdemokratischer Politiken in die Krise geraten. Beide Politikkonzepte treffen sich vor allem in dem Ziel, die Arbeitsmärkte zu deregulieren, die sozialen Sicherungssysteme für die Verwertungsinteressen der Finanzmarktakteure zu öffnen, verteilungsmächtige Gewerkschaften zu »bändigen« und die Institutionen der kollektiven Arbeitsbeziehungen zu schwächen. All das läuft auf die Auflösung der wohlfahrtsstaatlichen Verteilungs- und Klassenkompromisse und die Enteignung erkämpfter, sozialer Eigentumsrechte der Lohnabhängigen hinaus. An die Stelle des Wohlfahrtsstaates tritt der kapital- und marktfördernde Wettbewerbsstaat. Und das alte Verteilungsregime wird durch eine neue Variante der »Akkumulation durch Enteignung« (Harvey) ersetzt. Die Perspektive einer linken, emanzipatorischen Politik kann sich nicht in der Verteidigung des traditionellen Wohlfahrtsstaates erschöpfen. Sie könnte in einem »neoliberalen (Um-)Verteilungsregime« liegen, das sich auf vier Umverteilungsprojekte zu stützen hätte: Erstens auf die Neuverteilung sozial geschützter, gesellschaftlich sinnvoller, ökologisch verträglicher und geschlechterdemokratisch orientierter Erwerbsarbeit (Gute Arbeit). Zweitens auf die Umverteilung von

Einkommen und Vermögen durch eine solidarische Einkommenspolitik der Gewerkschaften und eine soziale Steuer- und Abgabepolitik des Staates (z.B. über eine progressive Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftsteuer). Die so generierten Finanzmittel sollten drittens in die Erneuerung bedarfsorientierter Sozialsysteme sowie in ein umfassendes Angebot an öffentlichen Gütern (in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Mobilität, Kommunikation sowie familiäre Reproduktion) investiert werden, die ohne soziale Zugangsschranken zugänglich sein müssten. Viertens ginge es um eine Reduzierung und Neuverteilung des Naturverbrauches vor allem zwischen den kapitalistischen Metropolen und den anderen Weltregionen, verbunden mit der Erneuerung der energetischen Grundlage des Wirtschaftens.

Für die Realisierung eines solchen Umverteilungsregimes bleiben national organisierte Gewerkschaften und Nationalstaaten unverzichtbare Schlüsselakteure. Gleichwohl gilt es die Grenzen nationalstaatlich begrenzter Politikkonzepte zu überwinden. Im globalisierten Finanzmarkt-Kapitalismus müssen Lebenschancen transnational neu verteilt und über globale Regulierungsstrukturen (»Global Governance«) institutionell fixiert und gesichert werden. Das setzt die Überwindung der »Akkumulation durch Enteignung« und die Umstellung von Produktion und Konsum auf ein ökologisch verträgliches Entwicklungsmodell voraus. Damit weist ein solches Projekt über die finanzkapitalistische Aneignungs- und Entwicklungsordnung der Gegenwart hinaus.

**Ebenfalls in „ABC der Alternativen“ erschienen**

# Kann Globalisierung humanisiert werden?

Die vier Nachfolger des „Washington Konsenses“ und das Scheitern einer Entwicklungsdoktrin

Freitag, 14. September 2007

Als letztes Jahr zwei Studien detailliert aufzeigten, wie die Forschungsabteilung der Weltbank systematisch Daten manipuliert hat, um zu zeigen, dass neoliberale Markt-reformen in Entwicklungsländern Wachstum fördern und Armut abbauen, war man in Entwicklungshilfekreisen nicht schockiert<sup>1</sup>. Man sah die verheerenden Ergebnisse einer Studie des amerikanischen Universitätsprofessors Robin Broad sowie den Bericht des Princeton-Professors Angus Deaton und des früheren IWF-Chefökonom Ken Rogoff nur als neueste Episode im Zusammenbruch des so genannten Washingtoner Konsenses an. Während der Blütezeit dieses Entwicklungsmodells in den 1980er und frühen 1990er Jahren schlossen sich seine Anhänger der berühmten Bemerkung Margaret Thatchers an, dass es keine Alternative gebe („There is no alternative“; abgekürzt TINA). Der Washingtoner Konsens brach mit ökonomischen Strategien, die starke Eingriffe des Staates vorsahen, und proklamierte den befreiten Markt als Motor der Entwicklung.

<sup>1</sup> „Forscher der Weltbank haben [...] extrem sichtbare Arbeit geleistet zu den Themen Globalisierung, Effektivität von Hilfsleistungen, Wachstum und Armut. In vielerlei Hinsicht sind sie in diesen Bereichen führend. Aber das Gremium hatte Gründe für umfassende Kritik an der Art und Weise, in der diese Untersuchungen benutzt werden, um für die Praktiken der Weltbank zu missionieren, oft ohne einen ausgewogenen Standpunkt zu entwickeln und ohne die angemessene Skepsis auszudrücken. Interne Untersuchungen, die Weltbankpositionen unterstützen, wurden stark bevorzugt, während unliebsame Untersuchungen ignoriert wurden. Wir glauben, dass in diesen Fällen die Kontrollmechanismen versagt haben, die Lobbyarbeit und Forschung hätten trennen sollen. Das Gremium erkennt das Recht der Weltbank an, ihre eigenen Maßnahmen entschlossen zu verteidigen und sich für sie einzusetzen. Aber wenn die Führungsetage der Weltbank selektiv relativ neue und ungeprüfte Forschungsergebnisse als klare Beweise dafür ansieht, dass diese bevorzugten Maßnahmen funktionieren, führt dies zu einem unberechtigten Vertrauen in ihre eigenen Rezepte. Dieser unbedingte Glaube an fragile ausgewählte Forschungsergebnisse lädt später zu Anschuldigungen ein, was die Glaubwürdigkeit und Nützlichkeit aller Forschung der Weltbank unterminiert.“ (Eine Evaluation der Forschung der Weltbank 1998-2005)

Der Konsens wurde Entwicklungsländern in der Form von Strukturanpassungsprogrammen aufgezwungen, die von der Weltbank und dem Internationalen Währungsfond (IWF) finanziert wurden, bis es in den späten 1990er Jahren immer klarere Beweise dafür gab, dass er in allen Schlüsselbereichen der Entwicklung – nachhaltiges Wachstum, Rückgang der Armut und der Ungleichheit – versagt hatte.

Bis Mitte dieses Jahrzehnts hatte der Konsens einen Prozess der Auflösung durchgemacht, obwohl Neoliberalismus einfach aus Trägheit nach wie vor die Grundeinstellung vieler Ökonomen und Technokraten blieb, die das Vertrauen an ihn verloren hatten.

Die früheren Anhänger des Konsenses haben sich seither in unterschiedliche Richtungen bewegt. Obwohl man oft von ihm hört, gibt es keinen „Post-Washington-Konsens“.

## Washington Konsens Plus

Im Bewusstsein, dass der Washingtoner Konsens versagt hat, vertreten der IWF und die Weltbank einen Ansatz, den der Nobelpreisträger Joseph Stiglitz abschätzig „Washington Konsens Plus“ genannt hat. Dieser besagt, dass Markt-reformen zwar von entscheidender Wichtigkeit, aber alleine nicht ausreichend sind. Sie müssten beispielsweise von Finanz-reformen begleitet werden, um solche Debakel wie die asiatische Finanzkrise vermeiden zu können, von der mittlerweile sogar der IWF zugibt, dass sie von massiven Kapitalströmen in solche Länder verursacht worden ist, welche eine Liberalisierung durchgeführt haben, ohne gleichzeitig ihre „Finanzinfrastruktur“ zu stärken. Unter Berücksichtigung des Abstiegs Russlands in die Hölle des Mafiakapitalismus in den 1990er Jahren, sprechen beide Institutionen jetzt auch davon, wie wichtig es sei, Markt-reformen mit institutionellen und Gesetzes-reformen zu begleiten, die Privateigentum und Verträge stärken können. Andere Begleiter von Markt-reformen sind vernunftgeleitetes Regierungshandeln und Maßnahmen zur „Entwicklung von Humankapital“ wie etwa der Bildung von Mädchen und Frauen.

Diese Mischung aus marktwirtschaftlichen und institutionellen Reformen wurden Anfang dieses Jahrzehnts in den so genannten Poverty Reduction Strategy Papers (PRSPs, Strategie-papiere zum Abbau der Armut) festgehalten. Im Unterschied zum aggressiven Neoliberalismus der Struktur-

anpassungsprogramme waren die PRSPs nicht nur inhaltlich sondern auch in der Vorgehensweise gemäßiger: sie sollten unter Rücksprache mit den Betroffenen und Beteiligten formuliert werden, einschließlich zivilgesellschaftlicher Organisationen.

Trotz des Zuckergusses aus institutionellen Reformen besteht der PRSP-Kuchen weiterhin aus einem makroökonomischen Fundament aus Handelsliberalisierung, Deregulierung, Privatisierung und der Kommerzialisierung von Land und Ressourcen, die schon das Wesen der Strukturanpassungsprogramme ausmachte. Darüber hinaus ist die Rücksprache mit der Gesellschaft auf gut ausgestattete, liberale Nicht-regierungsorganisationen beschränkt worden, unter Ausschluss sozialer Bewegungen mit breiter Basis. PRSPs sind in der Tat einfach **Strukturanpassungsprogramme der zweiten Generation**, die versuchen, die negativen Auswirkungen der Reformen zu mildern. Wie der Geschäftsführer des IWF, Rodrigo Rato, zugegeben hat, ist der Zweck institutioneller Reformen „sicherzustellen, dass die Früchte des Wachstums breit geteilt werden und dass die Ärmsten vor den Kosten der Anpassung geschützt werden, um die Menschen davon abzuhalten, „versucht zu sein, der orthodoxen Wirtschaftspolitik und den Strukturanpassungs-reformen abzuschwören.“

## Neokonservativer Neoliberalismus

Einen zweiten Nachfolger des Washingtoner Konsenses könnte man „neokonservativen Neoliberalismus“ nennen. Dieser Ansatz ist im Wesentlichen die Entwicklungspolitik der Regierung Bush. Die Inspiration für diese Strategie geht auf den Bericht eines Kongressausschusses unter der Leitung des konservativen Akademikers Alan Meltzer über multilaterale Institutionen aus dem Jahr 2000 zurück, der vorschlägt, die Weltbank radikal zu verschlanken. Hier wird - zumindest in Form eines Lippenbekenntnisses – ein Schuldenerlass für die ärmsten Länder unterstützt, da diese ihre Schuld nicht begleichen könnten, und eine Verlagerung von Krediten hin zu Subventionen angepeilt. Allerdings werden Schuldenerlass und die Vergabe von Entwicklungssubventionen an die Leistungen der Regierung in den Bereichen der Marktliberalisierung und der Privatisierung von Industrie, Grundbesitz und natürlichen Ressourcen geknüpft. Tatsächlich ist der Hauptgrund dafür, Subventionen gegenüber durch die Weltbank vergebenen Krediten



den Vorzug zu geben der, dass diese „effektiver an Leistungen gebunden werden können als langfristige Kredite“, wie es der parlamentarische Staatssekretär John Taylor ausdrückt. Darüber hinaus würden es Subventionen erlauben, marktwirtschaftliche Reformen und Entwicklungspolitik direkter mit Washingtons Sicherheitszielen und der Agenda der US-Konzerne zu koordinieren. Im Vergleich zum ursprünglichen Washingtoner Konsens ist der neokonservative Neoliberalismus in der Praxis weniger doktrinär, aber auf illiberale Art und Weise, da er bereit ist, **den Markt den strategischen Zielen Washingtons unterzuordnen**.

### Neostrukkturalismus

Im Unterschied hierzu geht ein dritter Nachfolger des Washingtoner Konsenses in eine liberalere Richtung. Diesen Ansatz verbindet man mit der Wirtschaftskommission für Lateinamerika (CEPAL), die unter der Leitung des ehrwürdigen argentinischen Ökonomen Paul Prebisch in den 1950er Jahren die strukturalistische Theorie der Unterentwicklung entwickelte. Nach dem Neostrukkturalismus verursachen neoliberale Strategien zu viele Kosten und sind kontraproduktiv. Tatsächlich gebe es keinen Widerspruch zwischen **Wachstum** und sozialer **Gerechtigkeit**, wie es die Neoliberalen behaupten, sondern eine „**Synergie**“. Ein Abbau der Ungleichheit würde nämlich, indem er größere politische und makroökonomische Stabilität schaffe, das Sparpotenzial der Armen deutlich anhebe, das Bildungsniveau verbessere sowie die Gesamtnachfrage steigern, das Wirtschaftswachstum befördern und nicht etwa behindern. Die Neostrukkturalisten schlagen daher eine Politik der progressiven Transferzahlungen vor, welche Einkommen so umverteilt, dass das Humankapital der Armen, bzw. ihre Produktivität - durch höhere Ausgaben für Gesundheit, Bildung und Wohnungsbau – gesteigert wird. Diese Art von Programmen assoziiert man mit dem, was der mexikanische Polemiker Jorge Castaneda „*die Gute Linke*“ in Lateinamerika nennt, also den Regierungen von Lula in Brasilien und der Concertación-Koalition in Chile.

Während sie sich darauf konzentriert, Transferzahlungen zu organisieren, um die Armen zu schützen und ihre Kapazitäten zu steigern, **greift der Neostrukkturalismus nicht in die produktiven Marktkräfte ein**, wie es die „*Böse Linke*“ (soll heißen Hugo Chavez und seine Freunde) durch Eingriffe in Produktion, Märkte und Lohnpolitik tut. Die Neostrukkturalisten lassen sich voll und ganz auf die Globalisierung ein und sagen, dass eines der wichtigsten Ziele ihrer Reformen darin bestehe, ihr Land global wettbewerbsfähiger zu machen. Da sie angeblich gleichzeitig Einkommensunterschiede abmildern, Armen-

förderung betreiben und die Arbeiterschaft global wettbewerbsfähiger machen, wird behauptet, dass neostrukkturalistische Reformen darauf hoffen lassen, dass die Globalisierung annehmbarer oder sogar populär wird. Neostrukkturalisten verkünden stolz, dass ihr Weg zu Globalisierung dem der Neoliberalen weit überlegen ist.

Das Problem ist, dass neostrukkturalistische Reformen zu dem geführt haben, was einer ihrer bedächtigsten Kritiker, der chilenische Ökonom Fernando Leiva das „*heterodoxe Paradoxon*“ nennt, das heißt, dass in dem Streben nach systemischer oder umfassender Wettbewerbsfähigkeit die sorgsam konstruierte neostrukkturalistische Politik tatsächlich zur „*politisch-ökonomischen Konsolidierung und Regulierung neoliberaler Ideen und Maßnahmen*“ geführt hat. Am Ende ändert der Neostrukkturalismus – genau wie der Washington Konsens Plus – nichts grundsätzliches an der Armut sondern mildert den Armut und Ungleichheit schaffenden Neoliberalismus lediglich. Zwar hat das Armutsbekämpfungsprogramm der Lula-Regierung die Anzahl der Ärmsten der Armen reduziert, jedoch reproduziert der institutionalisierte Neoliberalismus weiterhin die massive Armut, Ungleichheit und Stagnation in der größten Volkswirtschaft Lateinamerikas.

### Globale Sozialdemokratie

Die mehr als geringfügige Übernahme neoliberaler Momente im Neostrukkturalismus ist bei dem, was wir globale Sozialdemokratie nennen können, weniger deutlich. Dieser Ansatz wird z.B. mit dem Ökonomen **Jeffrey Sachs**, dem Soziologen **David Held**, dem Nobelpreisträger **Joseph Stiglitz** und der britischen Wohltätigkeitsorganisation **Oxfam** assoziiert. Anders als die drei oben genannten Ansätze erkennt diese Denkschule an, dass **Wachstum** und soziale **Gerechtigkeit im Konflikt** mit einander stehen könnten, und räumt der letzteren eine deutliche Priorität ein. Außerdem stellt sie die zentrale These des Neoliberalismus, dass Handelsliberalisierung trotz aller damit verbundenen Probleme langfristig zu Verbesserungen führt, grundsätzlich in Frage. Stiglitz sagt nämlich, dass Handelsliberalisierung langfristig im Gegenteil dazu führen könnte, dass es der Mehrheit der Bürger schlechter gehe. Weiterhin fordern die globalen Sozialdemokraten fundamentale Veränderungen der Regeln und Institutionen globalen Regierungshandelns wie IWF, WTO und TRIPs (Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte am geistigen Eigentum). Von David Held stammt beispielsweise die Forderung nach einer „*Reform oder sogar Abschaffung der TRIPs*“, während Stiglitz sagt, dass „*reiche Länder einfach ihre Märkte für ärmere Länder öffnen sollten, ohne dass dies andersherum auch geschehen müsse, und*

*ohne wirtschaftliche oder politische Bedingungen*“. Außerdem „*sollen Länder mittleren Einkommens ihre Märkte den am wenigsten entwickelten Ländern öffnen und es sollte ihnen erlaubt sein, sich gegenseitig Vorrechte einzuräumen, ohne diese auch den reichen Ländern einzuräumen, sodass sie nicht befürchten müssen, dass ihre gerade entstehenden Industrien durch Importe abgetötet werden.*“

Die globalen Sozialdemokraten sehen sogar die Antiglobalisierungsbewegung als Verbündeten an; so dankte ihr Sachs „*dafür, die Heuchelei und die eklatanten Mängel globalen Regierungshandelns publik gemacht und Jahre der Selbstzufriedenheit der Reichen und Mächtigen beendet zu haben.*“ **Die Globalisierung selbst stellen die globalen Sozialdemokraten nicht in Frage**. Genau wie der klassische Neoliberalismus, die Denkschule des Washington Konsens Plus und der Neostrukkturalismus sehen sie die Globalisierung als notwendig und im Grundsatz richtig an und glauben, dass sie, wenn sie richtig umgesetzt werde, den meisten könne.

Tatsächlich sehen sich die globalen Sozialdemokraten als Retter der Globalisierung vor den Neoliberalen. Dies ist umso wichtiger, als - im Unterschied zu der Annahme, dass die Globalisierung irreversibel sei, welche noch vor wenigen Jahren als das Evangelium gehandelt wurde – die globalen Sozialdemokraten sich darüber Sorgen machen, dass die Gefahr besteht, dass die Globalisierung rückgängig gemacht wird, und sie warnen davor mit dem Verweis darauf, welche Konsequenzen eine solche Entwicklung bei der turbulenten Umkehrung der ersten Globalisierungswelle nach 1914 hatte.

Für Sachs, Held und Stiglitz überwiegt der Nutzen der Globalisierung ihre Kosten; die Welt brauche eine sozialdemokratische oder „*aufgeklärte Globalisierung*“, in der die Marktintegration weitergeht, aber auf eine faire Art und Weise und die begleitet wird von einer fortschreitenden „*globalen sozialen Integration*“. Wie Held es ausdrückt, liegt der Zweck darin, „*die Basis für eine freie, faire und gerechte Weltwirtschaft zu legen*“, in der die „*Werte effizienter und effektiver globaler Wirtschaftsprozesse im Einklang mit Selbstbestimmung, Demokratie, Menschenrechten und ökologischer Nachhaltigkeit stehen.*“

### Kann die Globalisierung humaner gemacht werden?

Das Festhalten der globalen Sozialdemokratie an der Globalisierung ist in mehrfacher Hinsicht problematisch.

Zunächst einmal ist es fragwürdig, ob das Wesentliche an der Globalisierung, nämlich

die schnelle Integration der Märkte und der Produktion, wirklich außerhalb eines neoliberalen Rahmens **möglich** ist, dessen zentrales Rezept darin besteht, Zollschränken einzureißen und Investitionsbeschränkungen zu eliminieren. Im Verlangsamten und Abmildern dieses seiner Natur nach destabilisierenden Prozesses, nicht in seiner Umkehrung, besteht die Agenda der globalen Sozialdemokraten. Dass diese sich mit der grundlegenden Tendenz globaler Marktkräfte, Armut und Ungleichheit zu generieren, arrangiert hat, wird von Sachs zugegeben, der die sozialdemokratische Globalisierung als „*Nutzbarmachen der bemerkenswerten Kraft von Handel und Investitionen*“ sieht, wobei „*gleichzeitig ihre Grenzen anerkannt und durch kollektive Maßnahmen kompensiert werden.*“

Zweitens ist es genauso fragwürdig ob eine Globalisierung denkbar und **wünschenswert** wäre, die in einem sozial gerechten Rahmen abläuft. Wollen die Menschen wirklich Teil einer funktional integrierten globalen Ökonomie sein, in der die Grenzen zwischen dem Nationalen und dem Internationalen verschwunden sind. Würden sie es nicht vielmehr vorziehen, Teile von Ökonomien zu sein, die lokaler Kontrolle unterworfen sind und die einen Puffer gegen die Launen des internationalen Wirtschaftsgeschehens darstellen. **In der Tat stammen die Reaktionen gegen die Globalisierung nicht nur von der Armut und Ungleichheit her, die sie geschaffen hat, sondern auch von dem Bewusstsein, dass jedwede Kontrolle über die Wirtschaft auf unpersönliche internationale Kräfte übergegangen ist.**

Eines der Themen der Antiglobalisierungsbewegung, das die meiste Resonanz gefunden hat, ist ihre Forderung nach einem

Ende des exportorientierten Wachstums und die Schaffung von nach innen gerichteten Entwicklungsstrategien, nach der **Logik der Subsidiarität**, in der die Warenproduktion auf lokaler und nationaler Ebene stattfindet, wann immer dies möglich ist, was den Prozess der **demokratischen Regulierung** unterwirft.

### Das übergeordnete Problem

Das fundamentale Problem aller vier Nachfolger des Konsenses von Washington liegt darin, dass sie es versäumen, ihre Analyse auf der **Dynamik des Kapitalismus als Produktionsform** aufzubauen. Daher erkennen sie nicht, dass die neoliberale Globalisierung keine neue, höhere Stufe des Kapitalismus, sondern ein verzweifelter und erfolgloser Versuch ist, die Krisen der Überakkumulation, Überproduktion und Stagnation zu überwinden, unter denen die wichtigsten kapitalistischen Volkswirtschaften seit Mitte der 1970er Jahre schwer leiden. Die neoliberale Wirtschaftspolitik hat versucht, den langfristigen Schwund an Wachstum und Profitabilität umzukehren, indem sie den sozialdemokratischen Kompromiss zwischen Kapital und Arbeiterschaft aus der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg aufkündigte und nationale Schranken für Handel und Investitionen eliminierte. Diese „**Flucht ins Globale**“ hat vor dem Hintergrund eines größeren konfliktbeladenen Prozesses stattgefunden, der sich durch einen erneuerten inter-imperialistischen Konkurrenzkampf zwischen den zentralen kapitalistischen Mächten, den Aufstieg neuer kapitalistischer Zentren, ökologische Destabilisierung, verschärfte Ausbeutung des Südens – was David Harvey „*Akkumulation durch Enteignung*“ nennt – und wachsendem Widerstand von allen Seiten auszeichnet.

Die Globalisierung ist darin gescheitert, dem Kapital einen Ausweg aus seiner wachsenden Krise zu verschaffen. Wegen dieses Scheiterns sehen wir jetzt, wie kapitalistische Eliten die Globalisierung aufgeben und sich wieder nationalistischen Protektionsmaßnahmen und staatlich unterstützter Teilnahme am Konkurrenzkampf um globale Märkte und globale Ressourcen zuwenden, wobei die US-amerikanische Kapitalistenklasse die Bewegung anführt. Dies ist der Kontext, den Jeffrey Sachs und andere Sozialdemokraten in ihrer Utopie vom „aufgeklärten globalen Kapitalismus“, der die Globalisierung befördern und „menschlicher machen“ werde, nicht berücksichtigen.

Der Spätkapitalismus hat eine irreversible, **destruktive Logik**. Die dringende Herausforderung, der wir gegenüberstehen, ist nicht, die unmögliche Aufgabe anzugehen, ein gescheitertes globalistisches Projekt zu humanisieren, sondern den **Rückzug aus der Globalisierung** so zu organisieren, dass er keine Verbreitung unkontrollierbarer Konflikte und destabilisierender Entwicklungen provoziert, wie diejenigen, die mit dem Ende der ersten Globalisierungswelle nach 1914 einhergingen.

*\*Walden Bello ist Professor für Soziologie an der Universität der Philippinen und Senior Analyst an dem Forschungsinstitut Focus on the Global South mit Sitz in Bangkok.*

*Original unter <http://www.focusweb.org/the-post-washington-dissensus.html?Itemid=94>  
Aus dem Englischen übersetzt von Markus Fröhlich, coorditrad*



**Am 27. Oktober demonstrierten über 100 000 Menschen in mehreren Städten der USA gegen den Irak-Krieg und den drohenden Iran-Krieg**

### Einige Internet-Adressen der Friedensbewegung in den USA:

<http://www.oct27.org/>

<http://www.unitedforpeace.org/>

[https://unitedforpeace.rdsecure.org/catalog/product\\_info.php/products\\_id/118](https://unitedforpeace.rdsecure.org/catalog/product_info.php/products_id/118)

[http://answer.pephost.org/site/PageServer?pagename=ANS\\_homepage](http://answer.pephost.org/site/PageServer?pagename=ANS_homepage)

<http://www.notinourname.net/index.php>

[www.impeachforpeace.org](http://www.impeachforpeace.org)

<http://www.courageto resist.org/x/>

<http://www.ivaw.org/> (irak veterans against the war)

<http://www.veteransforpeace.org/>

Tariq Ali

# Fortschritte in Lateinamerika, Islamophobie, Suchprozesse in China, europäischer Narzismus

Ein Gespräch mit Tariq Ali zur Einschätzung einiger Widersprüche in der Welt von heute



*Frage: Sie sind einer der Unterzeichner des Manifests von Porto Alegre aus dem Jahr 2005<sup>2</sup>. Wie schätzen Sie den Zustand der Bewegung gegen die kapitalistische Globalisierung ein?*

**Tariq Ali:** Seit den ersten drei Treffen dieser Bewegung in Porto Alegre hat es meiner Meinung nach eine Abschwächung dieser Bewegung gegen den globalisierten Kapitalismus gegeben.

Starten wir mit **Europa**: Das Land, in dem die Bewegung am stärksten war, war Italien, z.B. gemessen an der Fähigkeit, große Demonstrationen zu mobilisieren. Die Ursache liegt darin, dass die Rifondazione unter Führung von Fausto Bertinotti in eine ziemlich rechte Koalition eingetreten ist. So hat sie sich z.B. nicht der Bewegung gegen den US-amerikanischen Stützpunkt in Vicenza angeschlossen. Das hat dort zu einer schlechten Situation geführt. Auch in den meisten anderen Teilen Europas hat es eine Abschwächung gegeben.

Es ist wohl nicht ausreichend, wenn es nur ein Treffen der sozialen Bewegungen pro Jahr gibt. Der Versuch von einigen von uns, eine internationale Kampagne gegen ausländische Stützpunkte anzustoßen, war noch nicht erfolgreich. Es gibt US- Stützpunkte in 110 Ländern. Auch die eigentlich gute Idee, das Weltsozialforum (WSF) auf drei Kontinenten stattfinden zu lassen, hat nicht wirklich zum Erfolg geführt. Ich habe das WSF-Treffen in Karachi (Pakistan) besucht, es war interessant und sehr nützlich für Pakistan, aber es strahlte

kaum auf Asien aus. Auch die Berichte aus Kenia waren nicht überwältigend: Das Treffen in Nairobi war stark von NGOs dominiert und viele konnten nicht daran teilnehmen, weil es zu weit und zu teuer war.

Wir haben also ein großes Problem mit den NGOs. In vielen Ländern der Dritten Welt haben die westlichen Regierungen NGOs installiert, sie machen teilweise gute Arbeit, aber viele sind auch isoliert vom Rest der Bevölkerung, denn sie haben plötzlich viel Geld, sie kaufen Wohnungen, sie zahlen sich selbst hohe Gehälter und das schafft in diesen Ländern automatisch eine soziale Absonderung. Das verhindert auch, dass sie eine breite Politik machen, denn die Geldgeber stellen die Bedingung, dass sie sich nicht an der allgemeinen Politik beteiligen. So hat z. B. keine dieser Organisationen – das trifft zumindest auf Pakistan zu – gegen den Krieg in den Irak mobilisiert, weil ihnen sonst das Geld gekürzt würde. Die WSF-Treffen sind Versammlungen vieler NGOs, vieler Aktivisten, auch Analytiker, die alle viele gute Sachen sagen, aber was die Organisation betrifft, sind sie nicht sehr wirkungsvoll. Die Bilanz der **WSF-Treffen** sieht also so aus, dass **etwas Neues geschehen muss**.

In **Lateinamerika** ist die Situation allerdings ganz anders. Dort haben wir jetzt diese radikal sozialdemokratischen Regierungen in Venezuela, Ecuador, Bolivien, das hat die Situation in ganz Lateinamerika polarisiert, in vielen Ländern entstehen neue Bewegungen, die die bestehende oligarchischen Strukturen in Frage stellen und das tun wollen, was in Venezuela und Bolivien begonnen wurde: Neue Verfassungen, die **die bestehenden Strukturen in Frage stellen**. Keine Revolutionen, aber ein

In-Frage-Stellen der bestehenden globalisierten Ordnung. Das hat zu sehr interessanten Debatten in Lateinamerika geführt. Lateinamerika ist heute in dieser Hinsicht viel weiter als alle anderen Kontinente. **Afrika** befindet sich im totalen Chaos, **Asien** ist besessen von ökonomischem Wachstum, in China werden die Erfolge bewundert, aber die Schattenseiten verschwiegen; dort gibt es Streikwellen, wie isoliert auch immer, lokale Aufstände. Der massive Aufstieg des chinesischen Kapitalismus erzeugt etwas Neues, von dem wir noch nicht wissen, wie effektiv es sein wird.

*Frage: Nun sind schon ziemlich schnell in China gelandet. Verändert der Suchprozess und der Aufstieg Chinas nicht die gesamte Machtstruktur der Welt? Man kann China nicht so einfach herumstoßen, auch die anderen asiatischen Länder haben inzwischen dicke Devisenpolster, anders als vor 10 Jahren in der Asienkrise. Schafft das nicht Spielraum für neue soziale und sozialrevolutionäre Bewegungen, nur etwas zeitverzögert im Vergleich zu Lateinamerika?*

**Tariq Ali:** Ich bin optimistisch. Wenn die Historiker 50 Jahre später auf unsere Zeit zurückblicken, was werden sie dann als das wichtigste Ereignis zu Beginn des 21. Jahrhunderts bezeichnen. Es werden sicherlich nicht diese fürchterlichen Kriege sein, die gegenwärtig stattfinden, sondern es wird der Aufstieg Chinas sein. **China hat die Struktur des Weltmarkts völlig verändert**, China ist jetzt die Werkstatt der Welt, vergleichbar mit der Rolle, die Britannien während der industriellen Revolution gespielt hat. Wenn sich das fortsetzt, benötigt China eine vorwärts orientierte Bündnispolitik zumindest in der

<sup>2</sup><http://www.nadir.org/nadir/initiativ/agp/free/wsff/portoalegre2005/manifest.htm>

eigenen Region, beginnend mit Japan und den beiden Koreas. Das ist der Albtraum der USA. Sie können andere Länder einzeln beherrschen, aber wenn diese sich regional vereinigen, fällt es ihnen schwerer. Auch Deutschland wurde in den letzten 10 Jahren eine leicht unabhängige Position erlaubt, **Japan** ist immer noch total abhängig, obwohl sich das ändern könnte, denn die Situation dort ist sehr instabil. Der Rücktritt von Ministerpräsident Abe hängt auch damit zusammen, dass große Teile der Bevölkerung auf der Linken und der Rechten sehr unglücklich sind mit der völligen Kapitulation vor den USA, z.B. mit der Entsendung von Truppen in den Irak. Es gibt dort eine ähnliche Situation wie in Deutschland, aber sie ist nicht so weit fortgeschritten. Die Wachstumsrate ist in Japan größer als in Europa, die Wirtschaft hat sich wieder erholt, es könnte also in Asien der stärkste Wirtschaftsblock der Welt entstehen. Das ist schwierig zu erreichen, auch deshalb, weil die Chinesen noch keine politische Vision entwickelt haben. Sie sind momentan in der Lage, Stabilität und Wachstum unter Führung der KP aufrecht zu erhalten. Das widerlegt übrigens auch die These, dass Kapitalismus und Demokratie notwendigerweise zusammengehen. Diese These war niemals richtig. In China wird die dynamischste Entwicklung unter Führung der KP durchgeführt, also in Wirklichkeit unter der Diktatur einer Partei.

*Frage: Unter Linken gibt es zu **China** unterschiedlichen Positionen. Giovanni Arrighi z.B. meint, dass in China die großen ökonomischen, sozialen und ökologischen Probleme der Menschheit gelöst werden können und müssen, schon allein wegen der Größe dieser Bevölkerung<sup>3</sup>. Er ist sehr optimistisch, dass das gelingt mit einer neuen Kombination von Plan und Markt, mit sozialistischer Marktwirtschaft.*

**Tariq Ali:** Na ja, um ehrlich zu sein halte ich das für Wunschdenken. Es wäre wunderbar, wenn das gelingen würde. Aber im Wesentlichen dominieren in China der Kapitalismus und der Markt. Dort gibt es momentan die höchsten Einkommensunterschiede, nicht etwa in den USA. Das kann man nicht ignorieren. Was wird die chinesische Regierung machen, wenn es dort einen großen Aufstand gibt? Die Regierung ist sich dieser Gefahr sehr bewusst. Ein bekannter englischer Professor wurde z.B. zum „Think Tank“ des Politbüros eingeladen. Von ihm wurde ein Vortrag verlangt, in dem er erklären sollte, wie die Engländer im 19. Jahrhundert eine Revolution verhindert haben. Die chinesische Führung besteht ja aus klugen Leuten, sie wissen, was sie tun und welche Gefahren lauern.

*Frage: Gibt es nicht momentan eine Linksverschiebung in der chinesischen KP? Es wird mehr Wert auf den Binnenmarkt gelegt, ein neues Arbeitsgesetzbuch wurde verabschiedet, die verheerenden Umweltprobleme werden angepackt, die Agrarsteuern für die Bau-*

*ern wurden abgeschafft, mehr direkte ökonomischen Steuerungsmechanismen (zum Beispiel Verbot des Baus neuer Luxusapartments) werden getestet, die Finanzkontrollen werden aufrechterhalten etc.*

**Tariq Ali:** Das bewegt sich allerdings im normalen sozialdemokratischen Rahmen kapitalistischer Gesellschaften: Von Zeit zu Zeit werden die extremsten sozialen Exzesse angegangen, bei genereller Unterstützung neoliberaler Konzepte. In China hat ein massiver Abbau der gesamten sozialen Infrastruktur stattgefunden. Ohne diese alte soziale Infrastruktur hätten sie gar nicht zu diesem großen Sprung ansetzen können. Es war niemals Sozialismus da, aber es war ein Versuch.

*Frage: Was wird die nächste Phase sein, wenn China erfolgreich den Kapitalismus benutzt hat, um die Produktivkräfte zu entwickeln? Wird die KP die soziale Frage wieder auf die Tagesordnung stellen?*

**Tariq Ali:** Das ist keine realistische Einschätzung dessen, was in China passiert. Es misst der Spitze der Gesellschaft zu viel Bedeutung bei. Was wir in China beobachten ist die Schaffung des **größten Proletariats der Welt**. Das wird nicht ewig schlafen. Was wird passieren, wenn es seine Muskeln spielen lässt? Die Führung Chinas liegt allerdings immer mehr in den Händen junger Technokraten und sie gehen den kapitalistischen Weg weiter. Sie werden das System aufrechterhalten wollen, das sie errichtet haben, sie werden von den USA und Europa lernen, wie dort das System funktioniert.

*Frage: Sie könnten aus deren Fehlern lernen. Sie könnten ein anderes Kapitalismusmodell entwickeln, das z.B. wegen der Kontrolle der Kapitalflüsse nicht den Finanzmärkten ausgeliefert ist und daher – irgendwann – die Wiedererrichtung des Primats der Politik ermöglicht.*

**Tariq Ali:** Intervention der Politik gibt es allerdings in anderen kapitalistischen Ländern auch, wie wir es gerade bei der Intervention der Zentralbanken bei der Kreditkrise in England und den USA sehen. Interventionen sind nicht so ungewöhnlich, wenn damit ein kompletter Zusammenbruch verhindert werden soll. Außerdem lassen die Entwicklungen in China den **Charakter der Partei** nicht unberührt. Sie haben jetzt erlaubt, dass Unternehmer Parteimitglieder werden dürfen. Sie behalten die Buchstaben „KP“ bei, aber aus „Kommunismus“ wird dann „Kapitalismus“. Giovanni Arrighi ist ein Genosse, er hat in seinem Buch „Adam Smith in Peking“ eine sehr optimistische Analyse gegeben, aber er liegt damit falsch, denn es geht in China in die falsche Richtung. Was sie aber unter allen Bedingungen versuchen werden, ist, einen Bürgerkrieg zu vermeiden. Dabei darf man die Rolle der USA nicht vergessen, die mit der Taiwan- und Tibet-Frage über Hebel zur Destabilisierung verfügen. Wenn China wirklich hegemoniefähig werden will, muss es sich mehr um **regionale Allianzen** kümmern.

*Frage: Tragisch ist auch, dass China kein neues ökonomisches Modell entwickelt hat, wie Walden Bello feststellt, denn ihr Entwicklungsmodell ist stark exportorientiert. Sie haben es bisher nicht geschafft, ein binnenmarkt-orientiertes Modell anzubieten.*

**Tariq Ali:** Die Tragik geht noch weiter, denn viele Länder der Dritten Welt sagen sich jetzt: aha, die Chinesen sind erfolgreich, wir übernehmen dieses Modell. Außerdem ist die chinesische Wirtschaft so sehr mit der US-amerikanischen verwoben, dass der Abstieg der einen den Abstieg der anderen bedeutet. Wir wünschen zwar, dass sich die chinesische Führung neu auf den Binnenmarkt hin orientiert, aber ich halte dies nicht für sehr realistisch.

*Frage: Ein weiteres Thema bei Arrighi ist das Verhältnis von Plan und Markt. Er betont, dass die Lenkung der Wirtschaft in einem Land mit 1,2 Milliarden Menschen mit Hilfe einer Planung zu kompliziert ist. Es geht halt bisher nicht ohne den Markt.*

**Tariq Ali:** Ich stimme damit überein. Das sind auch die Lehren aus den Erfahrungen der Sowjetunion, der Ostblockstaaten und Vietnams. Das sind auch die Lehren aus der neuen ökonomischen Politik (NEP) in der Sowjetunion in den 20er Jahren. Man kann sich nicht total vom Weltmarkt isolieren. Vielleicht können China und Indien zusammenarbeiten und ein neues System entwickeln. Die Frage ist immer: **was dominiert, der Plan oder der Markt**. Meiner Meinung nach muss der Plan den Markt dominieren, wenn es umgekehrt ist, führt es zum Desaster. Allerdings habe ich nicht verstanden, warum in der DDR und in den anderen Ländern sogar Kleinbetriebe und von Familien betriebene Restaurants verstaatlicht wurden. Das war schon ein extremer Dogmatismus.

*Frage: Sollte man das nicht als Bestandteil eines großen Lernprozesses sehen? Das aufgeben, was nicht funktionierte, und erneut anfangen. Die Chinesen haben diesen langen, generationsübergreifenden Zeithorizont. Schon Mao Tse-tung sagte, dass es mehrere Generationen dauern wird, bis sich die ausgebeuteten Klassen durchgesetzt haben.*

**Tariq Ali:** Ich stimme dem völlig zu. Wenn immer die Leute sagen; Sozialismus habe versagt, sage ich: auch der Kapitalismus hat versagt. Aber wie viele Versuche hatte er in den letzten 500 Jahren? Der Sozialismus hatte bisher nur einen Versuch. Was sind schon 70 Jahre in der Geschichte der Menschheit.

*Frage: Morgen findet in Berlin eine große Demonstration für den Abzug deutscher Truppen aus Afghanistan statt. Dabei fällt auf, dass so viele Menschen gegen diese Kriege in Afghanistan und Irak sind, aber so wenige sich für Aktionen dagegen mobilisieren lassen. Woran liegt es? Kann es daran liegen, dass unter der Oberfläche als verborgene psychologische Agenda die Angst vor dem Islam wirksam ist, die von den Herrschenden bewusst kultiviert wird?*

<sup>3</sup> Giovanni Arrighi: „Adam Smith in Peking“, Hamburg, VSA, Januar 2008

**Tariq Ali:** Daran gibt es keinen Zweifel. Es ist ein Grund. In Europa und im Westen ist die **Bigotterie gegenüber dem Islam** extrem ausgeprägt. Wenn man das heute mit den 30er Jahren vergleicht, so gibt es eine Menge Ähnlichkeiten und es ist gefährlich, dass momentan wenige Menschen diese Ähnlichkeiten sehen. In Britannien hat eine Sprachwissenschaftlerin die Worte in heutigen Texten gegen den Islam mit Texten verglichen, wie sie in den 30er Jahren in den britischen Medien gegen die Juden verwendet wurden, und sie hat festgestellt, dass damals fast dieselben feindlichen Begriffe gegenüber den Juden verwendet wurden wie heute gegenüber den Moslems. Ganze Sätze und Begriffe sind fast gleich.

Dahinter steckt ein ideologisches Ziel: Wir haben einen Feind, er kommt aus dem islamischen Milieu, er kann jederzeit zuschlagen, er ist für uns nicht greifbar, ihr müsst uns vertrauen, wenn wir ihn bekämpfen.

Dabei ist es doch offensichtlich, dass der Überfall auf den Irak gerade eine große Anzahl religiös motivierte Terroristen produziert hat. Vor dem Krieg gab es sie nicht.

In Afghanistan hat die Intervention und wie sie ausgeführt wurde dazu geführt, dass sogar die Taliban wieder populär wurden. Es ist ironisch, dass jemand wie ich als totaler Atheist mit Muslimen übereinstimmen muss, wenn sie sagen, dass der Rest der Welt alles nur in den Kategorien des Christentums diskutiert und dass ein neuer Kreuzzug stattfindet. Was passiert da? Im Westen wird bewusst oder unbewusst ein neuer Feind aufgebaut, der den Feind aus dem kalten Krieg ersetzt.

*Frage: Diese Einschätzung würde Mitglieder aus dem Grünen-Umfeld nicht treffen. Sie argumentieren anders. Sie sagen etwa: "Die Intervention in Afghanistan hat zumindest den Mädchen und Frauen erlaubt, zu lernen und zu arbeiten, wir sind nicht bereit die Errungenschaften der Aufklärung über Bord zu werfen. Wenn die Taliban die Aufklärung angreifen, können wir nicht klein beigeben und müssen zurückschlagen."*

**Tariq Ali:** Das grenzt wirklich an altmodischen **kolonialen Rassismus**. Es reflektiert auch etwas, was sich nach dem Ende des Kalten Kriegs gezeigt hat: Die Geburt eines **europäischen Narzissmus**. Sie sagen: Schaut uns an, wie wunderbar wir sind, die ganze Welt sollte so sein wie wir. Wenn man sich allerdings anschaut, was in Europa passiert, sieht es nicht sehr appetitlich aus. Was hat Europa nach dem 11.9. getan? Es hat die USA in Afghanistan unterstützt. Fast alle Länder haben sich dem amerikanischen Kriegen angeschlossen: Deutschland, Britannien, Frankreich, Spanien alle haben sie mitgemacht bei der Politik von Folter und Rendition (Folterflüge): Leute werden auf der Straße in Afghanistan wie in Europa aufgesammelt und vom CIA verschleppt; sie landen schließlich in Guantanamo. Das ist nicht gerade ein interessantes Modell der Menschenrechte, jedenfalls sieht der Rest der Welt es nicht so. Was **Afghanistan** betrifft, so wird jeder, der dort war, bestätigen, dass die Situation de-

saströs ist, dass die Marionettenregierung in Kabul verzweifelt versucht, mit den Taliban zu verhandeln. Sie fleht sie an, und zwar mit Unterstützung von Britannien und den USA: beteiligt euch an der Macht. Dass sich die Lage dort verbessert hätte, hat wenig mit der Realität zu tun und reflektiert den europäischen Narzissmus.

Das war übrigens auch nicht anders bei der Unterstützung des Krieges gegen den Kosovo, um dort angeblich einen Völkermord zu verhindern, der niemals stattgefunden hat. Die Joscha-Fischer-Strömung bei den Grünen unterstützte die Intervention, und es gibt dieses Buch des ehemaligen Linken Harald Münkler<sup>4</sup>, der offen dafür plädiert, dass Europa eine semi-imperialistische Rolle in der Welt spielen soll. Münkler ist wenigstens ehrlich, die Grünen aber verkleiden das mit dem Aufklärungsgerede.

**Die Aufklärung** hatte viele positive Bestandteile und ich habe sie unterstützt, aber sie war auch zutiefst rassistisch. Es ist ziemlich schockierend, wie die Denker der Aufklärung den Rest der Welt abwertend betrachtet haben. Sie waren nicht sehr fortschrittlich in dieser Hinsicht. Montaigne war hier eine Ausnahme. Wenn jemand wie Otto Schily, der ehemalige Anwalt der RAF, sich öffentlich hinstellen kann und sagt, dass die Polizei das Recht haben soll, jemanden zu erschießen, wenn er verdächtig ist, dann ist das doch eine Desaster.

**Was Afghanistan und die Befreiung der Frauen** betrifft: Der Krieg in Afghanistan wurde nicht zur Befreiung der Frauen geführt. Das wäre auch überhaupt das erste Mal in der Geschichte, dass ein Krieg für die Befreiung der Frauen geführt wird. Der Krieg ist vielmehr in erster Linie ein Rachezug für den 11.9. Wenn man die Situation der Frauen betrachtet, so muss man feststellen, dass sie zur Zeit der russischen Besatzung am fortschrittlichsten war. Abgesehen von einigen kosmetischen Verbesserungen hat sich die Lage der Frauen jetzt nicht verbessert, sie ist vielmehr ein totales Desaster. Die Frauenorganisation RAWA (Revolutionary Association of the Women of Afghanistan) hat auf ihrer Webseite die Lage in detaillierten Berichten beschrieben.

*Frage: Aber die Taliban sind doch eine extrem reaktionäre Bewegung, oder?*

**Tariq Ali:** Die Ideologie der Taliban ist in der Tat schrecklich und reaktionär. Wenn wir verhindern wollen, dass sie wieder an die Macht kommen, dann müssen wir mit ihnen verhandeln. Eine Besatzung des Westens hilft hier nicht.

Man kann die Taliban nicht ignorieren, aber sie sollten nicht in totaler Kontrolle sein. Wenn man sie neutralisieren will, dann braucht man für eine lange Zeit eine regionale Vereinbarung, eine konföderative stabile

<sup>4</sup> H. Münkler: „Imperien : die Logik der Weltherrschaft - vom Alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten“ Berlin, Rowohlt, 2006 – Das Buch wird subventioniert und den Schulen zur Verfügung gestellt durch die „Bundeszentrale für politische Bildung“

Struktur, die die Nachbarstaaten (Iran, Pakistan, Russland und Indien als regionale Macht) garantieren. Wenn das erreicht wurde, dann bin ich dafür, dass einer neuen nationalen Regierung massive Hilfe zum Wiederaufbau gegeben wird.

*F: Viele gutwillige Menschen möchten Afghanistan helfen, so unterstützt z.B. Günter Walz mit seinem Vermögen eine Mädchenschule in Afghanistan. Was würden Sie ihm raten?*

**Tariq Ali:** Das ist nutzlos, Man kann nicht in einem Teil eines Landes humanitäre Hilfe leisten, während ein anderer Teil des Landes besetzt ist. Aber es ist so wie mit den Spenden für die Initiativen von Rockstars wie Bono oder Bob Geldorf. Es gibt den Leuten im Westen ein gutes Gefühl. Es ändert aber nicht die Strukturen. Wenn die NATO-Truppen abgezogen sind, dann sollen viele Schulen gebaut werden. Sie müssen aber in einer neuen Struktur eingebettet sein.

*Frage: Kann man davon sprechen, dass es inzwischen z.B. mit Hisbollah und Hamas eine neue antiimperialistische Bewegung gibt, die sich in religiösen Formen äußert? Ahmadinejad war in Venezuela und Nicaragua. Was ist geschehen, dass die antiimperialistischen Bewegungen der Linken von sich religiös artikulierenden Bewegungen übernommen wurden?*

**Tariq Ali:** Ja, man kann nicht darüber hinweg sehen, die Linke hat im **Irak** und in **Palästina** versagt. Das Beispiel Hamas ist entlarvend. Sie wurde von der Mehrheit der Bevölkerung gewählt

Warum hat die PLO versagt? Weil sie von der Bevölkerung als eine zahm gewordene Organisation angesehen wurde, die völlig von den USA und Israel abhängig geworden ist und nicht mehr die Interessen der palästinensischen Bevölkerung vertreten kann. Ich denke, das ist eine große Tragödie. Sie haben sehr wenig für ihr Volk erreicht, allerdings war die Situation auch sehr schwierig. Die Israelis haben alles zerstört, was aufgebaut wurde. Andererseits ging der größte Teil der Hilfgelder der UN und der EU in die Taschen der PLO, diese aber kollaborierten mit Israel und den USA, das ist der Grund für den Wahlsieg der Hamas. Sie sind in gewisser Weise anti-imperialistisch. Ich würde allerdings nicht das Wort progressiv benutzen, denn sie haben keine Vision für die Lösung der sozialen Frage. Im Islam gibt es viele unterschiedliche Ausprägungen, ich schließe auch gar nicht aus, dass sie sich verändern. Der Grund ihres Erfolgs ist allerdings, dass sie innerhalb eines Vakuums arbeiten, weil sie allein Widerstand leisten und in beschränktem Maße auch soziale Strukturen aufbauen.

Im **Iran** hat Ahmadinejad nicht deshalb die Wahlen gewonnen, weil es um religiöse Auseinandersetzungen mit Rafsanjani ging, sondern weil es um eine Klassenausgleich ging. Ahmadinejad hat gesagt, man muss die Armen verteidigen und Rafsanjani war ein Neoliberaler und wurde vom Westen unterstützt. Kein Wunder, dass Ahmadinejad gewonnen hat. So hat er im Wahlkampf eine

DVD verteilt, auf der sämtliche Villen und Reichtümer von Rafsanjani in Dokumentaraufnahmen gezeigt wurden. Er opponiert zwar gegen den US-Imperialismus, aber man sollte auch nicht die gesamte Rhetorik hundertprozentig ernst nehmen. Iran hat schließlich beim Einmarsch in Irak und Afghanistan aus kurzfristigen Interessen heraus mit den USA kollaboriert, weil es sich hier um die Feinde des Iran handelte. Die iranische Politik ist auch voller Widersprüche, sie sympathisiert mit der Entwicklung in Lateinamerika. Was sie dort lernen ist Folgendes: Man kann gegen den US-Imperialismus opponieren, ohne dass man Moslem sein muss. Ahmadinejad hat sogar eine Statue von Simon Bolivar im Zentrum von Teheran errichten lassen. Andererseits wurde ihm von den klerikalen Führern nicht erlaubt, eine radikale soziale Reform durchzuführen. Er kann nicht dasselbe tun wie das; was Chavez tut, das ist sein großes Problem. Es ist ein Trauerspiel, dass westliche Analytiker niemals die sozialen Strukturen dieses Landes untersuchen und alles mit der Frage des Islams verbinden. Iran ist ein Land wie jedes andere, mit scharfen Klassenwidersprüchen.



Tariq Ali stellte auf dem Literaturfestival in Berlin sein neues Buch „Piraten der Karibik. Die Achse der Hoffnung. Castro, Chavez, Morales“ (Februar 2007) vor.

Frage: In **Venezuela** spricht Hugo Chavez vom „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“, ist das ernst gemeint?

**Tariq Ali:** Im Moment – es könnte sich aber ändern – geht es beim Sozialismus des 21. Jahrhunderts um die **Wiederbelebung des Staates als ökonomischer Akteur**. In der neoliberalen Welt, die durch den Washington Konsensus bestimmt wird, ist die aktive Rolle des Staates verboten. In Venezuela spielt der Staat eine ganz neue Rolle, allerdings muss man dazu sagen, dass das Land es sich dank der großen Ölvorräte leisten kann. Chavez ist deshalb so populär, weil er gesagt hat: Wir benutzen den Ölreichtum für die Verbesserung der Lage der Armen, und wir überlassen es nicht der Oligarchie, sich diesen Reichtum anzueignen. Er will die **Struktur** der Gesellschaft ändern, ökonomisch und auch politisch. Sie versuchen, eine **neue Basisdemokratie** in der Gesellschaft aufzubauen, die Dörfer zu entwickeln, Kleinindustrien mit staatlichen Darlehen zu unterstützen. Dort ist der Markt

immer noch dominant, aber in den nächsten Jahren wird die Rolle des Staates in der **Planung** der Wirtschaft zunehmen. Das hat die Hoffnung in Lateinamerika belebt. Im Unterschied dazu hat es in Europa keinen Massenwiderstand gegen die Privatisierungen gegeben.

In **Bolivien** gab es Massenwiderstand **gegen die Privatisierung** des Wassers, Massenwiderstand gegen die Privatisierung der Elektrizität gab es auch in Peru, Massenwiderstand in Ecuador, in Venezuela, auch gab es Massenmobilisierungen – allerdings teilweise erfolglos – für die Landreform in Brasilien. Diese Massenbewegungen haben ein politisches Klima geschaffen, in dem fortschrittliche Parteien die Wahlen gewinnen konnten. Morales strebt in Bolivien den Sozialismus an, aber ohne solche Massenbewegungen hätte er den Wahlkampf nicht gewinnen können. In Europa ist es ganz anders: Da fühlen zu wenig Leute, dass etwas verloren geht, wenn Staatsunternehmen privatisiert werden. Ein Aktivist in Peru wurde gefragt, was seine politischen Einstellungen sei, und er antwortete: „Ich weiß nicht ob ich Aktivist bin, aber ich weiß, dass es in vielen Dörfern keinen Strom geben wird, wenn die Elektrizitätswerke privatisiert werden.“ Das ist eine instinktive Reaktion auf die Verletzung ihrer Interessen. Das hat die Massenbewegungen getragen. Wir werden sehen, wohin das führt. Das große Problem in Venezuela ist, dass vieles von einer Persönlichkeit abhängt. Jeder weiß es. Sie versuchen jetzt eine kollektive Struktur aufzubauen, es gibt gute Leute dort. Chavez ist ein sehr effektiver Führer, er wird von der Bevölkerung geliebt.

Frage: Ist es eine richtige Idee, eine Basisbewegung zur Bildung einer neuen Partei zu unterstützen? Einige Intellektuelle wie **Edgardo Lander** sind da skeptisch.

**Tariq Ali:** Ich weiß nicht, was das Ergebnis sein wird. Es ist ein großes Problem, eine Partei aufzubauen, wenn man selber an der Macht ist, weil es viele Karrieristen anzieht. Das macht mir natürlich Sorgen. Wenn man eine Partei in der Opposition aufbaut, sind es andere Menschen, die sich der Partei anschließen. Allerdings tendiert **Edgardo Lander** dazu, zu dogmatisch zu sein.

In Venezuela gibt es außerdem ein Rassenproblem. Das betrifft - muss ich leider sagen - auch viele linken Intellektuellen. Sie haben eine sehr schlechte Haltung zu der Mehrheit der Bevölkerung und sind sehr kritisch diesem Experiment gegenüber. Ich habe einmal einen bekannten Intellektuellen gefragt, warum bist du Chavez gegenüber so feindlich, du bist doch einer von uns. Er antwortete: „Vertraue niemals einem Zambo.“ Zambo ist jemand vom gemischt indianisch/afroamerikanischen Blut. Es gibt eine Menge von Rassismus. Es hat mich bei meinem ersten Besuch in Venezuela erschüttert, als ich dieses Ausmaß an Rassismus gesehen habe. Vor einiger Zeit gab es eine Oppositionsparty in der US-Botschaft und da kam ein Schauspieler mit einer Affenmaske und einem roten Barrett und der Moderator sagte „Oh, wir haben Chavez bei uns“. Das hat einen derartigen Sturm hervor-

gerufen, dass der damalige Außenminister, **Colin Paul**, ein Schwarzer, den Botschafter öffentlich zurecht wies. Diese Art von Rassismus, fürchte ich, sickert auch bei den Linken ein, denn die meisten Leute mit Bildung kommen aus der weißen Oligarchie.

Frage: Zurück zum Sozialforum: Was halten Sie von dem **Bamako-Aufruf**<sup>5</sup>? Ist das ein **Minimalkonsens**, der - wie **Samir Amin** meint - der „**Bewegung der Bewegungen**“ endlich einen theoretischen Rahmen geben kann?

**Tariq Ali:** Ich denke, er ist in Ordnung. Allerdings können wir so viele Deklarationen machen wie wir wollen - das sind zeitlose Wahrheiten, die wir alle lieben. Was bedeutet das aber für die Basis-Arbeit? Lasst uns in jedem Land so viel organisieren wie wir können und dann sehen wir, wie es weiter geht. Ich bin ein bisschen müde, was die Sozialforen betrifft. Es war ein hoffnungsvoller Beginn, was jetzt z.B. in Lateinamerika folgt sind die großen politischen Prozesse. **Es geht um die Umgestaltung der großen politischen Machtverhältnisse**. Deshalb sind die Aussagen von **John Holloway** nicht hilfreich.

Frage: Überall wird darüber nachgedacht, ob wir die richtigen Begriffe für die rasanten Veränderungen in der Welt von heute verwenden: In Frankreich hat sich der Begriff **Altermondialisten** durchgesetzt, in Deutschland spricht man immer noch von **Globalisierungsgegnern** oder **-kritikern**. Auch in **ATTAC-Deutschland** wurde bisher immer von **Globalisierung** geredet, inzwischen setzt sich allerdings die Vorstellung durch, dass es um **Kapitalismus** geht.

**Tariq Ali:** Ja, das ist wichtig, Globalisierung ist ein Begriff, der die wirklichen Machtverhältnisse der Welt verschleiert. Besser ist es, von einem aufgeladenen **Turbo-Finanzkapitalismus** zu reden. Der blamiert sich ja gerade mit der Kreditkrise, und es gibt zahlreiche Gegenbewegungen.

Es könnte allerdings noch fünfzig Jahre dauern, bis eine neue **revolutionäre** Bewegung entsteht. Wir müssen sie nicht so nennen, sie wird vielleicht einen anderen Namen haben. Aber sie wird in derselben Richtung arbeiten wie früher. Wir werden aber es nicht mehr erleben.

Das Gespräch führte **Peter Strotmann** am 15.10. dem Tag der großen **Afghanistan-Demonstration** in Berlin

**Texte von Tariq Ali in Sand im Getriebe:**

Nr 22: **Der neue Imperialismus und die Lehren aus der Rekolonisation des Irak**, 2003

Nr. 45: **Bomber reagieren auf Bomben**, 2005

Nr. 56 **Wann kommt endlich ein arabischer Chavez?**, 2007

Nr.61: **Rede auf der Afghanistan-Demonstration**, 15.9.2007

<sup>5</sup><http://www.attac.de/aktuell/rundbriefe/sig/Sig49.pdf>

Brigitta Huhnke

# Naomi Kleins „Die Schock-Strategie“ missfällt besonders deutschen Medienmännern

Rezension der Rezensionen , 21.10.2007 (Auszüge)

## Schock-Strategie in Sri Lanka

Die Miniaturen aus dem Elend verstören besonders. So lernte Naomi Klein 2005, ein halbes Jahr nach dem Tsunami, an der srilankischen Südküste *„eine junge Mutter namens Renuka kennen, bezaubernd schön sogar noch in Lumpen und eine von denen, die auf Varleys Aufzug warteten. Ihr jüngstes Kind, ein Mädchen, war sechs Monate alt, zur Welt gekommen zwei Tage nach dem Tsunami. In einem fast übermenschlichen Kraftakt hatte die im neunten Monat schwangere Renuka damals ihre beiden kleinen Söhne geschnappt und war mit ihnen vor der Welle davongerannt, gegen das Wasser ankämpfend, das ihr bis zum Hals stand. Doch nachdem sie diese heroische Leistung vollbracht und überlebt hatte, fand sie sich mit ihrer Familie auf einem verdörrten Stück Land im Nirgendwo wieder, still vor sich hin hungern.“*

Das Bild vom „Aufzug“ geht auf John Varley zurück, der 2005 als Direktor der „Behörde der Vereinigten Staaten für internationale Entwicklung“ (USAID) in Sri Lanka für ein sogenanntes „Wettbewerbs-Programm“ verantwortlich zeichnete. In einem Gespräch mit Klein beschrieb er das Ziel des Wiederaufbaus so: Nicht nur die Opfer sollten von Hilfsgeldern profitieren sondern das ganze Land. Das sei wie mit einem Fahrstuhl in einem Wolkenkratzer. Dieser nehme bei der ersten Fahrt eine Gruppe von Fahrgästen mit und befördere sie nach ganz oben. Die würden dort Wohlstand schaffen. Dann könne der Aufzug auch wieder herunterfahren und mehr Menschen holen. *„Die im Erdgeschoss wartenden Menschen sollen wissen, dass der Aufzug wiederkommen und auch sie nach oben bringen wird – irgendwann.“* Naomi Klein nennt das den „zweiten Tsunami“. Der erste, die Naturkatastrophe, verhalf der „Schock-Strategie“ marktradikaler Ökonomen endlich zum schon fast aufgegebenen Durchbruch in Sri Lanka: 35 000 Menschen waren Ende Dezember 2004 ums Leben gekommen, 1 Millionen durch die Zerstörung obdachlos, hilflos und verwirrt ins Landesinnere geflohen.

Nun konnte sich die Gier der Manager in der Luxusindustrie dort voll ausleben, denn mit den schönsten exotischen Stränden Sri Lankas lassen sich noch traumhafte Profitraten erzielen (zwischen 2001 und 2005 haben sich die Gewinne der weltweit agierenden Luxushotelketten um 70 Prozent erhöht). So



waren die Malediven schon vor Jahren weitgehend ausgepresst. (...)

Die Küste von Sri Lanka war schon lange im Visier ausländischer Konzerne. Doch typische Hindernisse hatten sich nicht so einfach wie auf den Malediven überwinden lassen. Im unheiligen Pakt mit der Waffenindustrie hatte die Regierung zwar das Land in den neunziger Jahren in hohe Verschuldung getrieben und somit in die Abhängigkeit von IWF, und Weltbank, deren Geschäftsführer der Direktor von 2000 bis 2004 übrigens Horst Köhler war. In Form des 2003 von der Weltbank absegneten „Regaining Sri Lanka“ kam dann auch die übliche „Hilfe“. Als kleine Gegenleistung sollte die Regierung lediglich das Land für private Investoren öffnen, verbrämt als „Public Private Partnership“. Die Bevölkerung aber wollte dabei nicht so recht mitmachen, sah der Plan nämlich auch vor, Millionen von Menschen, Fischer- und Bauernfamilien aus Küstenzonen einfach umzusiedeln. Außerdem waren noch 80 Prozent des Landes in staatlichem Besitz und das Arbeitsrecht einfach noch nicht „flexibel“ genug. Die Bevölkerung wehrte sich, mit Streiks, Massenprotesten und Straßenblockaden, 2004 schließlich auch erfolgreich an den Wahlurnen. Die durch Koalition mit der Linken wieder gestärkte Regierung unter Chandraka Kumartunga versprach deshalb, das Konzept der Privatisierung nicht umzusetzen. Doch dann wütete der Tsunami und die Schock-Strategen hatten plötzlich bessere Bedingungen als sie sich je zu erträumen gewagt hatten.

Die Präsidentin habe über Nacht *„so etwas wie ein religiöses Erweckungserlebnis“* ereilt, dabei habe sie *„das Licht der freien Marktwirtschaft“* gesehen, schreibt Klein.

Dann ging alles ganz schnell: vier Tage nach dem Tsunami peitschte die Präsidentin Getse zur Privatisierung des Wassers durch das Parlament, wenig später öffnete sie den Strommarkt für private Anbieter. Weite Teile der Strände wurden zur sogenannten Pufferzone erklärt, den ursprünglichen BewohnerInnen die Rückkehr verwehrt. Überlebende fanden sich in Notunterkünften wieder, monatelang eingesperrt, bewacht von Polizei und Militär. Die Menschen standen unter Schock, viele hatten alles verloren, hatten keine Kraft mehr, sich gerade in dieser höchsten Not weiter politisch zu wehren. Im Sinne des „Aufzugs“ von Varley wurden nun die sogenannten Hilfsgelder verteilt. So bekam der US- Technik- und Baukonzern CH2M Hill, zu der Zeit schon im Irak mit 28,5 Millionen Dollar „Hilfe“ aktiv, für Sri Lanka eine Finanzspritze von insgesamt 48 Millionen Dollar. Dafür sollte der Konzern die baulichen Voraussetzungen für eine industrielle Fischereiflotte schaffen. Die Fischer waren ja vertrieben. Das ist gut für die Luxusgäste, die nun am Strand kein Fischgeruch mehr belästigen soll. Und das ist gut für die Konzerne der Fischindustrie, die hier ebenfalls künftig traumhafte Fangquoten erzielen können. Auch die junge Mutter Renuka durfte nicht mehr zurück, bis heute warten sie und ihre Kinder in ihren Lumpen auf den „Aufzug“, drei Kilometer vom Meer entfernt. Doch hat eine NGO die junge Frau mit einer Spende bedacht, mit einem Kanu, *„kaum mehr als eine grausige Erinnerung an das frühere Leben“*, kommentiert Klein. Mitte 2005 zerbrach allerdings die Regierung, nicht zuletzt auch wegen dieses Ausverkaufs.

## Dokumentation eines grausamen Kapitalismus

Die Schriftstellerin **Arundhati Roy**, die im Nachbarland Indien lebt und ihre Prominenz dazu nutzt, die weltweite Zerstörung durch den Terror des Neoliberalismus gerade auch auf dem indischen Subkontinent anzuprangern, schreibt über die „Schock-Strategie“ von Naomi Klein: *„Es zeigt nicht weniger als die verborgene Geschichte dessen, was wir ‚freien Markt‘ nennen“, das Gegenmodell zur ‚sozialen Marktwirtschaft‘ und demokratischen Verfassungen, die auf den Menschenrechten beruhen.“*

Ausführlich analysiert Klein die auf den Marktfundamentalisten Milton Friedmann zurückgehende ökonomische „Schock-Strategie“, der Erfahrungen von Folterstrate-

gien der CIA ebenso zugrunde liegen wie die ebenfalls von der CIA finanzierten Experimente mit Elektroschocks. Sie zeigt, wie Friedman und seine Jünger, die Chicago Boys, alle US-Regierungen und weltweit nahezu alle Diktatoren der letzten 30 Jahre dahingehend „beraten“ haben, wie sie unter Ausnutzung von Folter, Krieg oder dem Schock einer Katastrophe radikale Privatisierungen durchsetzen konnten und können. Chile war ab 1973 das Labor für den ersten neoliberalen Satellitenstaat, errichtet mit Terror und Gewalt, ohne dass irgendwelche demokratischen Spielregeln oder Menschenrechte hätten beachtet werden müssen. Pinochet gab Friedman viele persönliche Audienzen. Diese Komplizenschaft mit dem Terror in Chile und 1976 auch in Argentinien zahlte sich für Friedman schon bald aus: 1976 bekam er den Nobelpreis für Wirtschaft.

Vorläufiger Höhepunkt ist ohne Zweifel das Operationsfeld Irak, für Klein bis dato der „Hyperschock“. Klein, die unter anderem auch im Irak recherchiert hat, nimmt der Leserin in diesem Kapitel die allerletzten Illusion: Der Irak Krieg ist ganz und gar nicht das Werk eines verrückten George W. Bush, sondern Folge höchst rationaler Entscheidungen (...). Ziel war und ist: nach der gezielten Zerstörung des Iraks, Menschen, Boden und Rohstoffe von privaten, überwiegend US- Konzernen ausbeuten zu lassen. Und genau das geschieht auch seit 2003. Klein beschreibt den terroristischen Krieg, die Säuberungen und die Folter, aber auch konkret die Gier einfallender US-Konzerne, die in den „grünen Zonen“ bereits völlig freie Hand haben. Erschreckend sind auch die personellen Kontinuitäten, die sie der Leserin vor Augen führt. Einige der Hauptverantwortlichen hatten sich bereits beim Militärputsch in Argentinien 1976 erste Meriten erworben. So gehörten der Regierung unter Gerald Ford, die mit Kräften den Militärputsch in Argentinien beförderte hatte, damals schon an: Dick Cheney als Stabschef, Donald Rumsfeld als Verteidigungsminister und Paul Bremer als Assistent Henry Kissingers. „Diese Männer mussten sich nie vor einer Wahrheitskommission oder einem Gericht für ihre Rolle bei der Unterstützung der Militärjunta verantworten“, stellt Klein fest. Vielmehr haben sie 30 Jahre später im Irak „ein verblüffend ähnliches – wenn auch weitaus gewalttätigeres – Experiment starten“ können. (...)

Bisweilen wird die Lektüre über diese geballten Verbrechen unerträglich, auch weil die Leserin realisiert, wie eine Weltöffentlichkeit, besonders die im Westen, mehr oder minder tatenlos zuschaut. (...) Der US-Historiker **Howard Zinn** bescheinigt Naomi Klein einen „*grausamen Kapitalismus*“, zu dokumentieren, „*der sich selbst ‚freier Markt‘ nenne, um alles zu privatisieren, um einigen große Profite und anderen Elend zu*

*bringen. Um ein solches System abzusichern, wird es notwendig, die Freiheit einzuengen, die Menschenrechte zu verletzen. Die Folterkammern für einige können dann das Foltern einer größeren Gesellschaft nach sich ziehen*“.

Mittlerweile hat die Schock-Strategie auch im Heimatland des „Monsters“ (Klein) Milton Friedman ideale Laborbedingungen gefunden, dank **Kathrina 2005**. (...) Kaum hatten sich in New Orleans die afrikanischen Amerikaner aus den schmutzigen Fluten gerettet, traf sie die „Schock-Strategie“ des Katastrophenkapitalismus. Im Wall Street Journal durfte Friedmann umgehend zynisch frohlocken: Die Schulen lägen zwar wie die Häuser der Kinder in Trümmern. „*Diese Kinder sind jetzt über das ganze Land verstreut. Das ist eine Tragödie. Es ist aber auch eine Gelegenheit, das Bildungssystem radikal zu reformieren.*“ Rechte „Denkfabriken“ und die Regierung schritten zur Tat: Von 123 öffentlichen Schulen existieren 2007 insgesamt nur noch vier, ein Großteil der übrigen wurden zu sogenannten „Charter“ Schulen unter privater Regie umgewandelt, 4700 LehrerInnen wurden gefeuert. So war die Stadt „das bekannteste Labor des Landes“ (New York Times) für die Privatisierung des Schulsystems geworden. Das größte öffentliche Krankenhaus, das Charity Hotel, ist bis heute geschlossen. Während die Weltöffentlichkeit noch faszinoslos zuschaut, wie die obdachlos gewordenen Menschen in großen Hallen apathisch am Boden kauerten, bewacht von Polizei und privatem, ebenfalls mit Waffen ausgerüstetem Sicherheitspersonal, verkündete der Republikaner Richard Baker: „*Endlich ist New Orleans von den Sozialwohnungen gesäubert. Wir konnten das nicht tun, aber Gott hat es getan.*“ Und auch der reichste Bauunternehmer der Stadt freute sich über den „*schönen reinen Tisch*“.

„*Sie zeichnet ein beunruhigendes Bild der Hybris*“, stellt **Joseph Stiglitz**, Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften in seiner Rezension der „Schock Strategie“ für die New York Times fest. Doch gerade deshalb dürfte s. E. die Autorin Naomi Klein damit „*die Meister- Erzählung unserer Zeit aufgedeckt haben*“ (New York Times 30.09.07). Ein ähnliches Urteil fällt auch ein anderer promovierter Ökonom, der Schweizer **Res Strehle**, Autor mehrerer Bücher, Universitätsdozent und stellvertretender Chefredakteur des Tages-Anzeiger. In seinem Artikel „Der Terror des Katastrophen-Kapitalismus: Das neue große Buch von Naomi Klein“ kommt er zu dem Schluss: „*Ein spektakuläres Buch [...] genügend Stoff für inhaltliche Auseinandersetzung [...] Naomi Klein hat fünf Jahre an ihrem Buch gearbeitet, das einst als bloße Analyse des Irak-Krieges angelegt war. Während der Recherche unterstützte sie ein international zusammengesetztes Team an verschiedenen*

*Brennpunkten ihrer Untersuchung (eine andere ‚globale Verschwörung‘, wie sie in der Danksagung selbstironisch vermerkt). Die Untersuchung wurde zeitlich und geografisch ausgeweitet, bis schließlich eine Art von Weltgeschichte der Jahrtausendwende vorlag.*“ (Tages-Anzeiger 12.09.07). (...)

## Geballte Verunglimpfung in den deutschen Medien

Den größten Bock, die „Schock-Strategie“ betreffend schoss bisher der Eifrigste ab: der **Zeit-Redakteur** Thomas Fischermann. Plump-vertraulich schon die Überschrift: „*Neues von Naomi*“. Auf die Alliteration folgt das Klischee, das bereits 2001 abgegriffene Schlagwort: Sie sei „*die Ikone der Globalisierungskritiker*“, etwas weiter unten legt er nach, mit „*die heilige Johanna der Schlachtrufe*“ und noch etwas später mutiert sie dann zur „*Fahnenfrau*“. (...) Auch seinen Futterneid kann Herr Fischermann nicht bremsen: „*Klein lebt seither gut von ihren Tantiemen, ihren Auftritten und den Kolumnen im englischen Guardian und im amerikanischen Magazin The Nation. Naomi Klein – sie leugnet das nicht – ist eine Globalisierungsgewinnerin.*“ (Die Zeit 10.09.07) Interview und Bericht geben keinerlei Hinweise auf genauere Textlektüre.

Auch im Feuilleton der **Süddeutschen Zeitung** vermischt sich patriarchaler Mief mit Mantren über den „freien Markt“ und vor allem mit Besserwisseri: „*Erst der Schock und dann das Heil*“ (SZ 10.9.07), weiß der Verfasser Robert Jacobi. (...) Klein, „*die Lara Croft der Antiglobalisierungsbewegung*“, „*überschwemmt*“ die Buchläden: „*Dick und schwer, stützt es sich auf eine Verschwörungstheorie - sonst nichts*“. Eigentlich wäre damit alles gesagt. Doch er schreibt weiter, ebenfalls ohne tiefere Textkenntnis, dafür aber lässt er uns an seiner Paranoia teilhaben: „*In einer bizarren Fügung des Zufalls erscheint dieses Buch zwei Tage, nachdem Osama Bin Laden an die Menschen auf dieser Erde appellierte, sich des ‚kapitalistischen Systems‘ zu entledigen, ‚so wie ihr euch zuvor aus der Sklaverei der Mönche, Könige und Feudalherren befreit habt‘. Nun wäre es absurd, einen Zusammenhang zwischen der kindlichen Trotzigkeit der Naomi Klein und dem tödlichen Zynismus des Osama bin Laden herzustellen. Dennoch - der Duktus ähnelt sich, wenn Klein vom ‚Kreuzzug zur weltweiten Befreiung der Märkte‘ und von einem brutalen ‚Kampf für die Verbreitung eines puristischen Kapitalismus‘ schreibt, den ‚prokorporatistische Regime‘ führten.*“ Kleins Buch sei „*Nur für Bekehrte*“. Dann kommt er irgendwie auf Karl Popper, vorher auf Adam Smith, um mit denen festzustellen, es gebe „*Vertreter pseudowissenschaftlicher Theorien*“. Als „*Diplom-Politologe*“ wäre ihm das vielleicht nicht passiert. (...)



Ein Meisterjäger der „politischen Korrektheit“ und der „Gutmenschen“ im politischen Raum ist **Guido Westerwelle**. Da wildert er seit vielen Jahren. Am 14.09. durfte er in der Welt loslegen: „*Plump wie Oskar – Naomi Kleins neues Buch*“. Unter anderem wirft er der Autorin und deren These, die er „Muster“ nennt, folgendes vor: „*Dass es vorgibt, alles zu erklären. Derlei leisten nur Gedankengebäude, die hermetisch daherkommen, die Widersprüche aufsaugen und als Bestätigung der eigenen These begreifen: Widerrede ist Ketzerei. Kommunismus und Psychoanalyse funktionieren so, der globale Anti-Globalisierungsfeldzug auch.*“

Das ist schon toll, wenn auch nicht eben neu, wurde die Psychoanalyse doch bereits von den Nazis mit Kommunismus und Judentum gleichgesetzt. (...)

Noch einmal Westerwelle im O-Ton:

„*Naomi Klein handelt nach der Devise: Besser irgendeine These als gar keine. Sie hält eine Welterklärung bereit, eine Version vom ‚Ende der Geschichte‘. Scheinbar fügt sich jedes Land und jede Umbruchsituation in ihr Muster. Dies ist kein kluges Buch, sondern ein banales und, jenseits der vielen Zahlen, ein sehr simples. Beifall wird es bekommen. Oskar Lafontaine beispielsweise könnte es lesen und sich hernach ereifern: Da sehe man doch, da könne man es doch schwarz auf weiß lesen, wie dringlich er sei, der ‚Sozialismus des 21. Jahrhunderts‘, den er zusammen mit Fidel Castro und Hugo Chavez errichten will.*“ (Welt 14.09.07)

Hier haben wir also die Assoziationskette: Lafontaine, Chavez, Castro, Klein. Und was für ein Panoptikum schiefer Metaphern (da kommen Gedankengebäude daher, die dann was aufsaugen, nämlich Widersprüche)! Auf seiner albernen WeBSITE imaginiert Westerwelle die Autorin dann sogar noch als Amazon: „*Naomi Klein galoppiert durch die Welt. Ihr Pferd heißt Vorurteil.*“ (...)

### ... eine Ausnahme

(...) Die erste und bisher einzige, ausführlichere Buch-Rezension in einer bundesdeutschen Zeitung, die ohne Sexismen, Projektionen, Belehrungen und vage Andeutungen auskommt, stammt von einer österreichischen Intellektuellen. Die Schriftstellerin **Kathrin Röggla**, die für ihre literarischen Arbeiten über die Zurichtung der Individuen im Neoliberalismus international bekannt ist, stellte am 17.09. ihre Lektüre der „Schock-Strategie“ im **Tagesspiegel** vor. Sie rückt, ähnlich wie ihr Landsmann Bert Rebhandl, die Gewalt, die Folter und die Kriege in den Vordergrund, neben dem ausgehöhlten Staat wesentlicher Bestandteil der von Klein beschriebenen Schock-Strategie. (...)

### Sexistischer Hass

Mitte Oktober war die Autorin Naomi Klein in Berlin, um im Kulturkaufhaus Dussmann am 15.10. ihr Buch vorzustellen und um am

17.10. in Kreuzberg eine ausführliche inhaltliche Debatte führen zu können, zu der eine Gruppe unabhängiger Linker eingeladen hatte.

Zum ersten Termin strömten mindestens 300 Leute in den Lesesaal des Kaufhauses. (...) Zwei Tage später, am 17.10. schauten wir in die **taz** und die **Süddeutsche Zeitung**. Beide Blätter hatten freie Nachwuchskräfte geschickt, Nicole Basel (taz) und Phillipp Mattheis (SZ). Beide, so wird schnell klar, haben sich auch entschieden, auf jede konkrete Wiedergabe zentraler Thesen und Inhalte zu verzichten, oder gar eine Trennung zwischen Bericht und Kommentar vorzunehmen, wie dies im journalistischen Traditionalismus üblich ist. (...) Basel: „*Sie schreitet zwischen den Stuhlreihen entlang, strahlt in die Kameras, zieht neckisch die Augenbraue hoch.*“ Wir wissen, Frauen kommen immer noch am ehesten in den Dunstkreis der Herren, wenn sie die Andere herabwürdigen. Die freie Fachkraft der taz macht das so: „*Die Kanadierin redet über Elektroschocks oder Folter im Irak und strahlt dabei. Ihre Zähne sind so weiss wie die eines Hollywoodstars. Ihr Auftritt ist filmreif, gerade weil er nicht gespielt wirkt. Naomi Klein wirkt wie das natürliche, fröhlich winkende Nachbarskind, auch wenn sie 37 Jahre alt ist.*“ Dann aber gleich noch folgende Sätze: „*Klein spricht in druckreifen, kurzen, präzisen Sätzen. Man sucht einen Teleprompter an der Wand, aber den gibt es nicht. Der Neoliberalismus steckt für Klein überall.*“ Wir erinnern: der Kollege Jacobi hatte in seinem fulminanten Vergleich mit Osama Bin Laden von „*der kindlichen Trotzigkeit der Naomi Klein*“ geplappert. These und Inhalte des Buches, die Klein über 90 Minuten lang dargestellt hatte, fasst Fachfrau Basel so zusammen: „*Kapitalismus funktioniert genauso wie Folter. ‚Folterer wollen Menschen brechen – Ökonomen ganze Gesellschaften‘, sagt Klein.*“ Nichts davon hat Klein je so als absolute Aussage getätigt, besonders nicht an jenem Abend in Berlin oder so je irgendwo geschrieben. (...)

Zwei Tage später war Naomi Klein im Festsaal Kreuzberg am Kottbusser Tor zu Gast, eingeladen ganz kurzfristig von der Gruppe FeLS (Für eine linke Strömung): 400 Leute waren gekommen, zu vier Stunden Vortrag und intensiver politischer Debatte. Ingo Stütze, zur Gruppe der Veranstaltenden gehörend, bewertet die bisherige Berichterstattung so: „*Mit der Reduzierung auf einen ‚hübschen Star‘ wird sie als Person degradiert, ihr Buch der politischen Substanz beraubt.*“ Nach den wenigen Tagen in der Bundesrepublik war Klein in der Tat vom Umgang mit ihr sichtlich getroffen. Sie sei in den letzten Tagen vor allem von männlichen Journalisten befragt worden, berichtete sie dem Publikum in Kreuzberg und hoffte, endlich würden nun Frauen das Wort an sie richten. Etwa die Hälfte der

Nachfragen in der offenen Diskussion kam dann auch von jungen Aktivistinnen aus der politischen Szene, die sich auf konkrete Inhalte des Buches bezogen, mit Fragen, mit Zustimmung, mit Kritik, auch kapitalismuskritische Kontroversen wurden vielfältig benannt.

Die **taz** war auch da. An diesem Abend war die Fachkraft Sebastian Heiser vorbei gekommen und hat danach schmissig für die Ausgabe vom 20.10.07 formuliert: „*Naomi Klein in Kreuzberg. Die Evangelistin und ihre Fans*“. Nun, die Autorin mit Evangelikalen zu vergleichen, deren Endziel vor dem jüngsten Tag darin besteht, nicht bekehrungswillige Juden ins Rote Meer zu jagen, ist schon eine Ecke mehr als nur dümmlich. Im angestrebten Bemühen, ironisch sein zu wollen, folgt dann, völlig recherchefrei, hämische Abrechnung mit Kleins angeblicher Verschwörungstheorie, wie wir sie bereits kennen. (...) Und er „belegt“ mit der erzkonservativen National Post in Kanada, die Klein vorwirft, einen „*weltweiten Werbe-Blitzkrieg*“ zu führen. Da haben wir also zum x-ten Mal wieder das Geld-Motiv. Der Verleger der National Post tritt übrigens dafür ein, die englisch sprechende Welt unter Führung der USA gegen die muslimische zu vereinen, Klein hatte darüber kürzlich in The Nation berichtet. Und Heiser von der taz erwähnt noch das Flaggschiff von Rupert Murdoch, die Times in London, die festgestellt habe, Klein gehe „*über die Grenzen der Vernunft*“ hinaus. Was ist noch weiter zum Elend der taz zu sagen, die sich in letzter Zeit so gern von Coca Cola und anderen „global playern“ per Werbeanzeigen füttern lässt? „Coffee to go“ auf der Friedrichstraße ist schließlich teuer.

Der Vollständigkeit halber und zum Abrunden dieses inter-media-agenda setting der Entwertung noch der Einstieg eines Artikels von Jakob Schlandt in der **Berliner Zeitung**: „*Durch Krieg und Folter zum Neoliberalismus. Star der Protestgeneration: Naomi Klein und ihr neues Buch*“ (Berliner Zeitung 19.10.07). Und er hebt an:

„*Ordentlich gescheitelte Haare mit hellen Strähnchen, dezentes Makeup, elegante schwarze Lederjacke, ein breites, strahlendes Lachen - Naomi Klein könnte auch ohne weiteres als Globalisierungsgewinnerin im Freizeitlook durchgehen, die für einen Großkonzern arbeitet. Doch das Gegenteil trifft zu. Die Kanadierin ist weltweit eine Ikone für Globalisierungskritiker seit ihrem Debüt ‚No Logo‘, in dem sie den Markenwahn in den Industrie- und die Sweatshops in den Entwicklungsländern beschreibt. Am Mittwochabend ist sie in den überfüllten Festsaal Kreuzberg vor ein junges Publikum gekommen, um ihr neues Buch vorzustellen, ein Manifest gegen den weltweiten Vormarsch des Neoliberalismus: ‚Die Schock-Strategie - der Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus‘.*“ In einem Jubelartikel der Bundesagentur für Arbeit von 2006 war der

damals 27-jährige Volontär Schlandt zu seinem Verständnis von Journalismus befragt worden und hatte kund gegeben: „*Genau recherchieren, sich Fakten und Daten merken können und Spaß an der Sprache haben*“.

Die bisherige Art der Berichterstattung zeigt: In ganz besonderer Weise wird hier mit sexistischem Hass die Arbeit einer Autorin abgewehrt, die das weltweit wirksame neoliberale Gewaltssystem in seinen Zusammenhängen an die Öffentlichkeit zerrt. Das tut Klein wasserdicht, mit einem beindruckenden Anmerkungs- und Quellenapparat, nicht nur im Buch, sondern viele der Dokumente sind auch online einzusehen, unter anderem auch das Folterhandbuch der CIA, auf das sie sich mehrfach bezieht. Zu einstweiligen Verfügungen, Unterlassungsklagen seitens der benannten Konzerne oder Politiker ist es übrigens bisher nicht gekommen. (...)

Nun muss eine solche Untersuchung wie die „Schock-Strategie“ des Katastrophen – Kapitalismus natürlich zur Kritik herausfordern, zu Anregungen, vor allem zum Entdecken von Leerstellen.

(...) Kleins Liste ist keineswegs vollständig, den Anspruch verfolgt sie auch nicht. Eine Leerstelle, die jedoch künftig unbedingt in eine solche (Nachfolge-) Dokumentation und Analyse gehören würde: Die direkte oder auch indirekte Beteiligung europäischer und insbesondere deutscher Regierungen, „Denkfabriken“ (wie Bertelsmann-Stiftung“) und Konzerne an diesem weltweit wirksamen Katastrophenkapitalismus. Nicht zuletzt die hier analysierten Presseberichte zeigen, wie hermetisch bereits der neoliberale Diskurs in diesem Land ist.

So beschreibt Klein zwar sehr eindringlich, wie auch in Polen die Schock-Strategie voll zum Einsatz kam, nachdem sich die Solidarnosc hat regelrecht kaufen lassen und private Investoren ungehemmt ins Land einfallen ließ. Die Mitverantwortung der deutschen Regierungen und ihrer Konzerne an der Zerschlagung der polnischen Wirtschaft taucht aber bei Klein nicht auf. (...)

Auch deutsche Mitschuld an militärischen, terroristischen Einsätzen, sei es in Ex-Jugoslawien oder in Afghanistan, bleibt bei Klein leider weitgehend ausgeblendet. Ebenso die skandalöse Unterstützung von Folter in Guantanamo durch den BND und den deutschen Außenminister, wie der Fall Murat Kurnaz zeigt.

## Naomi Kleins Hoffnung

(...) Immer wieder wird Klein vorgeworfen, sie habe keine Lösung für die Probleme. Nun, dies ist wohlfeil, trägt Spuren des christlichen Erlösungsbegehrens, zeigt aber mindestens, wie wenig solche Rezensenten eigentlich über die planetarischen Bewegungen gegen den Neoliberalismus wissen. Diese Bewegung hat keine „Führer“, keine

„Ikone“, auch darauf weist Klein immer wieder hin. Auch ihre Stimme ist nicht wichtiger als beispielsweise die der namenlosen Bolivianerinnen, die 2001 einen Volksaufstand gegen die Privatisierung des Wassers initiiert haben und das Volk den US-Konzern Bechtel schließlich aus dem Land gejagt hat. Überall auf diesem Planeten entstehen Projekte, bauen sich Widerstandskräfte [1] auf, gegen die zum Teil immense Gewalt von Konzernen und neoliberalen Regierungen. Einen kleinen Teil davon hält Naomi Klein auch in ihrem Schlusskapitel fest. Im Kern sind es immer die gleichen Kämpfe: gegen die Privatisierungen der Schlüsselindustrien, gegen die Kürzungen staatlicher Ausgaben für ein staatliches Gesundheits- und Sozialsystem, gegen die die Reichen begünstigenden allgemeinen Steuern, wie Mehrwertsteuern. Und genau das beschämt. Denn im Vergleich zu Menschen, die in Lateinamerika, in Asien und Afrika ihr Leben aufs Spiel setzen, greift in diesem Land neben dem oben beschriebenen Zynismus in den Medien eine unheimliche Stille und Tatenlosigkeit Raum. (...)

Naomi Klein sieht trotz allem Hoffnung und schaut dabei vor allem nach Lateinamerika. Der Neoliberalismus scheint dort in der Tat ein Auslaufmodell zu sein. In Ecuador rief Rafael Correa nach seiner Wahl im November 2006 die Menschen dazu auf, „*all die Irrtümer des Neoliberalismus zu überwinden*“. Er will die US-Militärbasis in der Hafenstadt Manta schließen lassen. Einen Monat nach dem Tod von Milton Friedman lud Evo Morales zu einem lateinamerikanischen Gipfel nach Cochabamba in Bolivien ein, dahin, wo der erfolgreiche Volksaufstand gegen die Privatisierung des Wassers begonnen hatte. Morales eröffnete den Gipfel mit Bezug auf Eduardo Galeanos Chronik über 500 Jahre Ausbeutung in Lateinamerika. Morales will „*die offenen Adern Lateinamerikas schließen*“. Und in der Tat werden in vielen Ländern Lateinamerikas, wie Klein auflistet, wichtige Wirtschaftssektoren wie Wasser und Elektrizität wieder verstaatlicht, auch Bildungs- und Gesundheitswesen, kleine Bauern bekommen ihr Land zurück. Doch diese Bewegungen und Regierungen haben auch aus der linken Vergangenheit gelernt, sie sind nicht mehr wie früher zentralistisch organisiert, sondern setzen auf Netzwerk- und Genossenschaftsstrukturen.

Schlechte Zeiten dort für IWF und Weltbank. Brasilien und Venezuela weigern sich schlicht, mit dem IWF überhaupt noch Vereinbarungen einzugehen. Und Néstor Kirchner, Präsident Argentiniens, ließ 2007 den IWF wissen: „*Meine Herren, wir sind souverän. Wir wollen unsere Schulden abzahlen, aber keine sieben Teufel bringen uns dazu, noch einmal ein Abkommen mit dem IWF zu schließen*.“ Das hat Folgen: Noch 2005 entfielen 80 Prozent der vom IWF vergebenen Kredite auf Lateinamerika, 2007 sind es

nur noch 1 Prozent. Auch aus dem Würgegriff der Weltbank befreien sich einige Länder. Rafael Correa hat einfach alle Weltbank Kredite ausgesetzt und Vertreter der Weltbank in Ecuador zu unerwünschten Personen erklärt. Evo Morales hat für Bolivien das Ausscheiden aus dem „Schiedsgericht“ der Weltbank angekündigt.

Klein richtet ebenso den Blick auf die kleinen Graswurzelbewegungen. So bewerkstelligten für sie die Moken, die „*Seezigeuner*“, ein indigenes Fischervolk in Thailand die „*mutigsten Wiederinbesitznahmen*“ nach dem Tsunami. Sogar Bürgerrechtsgruppen aus New Orleans kamen nach Thailand, um sich von den Moken beraten zu lassen. Wer sich auf das Lesen der „Schock-Strategie“ von Naomi Klein einlässt, wird von dieser Zusammenschau neoliberaler Verbrechen und Verwüstungen zwar zeitweise traurig und verstört sein. Aber die Fakten können auch in Wut versetzen, in Wut beispielsweise darüber, wie wenig Verantwortung die Menschen derzeit hier für ihre Gesellschaft übernehmen, statt endlich auch hier dem dämonischen Geplapper über „Reformen“, die „im Zeitalter der Globalisierung“ angeblich notwendig seien, Einhalt zu gebieten, aber auch endlich wieder zu lernen, Solidarität mit den am härtesten Betroffenen zu üben. Anregungen zum Handeln liefert Klein genug.

„*Das ist ein brillantes Buch, eines der wichtigsten, das ich seit langem gelesen habe*“, sagt der Historiker Howard Zinn, Autor des Bestsellers „A People's History of the United States“. Hier jedoch mokiert sich das Fachpersonal für Hassreden stattdessen immer wieder über die Werbestrategien zur „Schock-Strategie“. Ihnen sei mit der Schriftstellerin Kathrin Röggla beschieden: „*Eine perfekte PR-Strategie? Gut so, sage ich, denn ich wünsche ihm viele Leser*.“ Viele Leserinnen wird Naomi Klein sowieso bekommen.

### Anmerkungen:

1) Vgl. dazu auch den Reader über weltweite Widerstandsbewegungen: Notes from Nowhere. wir sind überall. weltweit. unwiderstehlich. antikapitalistisch. (2007) Mit einem Vorwort von Naomi Klein, Hamburg.

### Erschienen in:

<http://www.labournet.de/diskussion/wipo/allg/schock.html>

### Weitere Hinweise auf Naomi Klein:

<http://www.steinbergrecherche.com/faschismus.htm#Naomi Klein>

<http://www.naomiklein.org/main>

## Koalition soll Scheitern der Bahnprivatisierung eingestehen

Frankfurt/M. 29.10.2007

"Die Koalition im Bundestag muss das Scheitern der Bahn-Privatisierungspläne eingestehen und nun ernsthafte Antworten auf die Fragen nach der Zukunft der Bahn geben", forderte Klaus Ihlau vom globalisierungskritischen Netzwerk Attac, einem der 15 Träger des Bündnisses "Bahn für Alle". Einen Stillstand wie seit Monaten dürfe es nicht länger geben.

"Nach dem SPD-Parteitag ist mehr als deutlich geworden, dass in dieser Koalition eine Bahnprivatisierung nicht möglich ist. SPD und Union haben zu unterschiedliche Vorstellungen", sagte Ihlau von "Bahn für Alle". "Dieses Scheitern sollten die Koalitionäre in Bundestag und Bundesregierung eingestehen und so den Weg frei machen für eine offene Debatte über die Zukunft der Bahn."

Wenn die Parteien Antworten auf die anstehenden Fragen jenseits von Privatisierung suchten, könne daraus eine befruchtende De-

batte über die Bahn der Zukunft werden. "Falls sich die Koalitionspartner nicht auf eine Alternative zur Bahnprivatisierung einigen, könnte die Bundestagswahl 2009 auch eine Richtungsentscheidung für die Bahn werden", meinte Ihlau.

"Die Deutsche Bahn kann sich für europäischen Verkehr aufstellen, ohne in Großmannsucht zu verfallen. Güter können auf der Schiene bis nach Asien transportiert werden, ohne dass der Personenverkehr in die Regionen vernachlässigt wird. Tendenzen zur weiteren Liberalisierung des Schienenverkehrs können politisch gestoppt werden. Eine attraktive Bahn kann den Autoverkehr zurück drängen", skizzierte Ihlau eine bessere Bahn in öffentlicher Hand.

"Für die Bahn-Gewerkschaft Transnet muss der Beschluss des SPD-Parteitags bedeuten, sich von der kritischen Begleitung der Privatisierung zu lösen", forderte Ihlau. Transnet hatte bisher die Position, dass eine Privatisie-

rung von der Politik gewollt und unvermeidbar sei, wenn auch nicht von der Gewerkschaft gewollt. "Ein Koalitionspartner, eine der beiden großen Parteien Deutschlands hat bewiesen, dass sie im Herzen gegen die Bahnprivatisierung ist. Das ist eine Steilvorlage für die Gewerkschaft, um die Privatisierung im Interesse der Arbeitnehmer zu verhindern."

*"Bahn für Alle" ist ein Bündnis von 15 Organisationen aus Globalisierungskritikern, Umweltschutzverbänden, politischen Jugendverbänden und Gewerkschaften und setzt sich ein für eine verbesserte Bahn in öffentlicher Hand. Träger des Bündnisses sind Attac, Bahn von unten, BUND, Bürgerbahn statt Börsenbahn, Eurosolar, Grüne Jugend, Grüne Liga, IG Metall, Jusos in der SPD, Linksjugend Solid, NaturFreunde Deutschlands, Robin Wood, Umkehr, VCD Brandenburg und Verdi. Informationen im Internet: <http://www.DeineBahn.de>*

## Attac Deutschland: Solidarität mit streikenden Lokführern

Auch im Privatisierungskonflikt kommt dem Streik große Bedeutung zu

Am 2.11. entschied das Landesarbeitsgericht Chemnitz, das Streikverbot der Bahnbeschäftigten für den Fern- und Güterverkehr aufzuheben. Zuvor war es der Lokführergewerkschaft GDL untersagt, ihren Arbeitskampf in breiteren Dimensionen als dem Nahverkehr zu führen. Der Sieg vor Gericht ermöglicht es den Streikenden nun, ihren Forderungen nach einem angemessenen Lohn deutlich spürbarer Ausdruck zu verleihen.

Attac nimmt das Urteil mit Befriedigung zur Kenntnis. Zuvor hat das Arbeitsgericht höchst fragwürdig argumentiert und das Streikrecht der Arbeitnehmer nicht respektiert. Das Gegenargument, es würde zu viel ökonomischer Druck erzeugt, ist absurd, da dies ja gerade

der Zweck eines Streiks ist. Nach Arbeitsrecht sind Streiks nur dann zu unterlassen, wenn das Unternehmen dadurch existenziell gefährdet wird. Davon kann bei der Deutschen Bahn jedoch keine Rede sein.

Hingegen sind die Forderungen nach deutlichen Lohnerhöhungen seitens der streikenden Lokführerinnen und Lokführern mehr als berechtigt. Nach jahrelangen Reallohninbußen ist es höchste Zeit, dass die Beschäftigten dafür streiten.

Bahnchef Mehdorn, der ehemalige Airbus-Manager, und Vorstandsmitglied Suckale, die zuvor bei Mobil Oil managte, lehnen aber jeden Kompromiss mit der GDL ab. Der bisherige Lohnabbau und diese Blockadehaltung des Bahn-Vorstandes hängen auch mit dessen Privatisierungsplänen zusammen.

Denn eine Niederlage der GDL und eine Zerschlagung dieser kämpferischen Gewerkschaft würde den Marktwert des Unternehmens steigern und die Privatisierungspläne neu beleben. Umgekehrt bringt jedoch ein Erfolg der GDL diejenigen, die den Totalverkauf der Bahn an private Investoren planen, noch mehr in die Defensive.

Attac wird zusammen mit dem Bündnis "Bahn für Alle" weiterhin dafür kämpfen, dass die Privatisierung gestoppt wird. In einer Pressemitteilung spricht Attac öffentlich seine Solidarität aus und freut sich über die Zusammenarbeit mit den streikenden KollegInnen.

[http://www.attac.de/aktuell/071106\\_news\\_streikentscheid.php](http://www.attac.de/aktuell/071106_news_streikentscheid.php)  
S. auch: <http://www.gdl.de/>

## Für eine atomfreie Zone im Nahen und Mittleren Osten!

Resolution, verabschiedet auf der 8. Sitzung der Generalkonferenz der IAEO (Internationale Atomenergieorganisation) am 20. September 2007 (53 Länder dafür, nur 2 dagegen – die USA und Israel –, 47 Enthaltungen, u.a. die EU-Länder)

Die Generalkonferenz

„2. bekräftigt die dringende Notwendigkeit dafür, dass alle Staaten des Nahen Osten umgehen die vollständige Anwendung der IAEO Überwachungsmaßnahmen für alle ihre nuklearen Aktivitäten akzeptieren, da diese wichtige vertrauensbildende Maßnahmen zwischen allen Staaten der Region darstellen und ein Schritt in Richtung Frieden und Sicherheit im Rahmen der Schaffung einer atomwaffenfreien Zone (AWFZ) sind;

3. ersucht alle direkt betroffene Parteien, ernsthaft die angebrachten praktischen Schrit-

te zu bedenken, die für die Ausführung des Vorschlags, eine gegenseitig und effektiv überprüfbare AWFZ in der Region zu schaffen, nötig sind, und fordert die betroffenen Länder, die es noch nicht getan haben, dazu auf, sich internationalen Nichtproliferationssystemen, einschließlich des Vertrages über die Nichtverbreitung von Kernwaffen, anzuschließen, um die Beteiligung an einer Massenvernichtungswaffenfreien Zone im Nahen Osten zu ergänzen und Frieden und Sicherheit in der Region zu stärken;

4. fordert außerdem alle Staaten der Region dazu auf, bis zur Schaffung der Zone keine Atomwaffen zu entwickeln, produzieren, testen oder sonstwie anzuschaffen und keine Stationierung von Atomwaffen oder Atomsprengkörpern auf ihrem Hoheitsgebiet oder Gebieten unter ihrer Kontrolle zu erlauben, oder sonstige Aktivitäten durchzuführen, die das Ziel der Schaffung der Zone untergraben würden;

<http://www.iaea.org/About/Policy/GC/GC51/Resolutions/index.html>

**Infos zum drohenden Iran-Krieg:** <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Iran> <http://www.imi-online.de/2006.php3?id=1338>  
<http://www.ipnpw.de/Atomwaffen/> <http://www.campact.de/iran/info/5min>

# *Appell an die Bundesregierung*

*Wir, Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Symposium „Reale Utopien“ in Osnabrück, appellieren an die Bundesregierung, nicht länger zum drohenden Krieg der USA gegen den Iran zu schweigen.*

*Wir sind sehr besorgt, dass die täglichen Kriegsdrohungen aus dem unmittelbaren Umfeld des US-Präsidenten in einen Krieg münden könnten. Die Indizien für unsere Befürchtungen sind erdrückend. Präsident Bush spricht offen davon, einen Dritten Weltkrieg verhindern zu wollen. Die US-Regierung hat die Revolutionsgarden des Iran als eine Terrororganisation eingestuft.*

*Ihre Behauptungen zur Legitimierung dieses einmaligen Vorgangs erinnern an die offensichtlichen Lügen über irakische Massenvernichtungswaffen.*

*Die US-Regierung verhängte - am UN-Sicherheitsrat vorbei - eigene Sanktionen, die den Konflikt weiter zuspitzen. IAEA-Chef El Baradei warnte die Bush-Regierung in seltener Deutlichkeit davor, „Öl ins Feuer zu gießen“.*

*Wir können uns nicht des Eindrucks erwehren, dass die US-Regierung den Atomkonflikt mit Iran als Vorwand benutzt und nach Afghanistan und Irak nun auch die Regierung im Iran gewaltsam stürzen will. So abenteuerlich, so verhängnisvoll dieses Ansinnen für das Pulverfass Mittlerer und Naher Osten für Europa und den Weltfrieden auch sein wird, wir können einen neuen Krieg, trotz unserer Fassungslosigkeit, nicht mehr ausschließen.*

*Die Wahrscheinlichkeit dieses Krieges ist umso größer, je länger wir in Europa und auch die Bundesregierung dazu schweigen.*

*Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Angela Merkel,  
sehr geehrter Herr Außenminister Frank Walter Steinmeyer,  
nehmen Sie unverzüglich Stellung und erklären Sie öffentlich,  
dass Deutschland einen neuen Krieg der USA mit aller Entschiedenheit ablehnt.*

*Ca. 100 TeilnehmerInnen am Symposium „Reale Utopien“ am 1. und 2. November 2007  
in Osnabrück; Presserechtlich verantwortlich: Mohssen Massarrat, Osnabrück*